



2. Heft / 23. Januar 1908

## WOLFGANG HEINE · DER KAMPF UM DIE PREUSSISCHE WAHLRECHTSREFORM

**ER**ST Bülow hat am 10. Januar im preussischen Landtage die Erklärung der preussischen Regierung auf die Wahlrechtsanträge der freisinnigen Parteien abgegeben. Kurz und klar, das muss man zugestehen. Wir geben sie im nachfolgenden wieder nach dem Bericht des *Reichsanzeigers* mit den charakteristischen Zwischenrufen aus dem Hause:

»Meine Herren, die Königliche Staatsregierung hat sich schon bisher bemüht Vorschriften des preussischen Wahlrechts zu verbessern, bei denen das Bedürfnis hierzu besonders dringend hervortrat. Sie erkennt an, dass das geltende Wahlsystem auch jetzt noch Mängel aufweist, und hat seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten erwogen, wie auch diesen Mängeln abgeholfen werden kann. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder nur durch seine grundsätzliche Änderung möglich sein wird, lässt sich noch nicht übersehen. Wie indes schon jetzt erklärt werden muss, steht es für die Königliche Staatsregierung nach wie vor fest, dass die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preussen dem Staatswohl nicht entsprechen würde [*Bravo! rechts*] und deshalb abzulehnen ist [*Erneutes Bravo! rechts*]. Auch kann die Königliche Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen [*Bravo! rechts, Zurufe*]. Jede gesunde Reform des preussischen Wahlrechts wird den Einfluss der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrecht erhalten und sichern, sowie auf eine gerechte Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen Bedacht nehmen müssen [*Bravo! rechts*]. Deshalb wird geprüft, ob dieses Ziel erreicht werden kann lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen oder ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen, wie Alter, Besitz, Bildung und dergleichen, zweckmässig abgestuft werden kann [*Bravo! rechts* und bei den Nationalliberalen]. Sobald die Königliche Staatsregierung für ihre Entschliessung eine feste Unterlage gewonnen haben wird, was indessen für die laufende Tagung nicht mehr in Aussicht gestellt werden kann [*Hört! hört! links*], wird sie mit einer entsprechenden Vorlage an den Landtag herantreten [*Lebhafter Beifall rechts* und bei den Nationalliberalen, Unruhe links und bei den Polen].«

Überraschen kann an dieser Erklärung höchstens die beim Fürsten Bülow ungewohnte knappe, fast schroffe Form der Ablehnung, nicht ihr Inhalt. Wer niemals an die liberalen Anwendungen des Kanzlers geglaubt hatte, kann jetzt nicht enttäuscht werden. Der Streich vom 13. Dezember 1906 war nicht ein Versuch der deutschen Regierungspolitik eine neue freiere Richtung zu geben, sondern ein *Va banque*-Spiel, das allein den Kanzler vor den Verfolgungen

seiner persönlichen Widersacher in der Kamarilla und der Bureaukratie retten konnte. Was in diesen Kreisen der Zentrumsheerrschaft zum Vorwurf gemacht wurde, war nicht die Beschränktheit der klerikalen Politik in Fragen geistiger Freiheit, sondern das winzige Fünkchen von Demokratie, das in der Zentrums-politik hie und da aufgeleuchtet hatte. Was man als *Nebenregierung* brandmarkte, war der Versuch des Zentrums auf die Verwaltung parlamentarischen Einfluss auszuüben. Man fürchtete nicht den reaktionären Charakter der Klerikalen, sondern dass die Wahlreform in Bayern, die minder gehässige Behandlung der Sozialdemokratie und mancher kleine sozialpolitische Fortschritt in süddeutschen Staaten, wozu das Zentrum seine Hand geboten hatte, über die Mainlinie hinüberwirken könnten. Der Liberalismus wurde zum Helfer der Regierung berufen, nicht um liberale Ideen zu verwirklichen, sondern um sogar diese schwächlichen demokratischen Anwendungen unterdrücken zu helfen.

Dass Fürst Bülow keine wahrhaft liberale Politik treiben wollte, bewies seine Proklamierung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, denn liberale Politik kann man in Deutschland nur mit der Partei betreiben, die in wirklich liberalem Denken und Handeln die bürgerlichen freisinnigen Parteien nicht nur erreicht sondern übertrifft; niemals gegen sie. Selbst wenn Fürst Bülow aber liberal hätte regieren wollen, er würde es nicht gekonnt haben, angesichts der Widerstände, die die Macht des Junkertums und die preussischen Überlieferungen am Hofe und in der Verwaltung ihm entgegengesetzt haben würden. Man muss jedoch auch zugestehen, dass er im Grunde nie versprochen hat liberal zu sein. In seinem Sylvesterbrief und seiner Dinerrede in der Wahlzeit hat er deutlich genug gesagt, dass die Freisinnigen die Regierung wohl unterstützen dürften, dass sie aber nichts zu erwarten hätten. Deshalb darf sich niemand beklagen, wenn Bülow, der die ganze Schwenkung nach links gemacht hat, um im Amte zu bleiben, sich jetzt auf die Seite stützt, die ihn im Amte halten kann. Wäre er heut für eine liberale Wahlrechtsreform eingetreten, so wäre er morgen nicht mehr Kanzler; die Konservativen würden sich nicht einen Augenblick bedacht haben ihn zu beseitigen. Von den freisinnigen Parlamentariern weiss er, dass sie ihn trotz seiner Ablehnung weder stürzen können noch wollen.

Die Sozialdemokratie hat gar keinen Anlass sich darüber zu entrüsten. Wie könnte man sich aufregen über etwas, das man seit Jahren weiss? Eher könnte es uns eine kleine Befriedigung gewähren, dass unsere Voraussagen so schnell und sicher eingetroffen sind, obgleich eigentlich nicht viel Prophetengabe dazu gehörte. Betrachtete die Sozialdemokratie die ganze Frage lediglich vom Standpunkt ihrer Parteiinteressen, so könnte sie sich sogar über Bülows Erklärung freuen. Das ist Wind in die Segel der Sozialdemokratie und wird ihr Schiff tüchtig vorwärts treiben. Die Führer der Fraktionen des Landtags haben ihrerseits alles getan und werden auch ferner kaum etwas unterlassen, was diesen Erfolg der Sozialdemokratie verkümmern könnte.

Die konservativen Landtagsfraktionen haben sich als unbelehrbare hartnäckige Feinde jeder ernsthaften Wahlrechtsreform öffentlich festgelegt. Die überaus jammervolle Rede des freisinnigen Abgeordneten Fischbeck, der auf die Ohrfeige, die Bülow ihm und seinen Parteigenossen verabreicht hatte, kein kräftiges Wort der Erwiderung fand, sondern wer weiss wie schlaue und mutige zu sein

glaubte, als er einige Pfeile gegen die *Kreuzzeitung* verschoss, zeigt uns, was die tonangebenden Blockfreisinnigen tun oder vielmehr nicht tun werden. Wollte man auf eine Replik dieser Art hinaus, so war es eine schmäbliche Komödie den alten ehrenfesten Parteisenior Traeger mit einer prinzipiellen Begründung der Wahlrechtsforderung voranzuschicken. Im Herbst haben die selben Führer des Blocks den Vorschlag Barths sofort in eine Agitation wenigstens für die geheime Wahl einzutreten abgelehnt, weil dies »den grossen Kampf für das ganze ungeteilte allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht abschwächen« würde; soll das der Kampf sein, den Herr Fischbeck neulich im Landtag begonnen hat? Schon muss das *Berliner Tageblatt* resigniert melden, dass die Mehrheit der Blockpolitiker fest an Bülow halten werde, und die *Vossische Zeitung* sucht mit juristischer Silbenstecherei aus Bülows Erklärung eine verborgene Neigung für die geheime Abstimmung herauszuspinnisieren. Täuschen wird sie dadurch niemand als die Philister, die sich täuschen lassen wollen, und denen überhaupt nicht mehr zu helfen ist.

Es kann der Sozialdemokratie auch völlig gleichgültig sein, ob der Block jetzt zerfällt oder nicht. Unseretwegen mögen die *Diplomaten* des Blocks mit Bülow weiter wursteln, solange es geht. Wir wollen ihnen jedenfalls nicht erlassen in Sachen des Vereinsrechts Rede und Antwort zu stehen, wenn sie der Reichsregierung deren reaktionäre Vorschläge apportieren wollen, und wenn es gilt, die militaristischen Riesenausgaben durch neue das Volk drückende Steuern zu decken. Wir haben nichts dagegen, dass diese Männer sich durch Unterstützung einer reaktionären Politik immer noch unmöglicher machen. Ehe sie von der Bildfläche verschwunden sind, ist ohnehin auf eine wirkliche liberale Erneuerung nicht zu hoffen.

Aber noch ärger als die freisinnigen Führer des Blocks haben sich die Zentrumsolitiker bei dieser Gelegenheit blossgestellt, ärger, weil sie die Macht und darum die Pflicht hatten nicht nur zu reden sondern zu handeln. Jetzt oder nie war für das Zentrum der Augenblick gekommen zu gunsten des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preussen den Ausschlag zu geben. In seiner unerschütterlichen Position bei den Wahlen, kaum nennenswert auf die Unterstützung anderer angewiesen, konnte es aussprechen, dass es dies Wahlrecht zur Parole des nächsten Wahlkampfs machen und rücksichtslos jedes Ministerium bekämpfen würde, das sich der Reform widersetze. Statt dessen die halbe Erklärung des Abgeordneten Dr. Porsch, aus der nur das eine zu entnehmen war, dass das Zentrum nichts für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preussen, jedoch alles gegen die ebenso dringliche Neueinteilung der Wahlkreise tun will. Diese unwahrhaftige Halbheit, die bei den Freisinnigen durch taktische Rücksichten auf ihre Stellung als Mehrheitspartei erklärt, wenn auch nicht gerechtfertigt werden kann, wäre sinnlos und unverständlich beim Zentrum, dem keine günstigere Gelegenheit kommen könnte den Block zu sprengen und sich wieder zur ausschlaggebenden Partei zu machen, wenn man nicht wüsste, dass die preussischen Zentrumsabgeordneten zum grossen, vielleicht überwiegenden, Teil zu den Gegnern des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gehören. Dies offenkundig gemacht und die preussischen Zentrumsführer als Wahlrechtsfeinde blossgestellt zu haben ist ein wirkliches Verdienst des 10. Januar 1908.

Was aber hat die Sozialdemokratie zu tun? Wenn sie nur daran dächte neue

Wahlstimmen zu bekommen, so brauchte sie sich das gar nicht zu überlegen. Die erbärmliche Haltung der bürgerlichen Parteiführer, die schroffe Ablehnung der Regierung, die schreiende Ungerechtigkeit des Landtagswahlsystems arbeiten von allein für die Sozialdemokratie. Uns ist aber die Partei nicht Selbstzweck. Wir wollen das deutsche Volk vorwärts bringen, es von dem Bleigewicht befreien, das in Gestalt der reaktionären Herrschaft in Preussen seinen geistigen und materiellen Aufschwung hemmt. Deshalb kann es uns nicht genügen den agitatorischen Gewinn einzuheimsen, der uns als Partei dank dem Verhalten der anderen in der Wahlreformfrage zufallen muss. Wir werden also an der Reform selbst weiter arbeiten müssen.

Freilich wäre es sehr töricht, wenn die Sozialdemokratie sich darüber täuschen wollte, dass ihre materiellen Machtmittel sehr gering sind, und dass namentlich keine Rede davon sein kann durch eine kurze revolutionäre Aktion für Preussen das im Reiche geltende Wahlrecht zu erringen. Versuche dieser Art würden lediglich der preussischen Reaktion zugute kommen. Diese würde sie nur zu gern sehen, weil sie sie leicht niederschlagen und dann ihre Herrschaft um so mehr befestigen könnte. Die Sozialdemokratie weiss das viel zu gut und wird sich hüten Wasser auf die Mühle der Scharfmacher zu liefern. Selbst blosse revolutionäre Träumereien und Redensarten, die sie nähren könnten, sind vom Übel, wie alles in der Politik, das verschleiern kann, was ist. Ebensowenig darf die Sozialdemokratie darauf hoffen durch geistige Mittel auf die preussische Regierung und ihre Hintermänner direkt einen erheblichen Eindruck zu machen. Wer sich so der Stimme der Wahrheit und Gerechtigkeit verschliesst wie die preussische Junkerkaste, der ist unbelehrbar. Versammlungen, Resolutionen, selbst Strassendemonstrationen mögen den Beteiligten für den Augenblick Lust und Mut erhöhen; die Herrschenden, die sich im Besitze unüberwindlicher materieller Machtmittel wissen, werden sich dadurch nicht um einen Zoll von ihrem Standpunkt abbringen lassen. Nicht auf die Herzen der Regierenden müssen wir zu wirken suchen, sondern auf die des Volks, und zwar aller Klassen des Volks.

Die Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlrechts, der Schwindel der öffentlichen Wahl treffen ohne Unterschied der Parteistellung den grössten Teil des ganzen preussischen Volkes, alle, die nicht in den ersten Klassen wählen, alle, die sich in nicht völlig unabhängiger Stellung befinden. Es ist grösstest Täuschung, wenn behauptet wird, die preussische Wahlverfassung stütze den Mittelstand. Der grösste Teil des sogenannten *Mittelstands*, Handwerker, mittlere Kaufleute, Beamte, Studierende aller Art, wählt in der dritten Klasse mit den Proletariern. Das Wahlrecht ist lediglich plutokratisch und macht auf dem Lande die Grossgrundbesitzer, in den Städten die Kapitalisten zu Herren über die Geschicke Preussens. Demgemäss ist denn auch die preussische Politik ausgefallen, lediglich im Interesse von Junkern und Grossindustriellen und für die Allmacht der Bureaukratie. Die Bauerngemeinden, die konservativ gesonnenen Kossäten und Häusler werden im selben Masse, wenn auch mittels anderer Methoden, geschädigt wie die gesamte städtische Bevölkerung vom Börsianer bis zum Kleinbürger hinunter. Dass der Staat ländlichen und städtischen Arbeitgebern gegen ihre Arbeiter beisteht, ist eine Scheinenttäuschung, ebenso wie das allgemeine Ehrenzeichen und der *rote Adler vierter* für die schlecht bezahlten und in ihrer Überzeugungsfreiheit unterdrückten Beamten.

Was die Angehörigen der sogenannten *liberalen Berufe* durch das Dreiklassenwahlrecht an Einfluss und Ansehen gewinnen sollen, wird niemand nachweisen können. Lehrer, Geistliche, Universitätsgelehrte spüren fortwährend den preussischen Büttel im Nacken. Allgemein ist die Klage über die geistige Stagnation in Preussen, über die Unfähigkeit der Bureaukratie aller Art den Anforderungen der Gegenwart gerecht zu werden, über geistige Enge, Anmassung und Willkür in der Verwaltung. Man empfindet dies auch ausserhalb der Sozialdemokratie aufs lebhafteste. Dies ist der wahre und bis zu einem gewissen Grade verständliche Grund, weshalb die *Gebildeten* sich von der Politik angeekelt fühlen und vor ihr fliehen. Nirgends ist ein frisches fröhliches Vorwärts bemerkbar, überall Stillstand oder Rückschritt, während in anderen deutschen Bundesstaaten doch kleine Fortschritte zu verzeichnen sind.

Das alles wird empfunden. Noch aber ist man sich ausserhalb der Sozialdemokratie wenig klar darüber, dass diese geistige Öde und Rückständigkeit, diese Tradition in Verwaltung, Kirche, Schule, Universität, überhaupt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in Preussen zum guten Teil durch das Dreiklassenwahlrecht aufrechterhalten und gefördert werden. Die Erkenntnis von der Unleidlichkeit dieser Zustände muss sich aber allmählich auch unter den Anhängern anderer politischer Überzeugungen durchsetzen, denn in Wahrheit haben diese ebensoviel Interesse an ihrer Beseitigung wie die Sozialdemokratie. Diese Volkskreise können sich auf die Dauer nicht dadurch täuschen lassen und dabei beruhigen, dass konservative, klerikale und liberale Politiker die Plätze des Abgeordnetenhauses einnehmen. Denn schliesslich kommt es doch nicht darauf an, dass man vertreten wird, sondern wie es geschieht. Bei der Dreiklassenwahl kommen weder die materiellen Interessen der verschiedenen bürgerlichen Volksschichten — seien sie nun konservativ, liberal oder katholisch-klerikal — zu ihrem Rechte noch ihre politischen Ideale und Ziele. Der Boden des Dreiklassenwahlrechts mit öffentlicher Stimmabgabe und veralteter Wahlkreiseinteilung ist kein Kampfesfeld, auf dem die politischen Ideen ihre Kräfte messen, in positiven Leistungen mit einander wetteifern könnten.

Das Dreiklassenwahlrecht nützt lediglich der Bureaukratie und den engen Kreisen, deren gehorsamer Diener sie ist; daneben noch den Drahtziehern der bürgerlichen politischen Fraktionen. Den Staatsbürgern selbst, die politische Interessen zu verfechten haben oder politische Begeisterung besitzen, welcher Richtung sie auch angehören mögen, ist es nachteilig. Es wird weggefegt werden, sobald die Wähler auch ausserhalb der Sozialdemokratie anfangen das politische Handeln der Parteien und ihrer Führer schärfer zu kontrollieren, diese nicht als Selbstzweck sondern als Mittel zur Durchführung bestimmter Aufgaben zu betrachten; oder mit anderen Worten: sobald dort die autoritäre Politik durch eine konservative, klerikale oder liberale Volkspolitik ersetzt sein wird. Dass dies eintreten muss, ist unzweifelhaft, wenn auch bisher in den Massen der nichtsozialdemokratischen Wähler noch nicht allzuviel Verständnis dafür vorhanden sein mag. Solche Erkenntnis entwickelt sich latent und kann einmal sehr schnell durchbrechen und allgemein zum Bewusstsein gelangen.

Die Agitation für eine Änderung des preussischen Wahlrechts ist noch viel zu jung, erscheint auch Aussenstehenden noch viel zu einseitig als sozial-

demokratische Parteisache, um schon in allen Kreisen das nötige Verständnis gefunden zu haben.

Wie lange hat es doch gedauert, bis selbst in der Sozialdemokratie die Bedeutung des preussischen Landtags für das kulturelle Leben des deutschen Volks erkannt wurde! Wie isoliert standen noch 1898 die wenigen, die damals verlangten, dass die Partei durch eine dem Zweck angepasste Beteiligung an den Landtagswahlen Einfluss auf die Zusammensetzung und die Politik der liberalen Landtagsfraktionen und damit auf den Landtag selbst gewinnen, wenn möglich auch einige sozialdemokratische Abgeordnete hineinbringen sollte! Wäre dies damals geschehen, wäre in diesen 10 Jahren im Landtage selbst unaufhörlich und energisch auf eine Reform gedrängt worden, so wären heute weder Bülow's Erklärung noch Fischbeck's Antwort möglich gewesen. Selbst die Sozialdemokratie beschäftigt sich erst seit kurzem kräftiger mit den preussischen Fragen und, wie alle zugestehen, noch lange nicht kräftig genug. Also müssen wir Geduld haben mit den anderen Teilen der Bevölkerung und vor allem ihr Interesse zu erwecken suchen. Betreiben wir die Erörterung der preussischen Politik unermüdlich und geschickt, benutzen wir die bevorstehenden Landtagswahlen klug zur Förderung der Wahlreform in Preussen, und lassen wir keinen Zweifel darüber, dass es uns dabei nicht darauf ankommt Stimmenfang zu treiben, sondern das preussische Volk vom Joch des Dreiklassenwahlrechts zu befreien, so können wir es vielleicht sehr bald erleben, dass man auch in nichtsozialdemokratischen Volkskreisen sich für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum preussischen Landtag erwärmt und die Parteiführer zwingt dafür einzutreten.

Die Sozialdemokratie kann weder erwarten noch auch wünschen, dass alle, die von dem erstrebten Wahlrecht einen Vorteil haben würden, der sozialdemokratischen Partei beitreten; das wird denn doch noch durch andere Gegensätze materieller und idealer Art ausgeschlossen. Es könnte der Sozialdemokratie sogar gleichgültig sein, wenn etwa — was nicht wahrscheinlich ist — eine kraftvolle Agitation anderer Parteien für die Wahlreform den Zustrom mancher Volksteile zur Sozialdemokratie etwas ablenkte oder aufhielte. Was die Partei dadurch an Anhängern verlieren könnte, gewänne sie zehnfach an der Auffrischung des gesamten politischen Lebens in Deutschland. Übrigens kommt es, wie schon bemerkt, der Sozialdemokratie auf die Sache an, und nicht auf ihr Parteiinteresse. Die preussische Wahlreform ist etwas, das ausserhalb und über den Einzelinteressen der Parteien steht.

Diese Frage greift aber auch über die Grenzen Preussens hinaus, es ist eine deutsche Frage. Darüber ist man sich freilich ausserhalb Preussens längst klar. Man fühlt dort schmerzlich, wie das gesamte geistige und politische Leben Deutschlands durch die Rückständigkeit Preussens zurückgehalten wird. Aber man fühlt es nicht selten mit einer gewissen heimlichen Freude, dass man selbst wenigstens ein Stück weiter ist. Auch das sollte ein Grund für das preussische Volk sein die Fesseln des veralteten Wahlrechts abzuschütteln. Jedes Wahlrecht ist besser als das preussische Dreiklassenwahlrecht. Kindisch sich darauf zu berufen, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, wie es im Reiche gilt, hätte auch seine Mängel. Gibt es etwas in der Welt, das keine Mängel hätte? Jedes Mittel, wodurch in der Gesellschaft Ideen verwirklicht werden sollen, ist vom Standpunkte der Idee aus

unzulänglich. Aber man zeige ein Wahlrecht, das Besseres leistet als das Reichstagswahlrecht! Es trägt politisches Interesse bis in die letzte Hütte hinein und, was schwieriger ist, bis auf den Frühstückstisch des Satten und Reichen, bis an den Schreibtisch des Studierten. Der törichte Gedanke durch Pluralstimmen für erfolgreiche Examen den berechtigten Einfluss der *Bildung* zu sichern, sollte gerade von den Gebildeten mit Hohngelächter abgewiesen werden, denn er zeigt einen unglaublichen Mangel an Verständnis für das, was wirklich Bildung genannt zu werden verdient. Als ob Bildung etwas mit Staatsprüfungen, etwa mit dem Einjährigenzeugnis, zu tun hätte! Als ob nicht gerade das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wahrer Bildung, wirklichen Leistungen das günstigste Feld zur Betätigung böten! Und dies Recht sich durch eigene Leistungen Einfluss zu verschaffen ist doch wohl das wahrhaft begründete Recht der Bildung.

Reges politisches Leben, politisches Interesse sind die unerlässlichen Voraussetzungen für politische Leistungen eines Volkes. Man berufe sich nicht darauf, dass der auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Reichstag als solcher auch nicht so viel leistet wie idealen Anforderungen entspricht. Dies liegt einmal daran, dass im Kampfe der Interessen und Parteien gegen einander positive Ziele sich nur schrittweis durchsetzen; ausserdem aber würde auch der Reichstag mehr leisten können, wenn nicht der rückständige Einfluss Preussens im Bundesrate ihn so oft zur Unfruchtbarkeit verurteilte. Dies dem ganzen Volke ohne Rücksicht der Parteistellung klarzumachen, das Bewusstsein von der Unerträglichkeit der preussischen Wahlrechtszustände überall zu erwecken, ohne Rücksicht auf die Parteiinteressen und die Parteistellung: das ist der einzige Weg, auf dem das preussische Dreiklassenwahlrecht überwunden werden kann. Die Sozialdemokratie tritt schon heute ungeteilt dafür ein. Ausserhalb der der Sozialdemokratie zugänglichen Schichten fängt diese Erkenntnis erst an sich durchzuringen. Die Sozialdemokratie muss alles tun, um sie zu fördern, und alles vermeiden, was den Kampf für die preussische Wahlreform als eine reine Parteisache der Sozialdemokratie erscheinen lassen könnte. Das ist die Forderung des Tages.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## MAX SCHIPPEL · TROPENERSCHLISSUNG UND EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSENTWICKELUNG

**A**IE altliberale, wesentlich kolonialfeindliche Weltwirtschaftsauffassung, die heute noch in manchen, vermeintlich sogar radikalen Parteiköpfen bedenklich herumspukt, spiegelt, trotz ihrer bestechenden inneren Logik, schliesslich weiter nichts als sehr unentwickelte Beziehungen zwischen den verschiedenen internationalen Wirtschaftszonen wieder. Wie hätte sie auch, als Kind ihrer Entstehungszeit, die gewaltigen Umwälzungen voraussehen sollen, die erst in späteren Jahrzehnten allen Grundlagen der europäischen Produktion — genauer: allen Produktionsgrundlagen des europäisch-amerikanischen Kulturkreises, und zwar zuletzt mit immer zunehmender Wucht und Beschleunigung — ein vollkommen verändertes Gepräge verliehen haben?

Diese bürgerliche Theorie, die sich sehr bald, vor allem in England, auch in kolonialpolitische Praxis umzusetzen suchte, durfte noch mit verhältnismässig sehr geringen Bedarfen rechnen, zu deren Deckung man notgedrungen in überseeische, kulturrückständige oder ganz kulturleere Gebiete hätte übergreifen müssen. Freier Tausch und freier Kauf und allenfalls noch ein paar geschäftlich aufklärende und zugleich religiös erbauliche Ermahnungen und Traktätchen schienen, der ganzen sonstigen Anschauungswelt der damals massgebenden Kreise entsprechend, jederzeit durchaus zu genügen, um aus fernen Landstrichen das Wenige herbeizuschaffen, das für die Produktion und den Konsum Europas etwa noch als unentbehrlich in Frage kam. Die in betracht zu ziehenden Länder hielt man, soweit man sich um sie wirklich bekümmerte, folgerichtig als Absatzfelder für bedeutend wichtiger denn als Lieferungsquellen. Und für die wünschenswerte Erweiterung dieses Fernabsatzes erblickte man abermals und ausschliesslich im freien Verkehr, im internationalen Wegfall von Sperrn, Zöllen und sonstigen Hindernissen die wirkungsvollste, auf die Dauer nie versagende Triebkraft.

Man sieht, unter den damals (allerdings vor manchem Jahrzehnt!) gegebenen tatsächlichen Voraussetzungen und nach den bis dahin (vor zwei, drei Menschenaltern!) gemachten Erfahrungen war das Emporkommen und die rasche Ausbreitung einer solchen geistigen und politischen Strömung bis zu einem gewissen Grade naturgemäss und deshalb unaufhaltsam. Was freilich von Anfang an keineswegs verhinderte, dass die welt- und kolonialpolitische Praxis, und zwar diejenige Englands gerade in erster Linie, unter dem Eindruck unvorhergesehener Interessen und Interessenkonflikte, scharf abgob von der theoretisch vorgezeichneten Richtschnur der friedlichen Verständigung, der *Nichtintervention*, des *laissez aller*, des freien Verkehrs und Austausches. Heute klingt uns das alles wie eine abgeblasste Sage aus längst verschollenen Zeiten: zwar immer noch halbwegs begreiflich, aber bestenfalls durchaus nicht mehr ohne weiteres einleuchtend oder gar unbedingt überzeugend. Ja man läuft in der grossen Öffentlichkeit bereits Gefahr zu den unverbesserlichen politischen Kindsköpfen gezählt zu werden, wenn man die *holde Botschaft* der kapitalistischen Jugendzeit in gutem Glauben wiederholt. Harte, schlagende Erfahrungstatsachen haben uns, soweit wir überhaupt der Belehrung zugänglich sind, ein für allemal so weit gebracht, die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen europäischen und überseeischen Produktionsgebieten<sup>1)</sup> mit ganz anderen Augen anzusehen. Kein Kundiger spricht heute noch mit der alten Seelenruhe von der verhältnismässigen Geringfügigkeit und Leichtentbehrlichkeit der tropisch-überseeischen Zufuhren. Heute fragen und sorgen wir uns, im Gegenteil, was aus unserer ganzen europäischen Produktionsherrlichkeit werden sollte, wenn sie nicht immer und immer wieder aus den Tiefen überseeischer Lieferquellen gespeist und getränkt würde. Und wie

<sup>1)</sup> Ich gebrauche diesmal, lediglich um die endlose Wiederholung weitschweifiger Ausdrücke zu vermeiden, mehrfach kürzere, freilich ungenauere Bezeichnungen wie *tropisch*, *überseeisch*, *exotisch*, *ausseuropäische* und *europäische Wirtschaftszone* (zu letzterer vor allem die Vereinigten Staaten mitgerechnet), soweit der sonstige sachliche Zusammenhang keine Nachteile befürchten lässt. Ferner waren es nur Rücksichten auf den Raum, die zur späteren Behandlung der *Tropenfrage* nötigten. Da jedoch das allgemeine, prinzipielle Kolonialproblem im Vordergrund bleiben soll, so greife ich heute öfter, aus guten sachlichen Gründen, auf die bereits gesondert behandelte Siedlungskolonisation mit zurück. Überhaupt ist die Grenze zwischen Siedlungs- und Tropenkolonisation gar nicht so glatt wie viele glauben zu sehen; viel Treffendes hierüber sagt Genosse G. Hildebrand in der *Bergischen Arbeiterstimme* vom 14. November 1907: ff.

so oft sehen wir von dem neugewonnenen Standpunkt aus sogar manche Tatsachen der Vergangenheit zum erstenmal oder doch in schärferem Lichte, an denen die Zeitgenossen der früheren Periode infolge ihrer vorgefassten Meinungen noch achtlos vorübergingen.

Wo bliebe — um zunächst nur einmal unsere hervorragendsten Textilgewerbe herauszugreifen — unsere Baumwollindustrie, wenn dereinst nicht durch ein weisses Pflanzertum, Territorium um Territorium, Staat um Staat, die Jagdnomadenvirtschaft rothäutiger Eingeborener durch den kulturell viel höher stehenden Baumwollanbau ersetzt und verdrängt worden wäre? Musste nicht jedem Emporwachsen eines neuen Textilfabrik- und Hausindustrieries in Lancashire, in Sachsen, Württemberg, Baden, in Elsass-Lothringen, in Böhmen-Mähren jedesmal eine Neuausdehnung und Höherentfaltung dieser kolonialen Rohstoffplantagen jenseits des Weltmeeres parallel laufen? Und wenn die amerikanischen Südstaaten dem unablässig rapid weiter sich steigenden Rohstoffbedarf unserer Baumwollindustrieen quantitativ und kommerziell (in Preisstand und Preisbewegung) nicht mehr hinreichend nachzukommen vermögen, müssen wir nicht, um unserer Gegenwart und unserer nächsten und fernerer Zukunft willen, die Lieferfähigkeit Westafrikas, Ostafrikas, Indiens, Ägyptens, Russisch Zentralasiens nach Kräften zu entwickeln suchen? Zu welchen relativ zwerghaften Gebilden würden unsere glänzend gediehenen Wollgewerbe zusammenschrumpfen, wenn wir nicht endlose Strecken Australiens, Südamerikas, Südafrikas aus wilden Jagdgründen und barbarischer Einöde in reiche Schaftriften umgewandelt hätten? Wie wollten unser Gross- und Kleinhandel, unsere kleinen und grossen Verkehrsunternehmungen die Riesenmassen der Waren packen und schnüren, lagern und transportieren, wenn nicht immer umfassendere Landflächen Indiens, der Philippinen der Jute- und Hanferzeugung unterworfen würden? Oder — um noch ein paar andere Beispiele, nur zur vorläufigen Orientierung, zu wählen —: ist es nicht der stolze Aufschwung unserer europäischen und nordamerikanischen Elektrotechnik, der uns ruhelos in alle Winkel des Erdballes jagt, um verborgene urwüchsige Kautschukwälder am Amazonenstrom, am Kongo und sonst in Innerafrika, in Hinterindien und Polynisien zu entdecken und auszubeuten; um, unseres stetig anschwellenden Zukunftsbedarfes eingedenk, eine zielbewusste Kautschukplantagenwirtschaft in West- und Ostafrika, auf Ceylon, Borneo und Inselindien, in Zentral- und Südamerika und in noch anderen, bisher weltabgeschiedenen Erdstrichen zu begründen; um, bei der ständig drohenden und immer näherrückenden Kupfernot, rastlos auf Kupfererze in Zentral- und Südamerika, in Ostasien, in Australien, in Südafrika zu schürfen? Was wären wir ohne die Zinngruben und Zinnwäschen in den Malayenstaaten und in Holländisch Indien? Wie stände es um unser ganzes modernes Wirtschaftsgetriebe, wenn nicht weisse handarbeitende Goldgräber und bald darauf technisch hochausgerüstete europäische Grubenbetriebe sich mitten unter Rothäuten, Australnegern und südafrikanischen Schwarzen eingenistet und festgesetzt hätten? Von dem Millionen- und Milliardenbegehre unserer konsumierenden Massen nach nichteuropäischen Lebens- und Genussmitteln, nach Tee, Kaffee, Kakao, Rohrzucker (für England, Amerika), Reis, Tabak, Gewürzen zunächst noch ganz zu schweigen . . .

Überlieferte, altgewordene und liebgewordene Vorstellungen haben, zuweilen

noch jahrzehntelang nach ihrer innerlichen Entwurzelung, ein erstaunlich widerstandsfähiges Leben. Aber unter der Wucht der geschilderten neuartigen Entwicklungsstatsachen dämmert heute selbst dem kleinen, vorurteilszäh kanngiessernden Spiessbürger Kleindeutschlands eine Ahnung davon auf, wie eng und unlösbar sein eigenes Dasein, die ganze gegenwärtige und zukünftige Kraft unserer Produktion und die ganze gegenwärtige und zukünftige Kulturhöhe unseres Konsums verbunden ist mit dem vollströmenden oder stockenden Zufluss aus immer zahlreicher zu eröffnenden, immer reicher zu erschliessenden überseeischen Lieferquellen. Sein geistiger und politischer Horizont fängt wohl oder übel an sich zu erweitern, über die eigene Küste und sogar über die Küsten Europas hinaus . . . ins Uferlose, wie er im ersten fassungslosen Schrecken über seine neumodisch-tollkühne Freigeisterei meint.

Je mehr sich jedoch in den letzten Jahren und Jahrzehnten diese eine, früher geringgeschätzte Seite der weltwirtschaftlichen Entwicklung (die wachsende Unentbehrlichkeit und Entfaltung der kolonialen Erzeugungs- und Lieferfähigkeit) der allgemeinen Beachtung in steigendem Masse aufgezwungen hat, desto unverkennbarer ist umgekehrt die, früher fast ausschliesslich und jedenfalls mit besonderer Vorliebe betonte zweite Seite der weltwirtschaftlichen Beziehungen mehr und mehr in den Hintergrund gerückt worden: der europäische Absatz nach den überseeischen, anderen Wirtschaftszonen angehörigen Ländern. Nicht deshalb, weil man diesen Absatz heute, im Gegensatz zu früher, etwa leichter oder ganz und gar entbehren könnte und wollte. Sondern einfach aus der, nunmehr und zwar mit Recht zur Vorherrschaft gelangenden Erwägung heraus: dass die Absatzerweiterung, unter den immer stärker sich ausprägenden neuartigen Voraussetzungen, mehr und mehr, fast automatisch, sich als eine Folge des grundlegenden Fortschreitens der überseeischen Produktivkräfte herausstellen müsse, dass also mit dem ersten, früher unterschätzten kolonialen Produktionsproblem sich das zweite, früher einseitig überschätzte Problem, die Absatzfrage, im wesentlichen von selber lösen werde. Die Stellung Südafrikas als Absatzmarkt sieht man jetzt vor allem bedingt durch die Aussichten der südafrikanischen Produktion von Gold, Diamanten, Kupfer, Wolle, Häuten und Fellen, Tabak, Straussenfedern. Die Vermehrung der Exporte nach Indien und Ceylon sieht man in erster Linie abhängig von den Schicksalen der indisch-ceylonesischen Jute-, Baumwoll-, Tee-, Reis-, Opium-, Kaffee-, Ölsaaten-, Färbstoffgewinnung. Was China der europäischen Ausfuhr sein kann, schätzen weiterblickende Wirtschaftstheoretiker und Handelspolitiker heute einfach danach ein, wie rasch China lernen wird seine Kohlen- und Erzschatze zu heben, seine Seidenzucht, seinen Teebau und noch viele andere Produktionszweige zu steigern und zu vervollkommen. Neue überseeische Kaufkraft wächst erst aus neuer überseeischer Produktions- und Lieferfähigkeit empor. Das zweite Interesse, das Interesse am Absatz, führt somit abermals auf das erste zurück und verdoppelt dadurch dessen fundamentale Bedeutung.

Einerseits um nicht in der eigenen heimischen Produktion und Konsumtion zu verkümmern, andererseits um kaufkräftigere Abnehmer in anderen Erdstrichen zu schaffen, heisst in der Gegenwart, in denkbar schärfster Abweichung von der überlebten altliberalen Auffassung, die Losung der ausgereifteren kapitalistischen Weltwirtschaftspolitik: fortgesetzte Umgestaltung, Ausweitung und

Höherführung nicht nur der heimischen Produktionsgrundlagen sondern mehr und mehr auch unablässige Umwälzung der Produktionsgrundlagen übersee. Jede grosse ökonomische Umwälzung in der europäischen Wirtschaftszone muss, wie mit eherner Notwendigkeit, eine wirtschaftliche Revolutionierung der überseeischen Liefergebiete nach sich ziehen: so sehen heute die massgebenden weltwirtschaftlichen Zusammenhänge aus, von denen allerdings die altliberalen, kolonialfeindlichen Theoretiker in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, die damaligen Vertreter der *neuen Kolonialpolitik* gegenüber dem alten verrotteten merkantilistischen Kolonialsystem, kaum etwas ahnen konnten.

## II



VERSUCHEN wir nun in statistisch bestimmteren Umrissen festzustellen, in welchem Grade heute schon der Bestand und das Wachstum unserer Produktion und unseres Konsums bedingt ist von den Ergebnissen und der Weiterentfaltung derjenigen überseeischen Produktionen, die vor allem Gegenstand des kolonialen Wettlaufes der europäischen Völker und Kapitalien geworden sind.

Was die Vereinigten Staaten anlangt, die in ihrem Süden eigentlich selber schon über grosse historische Errungenschaften subtropischer Kolonisation, in erster Linie über einen riesenhaften, kolonial entstandenen Baumwollanbau verfügen, so besitzen wir für das Jahr 1901 eine ausgezeichnete Darstellung des Washingtoner Bundesstatistikers O. P. Austin<sup>2)</sup>. Austin weist zunächst darauf hin, wie sehr viele Tropenerzeugnisse schon dadurch eine ganz andere Weltmarktsbedeutung erlangten, dass sie innerhalb der europäischen Wirtschaftszone aus ehemaligen Luxusgenüssen kleinerer Kreise mehr und mehr zu grossen, gigantischen Massenbedarfen wurden. Gehen wir mit Austin nur bis auf das Jahr 1870 zurück, so schwoll, immer bis 1901. in den Vereinigten Staaten der Zuckerverbrauch an von 33 auf 68 Pfund (*pounds*) pro Kopf, bei einer gleichzeitigen absoluten Vermehrung der amerikanischen Bevölkerung von 38½ auf über 77½ Millionen Köpfe! Der Rübenzucker war dabei niemals von ausschlaggebendem Gewicht, und er ist neuerdings, dank der Hebung Kubas und anderer Gebiete des Zuckerrohres, in der Union verhältnismässig noch mehr vor seinem kolonialen Rivalen zurückgewichen. Der Kaffeekonsum steigerte sich, in dem selben einen Menschenalter, von 6 Pfund pro Kopf auf nahezu 12 Pfund. Der Kakaoverbrauch stand 1901 6mal so hoch wie 1870, ohne dass der Teekonsum, immer pro Kopf, deshalb zurückgegangen wäre. Seiden- und Satinerzeugnisse sind immer grösseren Bevölkerungsschichten zugänglich geworden. Kautschuk war Anfang der siebziger Jahre kaum besonders bekannt und gesucht; er ist längst einer der wertvollsten industriellen Roh- und Hilfsstoffe geworden. Daran reiht Austin wichtige Faserstoffe, wie Jute und Hanf, Farbhölzer und andere Färbematerialien, Gummi und Harze, Drogen und Spezereien, Früchte, Rinden und Wurzeln, Felle und Häute, lauter Einfuhrwaren, die bald in ursprünglicher Naturgestalt, bald weiterverarbeitet, immer unaufhaltsamer in alle Produktions- und Konsumkreise des amerikanischen Wirtschaftslebens vordringen. Die Gesamt mengen statt der Kopfbeträge herangezogen, wuchs, um nur ein paar Tatsachen her-

<sup>2)</sup> Vergl. O. P. Austin *Unsere wachsende Abhängigkeit von den Tropen* im *Forum* vom Juni 1902. pag. 400. ff.

vorzuheben: der amerikanische Zuckerimport zwischen 1870 und 1901 von 1196 Millionen Pfund auf 4569 Millionen, also in einem Menschenalter um das 3fache; der Kaffeimport von 235 auf 1074 Millionen Pfund, also um mehr als das 3fache; die Seideneinfuhr von  $\frac{1}{2}$  auf über 12 Millionen Pfund; die Kautschukeinfuhr von weniger als 10 auf 55 Millionen Pfund; die Tabakeinfuhr von  $6\frac{1}{4}$  auf nahezu 29 Millionen Pfund; die Baumwolleneinfuhr von weniger als 2 auf über 68 Millionen Pfund (hauptsächlich aus Ägypten); die Faserstoffeneinfuhr (Jute, Manilahanf, Sisalgras) von 43 533 auf 256 771 Tonnen; die Kakaoeinfuhr von weniger als 4 auf über 50 Millionen Pfund; die Teezufuhr (Import minus Export) nahm der Menge nach, der Bevölkerungsvermehrung entsprechend, noch immer um 100 % zu. Insgesamt ergibt sich, dass der Bedarf und Verbrauch von tropischen und subtropischen Produkten viel rascher sich gesteigert hat und sich weiter viel rascher steigert als die Bevölkerung der Vereinigten Staaten selber, und dass dieses verblüffende Anschwellen sich gerade bei den industriellen produktiven Bedarfen am allerraschesten vollzieht:

„Während diese Lebensmitteleinfuhren nur um 200 bis 300 % angeschwollen sind, haben sich die Rohmaterialien für die Industrie, wie Seide, Faserstoffe, Baumwolle, Kautschuk usw., um 300 bis 3000 % gesteigert, in einem Zeitraum, in dem die Bevölkerung nur um 100 % sich vergrößerte . . . In dem eben beendeten Jahre [1901] belief sich die Einfuhr solcher Waren, die man gewöhnlich als tropische und subtropische Erzeugnisse bezeichnet, auf 400 Millionen Dollar — oder pro Tag, Sonn- und Feiertage mitgerechnet, auf über 1 Million Dollar [weit über 4 Millionen Mark], während sie doch vor 30 Jahren 143 Millionen pro Jahr, oder 400 000 Dollar pro Tag, nicht überstieg.“  
Aber selbst in solchen, früheren Generationen ganz unfassbaren Wertsummen spiegelt sich dieser Aufschwung der tropisch-überseeischen Lieferkraft, wie schon einmal nebenher erwähnt, nur verkürzt und verkleinert ab. Denn eine der Hauptwirkungen der wirtschaftlichen Erschliessung und Revolutionierung der Tropenwelt durch das europäische Kapital ist selbstverständlich gerade die Preismässigung der Waren, die für unseren industriellen oder persönlichen Verbrauch beansprucht werden. Der Rohrzucker fiel nach Austin in dem bezeichneten Zeitraum von 5 auf 2,3 Cents pro Pfund, der Kaffee von 12 bis 18 Cents in den siebziger Jahren auf 6,5 und 7,3 Cents am Anfang des neuen Jahrhunderts. Der Tee brachte am Verschiffungshafen zwischen 1870 und 1880 durchschnittlich 24 bis 37 Cents, 1901 nur noch 12,3 Cents; die Rohseide fiel von 5 Dollar auf wenig mehr als 3 Dollar. In der Tat, um mit der Stuttgarter Minderheitserklärung<sup>3)</sup> und sonstigen Kundgebungen aus ihr nahestehenden Kreisen zu reden: wie grauenhaft hat der *Aberwitz* des kapitalistischen überseeischen Expansionsdranges die Produktivkräfte »zerstört«, statt sie »zu steigern« und damit den Handel »verlangsamt oder verhindert«! Immer langsam voran . . .

Oder halten wir uns an die Erfahrungen Englands! In der bekannten Fiskaldenkschrift der englischen Regierung vom Jahre 1903 wird die Einfuhr einiger *hauptsächlichlicher* Rohstoffe und Genussmittel nach den Ursprungsländern verglichen. Unter Miterwähnung einiger Stapelartikel der Siedelungskolonisation finden wir da als Einfuhr nach England im Jahre 1902 verzeichnet (in Pfund Sterling): Rohbaumwolle 41,15 Millionen (davon über 9,9 Millionen aus Ägypten, über  $1\frac{1}{2}$  Million aus Brasilien und Indien), Rohwolle 20,24 Millio-

<sup>3)</sup> Vergl. meinen Artikel *Kolonialpolitik* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 4.

nen (der Wertreihenfolge nach aus Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien), Hanf und Flachs 4,26 Millionen (davon über 2 Millionen von den Philippinen und Ladronen,  $\frac{1}{2}$  Million aus Neuseeland), Jute 5,3 Millionen (fast ausschliesslich aus Indien), Öle und Ölsaaten, Nüsse 14,9 Millionen (davon 1,55 Millionen aus Britisch Westafrika, fast 3 Millionen aus Indien-Ceylon, fast  $2\frac{1}{2}$  Millionen aus Ägypten), Kautschuk 5,18 Millionen, Zinn 4,8 Millionen (aus den *Straits Settlements*, dann aus Chile und Australien), Gerb- und Farbstoffe für fast 1 Million allein aus Indien, Rohhäute 103 000 aus Bengalen, 160 000 aus Argentinien. Und nun zu den überseeischen Lebens- und Genussmitteln, vom siedelungskolonialen Getreide, Fleisch, von Obst, Butter und Käse ganz abgesehen: fast 2 Millionen Reis und Reismehl (wesentlich aus Indien und Birma), Rohkakao für 586 000 aus Westindien, für 215 000 aus Ecuador, für 357 000 über Portugal, dazu ähnliche Beträge in der Form von fertiger Schokolade über Frankreich und Holland; 8,79 Millionen Tee, ganz überwiegend aus Indien und Ceylon . . . Wahrhaftig, es ist höchste Zeit dem kapitalistischen Ausdehnungs- und Umgestaltungsdrang übersee einen festen Riegel vorzuschieben; sonst . . . dringen noch grössere und noch billigere Mengen von Kaffee, Tee, Kakao, Reis, Tabak, Baumwolle, Wolle, Jute, Kautschuk, Kupfer, Zinn zu uns herein! »Der Import«, tröstet uns dafür Genosse Kautsky, der Import brauche »in einer sozialistischen Gesellschaft ein sehr bescheidenes Mass nicht zu überschreiten.«<sup>4)</sup> Vorausgesetzt natürlich, dass wir im Sozialstaate auf Produzieren, Essen und Trinken und sogar auf die fröhliche Kunst der Volksvermehrung möglichst bescheiden verzichten . . .

Zuletzt ein paar statistische Angaben über Deutschland, gleichfalls unter Weglassung der siedelungskolonialen Korn-, Fleisch-, Talg-, Obstzufuhren, aber unter Mitaufführung mancher anderer Produkte, deren Erzeugung mehr oder weniger in die siedelungskoloniale Sphäre fällt. Da unsere Ausführungen schliesslich immer der kapitalistischen Expansion und Kolonisation im allgemeinen gelten, so ist die gelegentliche Überschreitung der in der heutigen Überschrift gezogenen Grenzen unvermeidlich. Wir gehen dabei vom Jahre 1905 aus, weil für 1906, wegen des Inkrafttretens des neuen Zolltarifes am 1. März, die Statistik keine einheitliche mehr ist. Deutschland führte also 1905 ein (in Millionen Mark): Rohbaumwolle 398,22, Rohwolle 273,25, Jute 47,75, Manilahanf 3,23, rohes Gold und Bruchgold 146,71, Zinn (hauptsächlich aus Holländisch Indien, Malakka und den Niederlanden als Zwischenhandelsplatz) 38,47, Bleierze (ganz überwiegend aus Australien) 17,95, Manganerze aus Brasilien und Indien 2,45, Silbererze 6,24 (davon 4,4 aus Peru-Bolivien), Zinkerze aus Australien 4,51, Graphit aus Ceylon 2,78, Kautschuk 142,29, Gummi 3,92, Schellack 15,60, Kampfer 6,5, Jod aus Chile 9,19, Salpeter aus Chile 110,89, Sesam 12,09, Raps, Rübsaat aus Indien 14,33, LeinSaat (vor allem aus Britisch Indien und Argentinien) 69,69, Mohn aus Britisch Indien 6,62, Palmkerne-Kopra 61,52, Palm- und Kokosnussöl 5,60, Erdnüsse 4,55, Insekten- und Pflanzenwachs aus Brasilien und Kuba 1,39, Elfenbein 4,61, Buchsbaum-, Zedern-, Mahagoniholz 9,12, Quebrachoholz aus Argentinien 11,45, Gerbstoffauszüge aus Argentinien 3,28, Chinarinde (fast alles aus Nieder-

<sup>4)</sup> Vergl. Karl Kautsky Vorrede zu *Atlantiscus' Produktion und Konsum im Sozialstaat* (Stuttgart 1898), pag. XXIII. Ich kann denjenigen Genossen, die jetzt, zu ihrer nicht geringen Enttäuschung, plötzlich zum erstenmal ein sozialistisches Kolonialproblem auftauchen sehen, die *Atlantiscusschrift* sehr zur Erinnerungsauffrischung empfehlen.

ländisch Indien) 3,37, Stuhrohr (wesentlich aus Malakka) 5,63, Strohbänder aus China 3,29; Federn aus Südafrika 3,42, grüne, gesalzene Rindshäute aus Südamerika 52,24, getrocknete Rindshäute aus Afrika, Asien, Südamerika 49,64, Schaf- und Ziegenfelle aus Asien, Nordafrika, Südamerika 12,80, Guano 8,29. Und nun erst kommen wir zu der langen Liste der exotischen Lebens- und Genussmittel: Kaffee 170,31, Kakaobohnen 33,02, Tee 5,04, Reis 44,06, Pfeffer 6,18, asiatische Rosinen 7,77, Rohtabak 122,14, Zigaretten aus Ägypten 8 usw. Das allein schon sind für Deutschland 1800 bis 1900 Millionen Mark exotischer Einfuhren in einem Jahre oder für jeden Wochentag über 6 Millionen Mark. Wir könnten aber noch eine Menge Ziffern anreihen für Rohseide, Edelsteine und Halbedelsteine, für Korkholz, für Kupfer und ähnliche Waren, die ganz oder zum Teil der aussereuropäischen Wirtschaftszone entstammen. Doch liesse sich ebenso über manche Aufnahme in die mitgeteilte Liste streiten, und wir bezwecken hier weiter nichts als eine annähernde Grössenvorstellung der durch das moderne Weltwirtschaftsgetriebe neu geschaffenen Interessen<sup>5)</sup> zu geben: der Lebensinteressen Europas und der europäischen Wirtschaftszone an der Lieferkraft der tropischen und subtropischen Erdstriche, an der ununterbrochenen ökonomischen Revolutionierung und Vervollkommnung auch der aussereuropäischen Wirtschaftszonen, Lebensinteressen, die früher allerdings kaum in ähnlichem Masse vorhanden waren, die heute aber keine weitblickende Theorie und Politik mehr leugnen und vernachlässigen kann, es sei denn, man wolle lieber die eigene Produktions- und Lebensverkümmern, den eigenen sozialen Stillstand und Rückgang, ehe man hinfällig gewordene Anschauungen preisgibt und alte Bahnen verlässt.

## III



ND gilt das, was für die moderne Produktion im allgemeinen zutrifft, etwa nicht für die moderne Arbeiterklasse im besonderen? Man hat es als industriellen Selbstmord und als gewissenloseste Gefährdung der Arbeiterinteressen gebrandmarkt, wenn — wohl nur in der Phantasie in solcher Weise lebende — zollkriegslustige Draufgänger der agrarischen Rechten die Baumwolle mit einem Kampfsoll belegen wollten. Aber wenn eine ungenügende und wegen ihres monopolistischen Übergewichtes allzu leicht von Spekulantenringen beherrschbare Baumwollproduktion, wie die in den amerikanischen Südstaaten, noch ganz andere Gefahren der Verteuerung und der Preisschwankung, nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa heraufbeschwört, soll es uns als zielbewussten Arbeitervertretern alsdann gleichgültig sein, ob es gelingt den Westen, Osten und Norden Afrikas, den Süden und das Innere Asiens und noch andere Kolonialländer zu Liefergebieten unseres wichtigsten Gespinnstoffes emporzuheben? Und kann es uns alsdann weiter gleichgültig sein, ob

<sup>5)</sup> Unsere Reichsstatistik gibt für Deutschland (Zollgebiet) folgende Verbrauchsberechnungen pro Jahr: Rohbaumwolle 1836 bis 1840 durchschnittlich 8917 Tonnen, 1905 394313 Tonnen (oder pro Kopf 0,34 und 6,52 Kilo), also mehr als das 44fache; Jute 1866 bis 1870 2126 und 1906 141391 Tonnen (pro Kopf 0,06 und 2,30 Kilo), also mehr als das 66fache; Kupfer 1876 bis 1880 16132 Tonnen und 1904 136274 Tonnen (pro Kopf 0,4 und 2,3 Kilo), also weit mehr als das 8fache, fast das 9fache; Kakao in Bohnen 1836 bis 1840 371 1906 34018 Tonnen (pro Kopf 0,01 und 0,55 Kilo); Rohkaffee 1836 bis 1840 26600 und 1906 185334 Tonnen (pro Kopf 1,01 und 3,03 Kilo); Tee 1836 bis 1840 122 und 3837 Tonnen (0,004 und 0,06 Kilo); Rohtabak 1861 bis 1865 46349 und 1905 102038 Tonnen (1,3 und 1,7 Kilo); ausländische Gewürze 1836 bis 1840 1401 und 1906 10154 Tonnen (0,05 und 0,17 Kilo); Reis 1836 bis 1840 4669 und 1906 167224 Tonnen (0,18 und 2,73 Kilo) also das 36fache usw.

die dortigen Eingeborenen die Baumwolle ursprünglich-roh wie seit Jahrhunderten und Jahrtausenden, also unerträglich teuer produzieren und liefern, oder ob sie den Anbau des Strauches und die erste Zurichtung der Faser und des Samens in modern vervollkommener Weise, also billig, vollführen lernen? Als vor drei und vier Jahren die Baumwollpreise in New Orleans und New York in die Höhe schnellten, da blieb monatelang den Textilfabriken Lancshires weiter nichts übrig als den Betrieb einzuschränken, zeitweise bis auf die Hälfte der normalen Produktion. Der *Statist* fasste damals sein Urteil dahin zusammen, der ganze enorme Export von Textilfabrikaten nach Ostasien ruhe, bei der geringen Zahlkraft der dortigen Abnehmer, auf der Voraussetzung, dass die Rohbaumwolle in Liverpool 5 Pence pro Pfund nicht wesentlich überschreite; bei mehr als 6 Pence versagten die Käufer Indiens und Ostasiens bereits; bei  $6\frac{1}{2}$  bis 7 Pence müsse man auf 30 bis 40 % der Lancashirer Textilfabrikation und auf entsprechende Aufträge für die schottischen Druckereien und Färbereien verzichten. Die näher beteiligten englischen Gewerkschaften steuerten, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, namhafte Beträge aus ihren Kassen bei, um die Fabrikantenbemühungen zur Ausbreitung der kolonialen Baumwollkultur zu unterstützen. War das Kurzsichtigkeit, oder war das freierer und weiterer Blick als wir ihn leider unter uns noch gewöhnt sind?\*)

\*) Vermeintlich mit dem denkbar tiefsten Einblick und mit den fortgeschrittensten Anschauungen ausgerüstet, schreibt ein angesehenes deutsches Parteiblatt am 10. Oktober 1905: »Heute betrachtet man die Kolonien als Absatzmärkte, auf die man mit Profit den Warenüberschuss des Mutterlandes werfen könne. Man will exportieren. Für eine sozialistische Gesellschaft jedoch existiert dieser Gesichtspunkt nicht. Sie beruht nicht auf dem Export, weil sie nicht mehr auf dem Profit beruht. Für sie ist nur noch das Konsumbedürfnis ihrer Mitglieder ausschlaggebend. Import wie Export werden daher bescheiden Grenzen nicht überschreiten, die genau von den materiellen Bedürfnissen nach den Gebrauchswerten der Waren, nicht mehr wie heute nach ihren Tauschwerten, diktiert sein werden. Um ein praktisches Beispiel zu nehmen: Fast den gesamten Bedarf an Baumwolle deckt zurzeit Amerika. Unsere Kolonialfexe scheuen nun weder Mühe noch Kosten, um in den deutschen Kolonien Afrikas auch Baumwolle zu produzieren. Warum? \*Nicht etwa deshalb, weil die amerikanische Baumwolle nicht gut genug ist oder den Bedarf nicht decken könne — die beste deutsche Baumwolle aus Togo erreicht die Güte der amerikanischen nicht —, sondern nur, um unabhängig vom amerikanischen Märkte zu sein, das heisst, weil sie das Geld reut, das sie den Baumwollpflanzern Südkarolinas und New Orleans in die Taschen stecken müssen. Eine sozialistische Gesellschaftsordnung wird diesen Wahnsinn natürlich nicht mitmachen. Sie wird die Baumwolle von dort nehmen, von wo sie sie am besten und billigsten erhalten kann, und sich nicht aus Marotten, die nur auf dem Sumpfboden des Kapitalismus gedeihen können, darauf versteifen, in irgendwelchen Kolonien schlechte und teure Baumwolle zu pflanzen.\* x Entweder sind diese wahnsinnigen, marottentollen deutschen Kapitalisten seltsame Gemütsmenschen: weil »sie das Geld reut, das die Amerikaner für treffliche und billige Baumwolle hingeben müssen, zahlen sie lieber für »schlechte und teure« Baumwolle . . . noch mehr. Oder, was wahrscheinlicher ist, der Zukunftsstaatskundige ist doch wohl in der Gegenwart nicht genügend zu Hause. x Wie es dann aber so geht: In einem anderen Parteiblatt schreibt am 7. März 1907 ein Mitglied der Budgetkommission des Reichstags: »Die Beschaffung von Baumwolle für die deutsche Textilindustrie ist eine Frage von ausserordentlicher Wichtigkeit, an der natürlich besonders auch die Textilarbeiter interessiert sind. Deutschland ist jetzt bei dem Bezug seiner Rohbaumwolle fast ausschliesslich auf die amerikanische Produktion angewiesen. Im Etat des Reichsamtes des Innern werden zu Aufwendungen für Einrichtungen und Veranstaltungen, welche allgemeinen Interessen des deutschen Handels dienen, 100000 Mark gefordert; das sind 50000 Mark mehr als im Vorjahre. Die Erhöhung von 50000 auf 100000 Mark wird beantragt, um Mittel zu gewinnen zur Unterstützung der Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind der deutschen Baumwollindustrie die Beschaffung des Rohmaterials zu erleichtern. Die Einstellung der Mittel in den Etat erfolgte in der Voraussetzung, dass die deutschen Baumwollindustriellen auch ihrerseits erhebliche Beträge aufbringen, um die Ausbreitung der Baumwollkultur, insbesondere in den deutschen Kolonien, zu fördern. Ein Regierungskommissar versicherte am Mittwoch in der Budgetkommission des Reichstags, dass solche Mittel aus industriellen Kreisen bestimmt zu erwarten seien. Die geforderten 100000 Mark wurden einstimmig bewilligt.« Also doch wohl auch von unseren eigenen Parteivertretern. »Marotten, die nur auf dem Sumpfboden des Kapitalismus gedeihen können . . .«

Wir verwehren uns auf das heftigste gegen jeden Tabakzoll und gegen jede Tabaksteuer wegen der vernichtenden Rückwirkungen jeder Zigarren- und Zigarettenverteuerung auf den ganzen Tabakarbeiterberuf. Wenn jedoch, wie in den letzten Jahren, die Weltproduktion des Tabaks weniger und weniger der starken internationalen Nachfrage genügt und wenn lediglich deshalb die Preise auf dem Weltmarkt und bei uns emporklimmen, so ist selbstverständlich der Schaden genau der gleiche, für den Raucher wie für den Tabakarbeiter. Kann es uns, als Vertreter der Konsumenten- und Arbeiterinteressen, also ganz kühl und unberührt lassen, wenn unter der internationalen Rohstoffknappheit zum Beispiel die niederländische Statistik folgende Ergebnisse des Handels in Sumatratabak<sup>7)</sup> kundgibt?

im Jahre	Pack	Durchschnittspreis (Cents)	Also gesamte Rohstoffkosten (Gulden)
1903	246 867	93½	35 490 000
1904	233 677	99	35 675 000
1905	225 370	155	53 845 000

Ist es unter solchen Umständen eine blosse *Marotte*, wenn die englischen Tabakinteressenten darauf hinzuwirken suchen, dass neben den Pflanzungen in Amerika und Kuba, in Holländisch Indien auch neue Pflanzgebiete in Nyasaland und Ostafrika, in Transvaal, auf Ceylon, Westindien, in Australien eröffnet werden?<sup>8)</sup> Soll es etwa gar Aufgabe der Arbeiter sein diesem Streben nach Erhöhung des Angebotes, nach Ausdehnung der kolonialen Lieferungen und damit nach Ermässigung der europäischen Preise Steine in den Weg zu werfen? Das Licht des armen Mannes soll nicht verteuert werden, deshalb haben wir stets gegen Petroleumauflagen wie die Löwen gekämpft. Aber wie anders wird denn der erdrückenden Wucht eines ausschliesslichen amerikanischen Weltmonopols entgegengewirkt als dadurch, dass — neben der russisch-asiatischen, galizischen und rumänischen Gewinnung — auch die Ölquellen auf Sumatra, in Indien, in Japan, in Türkisch Asien und Turkestan, in Portugiesisch Ostafrika, in Burma in Angriff genommen oder weiter entwickelt werden? Wir wollen durch Verbilligung den Konsum aller Lebens- und Genussmittel nach Möglichkeit unter den Massen erweitern. Aber die Billigkeit von Kaffee, Tee, Kakao, Reis beruht in erster Linie auf den erzielbaren Produktions- und Transportverbesserungen auf Ceylon, in Indien, auf Porto-riko, Jamaica, Trinidad und den Philippinen, in Holländisch Indien, in Zentral- und Südamerika.

Wir feiern jede kostensparende Erfindung bei uns als einen Kulturtriumph, der uns zugleich unseren Zukunftszielen rascher nahebringen muss. Und wir sollten uns nicht rühren dürfen, wenn unsere wichtigsten industriellen Rohstoffe in barbarischer Unbeholfenheit, mit ungenügendstem Ertrag und deshalb zu abnormsten Hochpreisen hergestellt und geliefert werden — nur weil wir von altersher gewöhnt sind die Wirtschaftswelten jenseits der grossen Wasser nicht in ihrem, immer unlösbarer gewordenen Zusammenhang mit unserem eigenen Schicksal zu sehen? Nein, wir sollten sogar *prinzipiell* diesen ökonomischen Revolutionen übersee, die unseren eigenen Wirtschaftsumwälzungen und industriellen und persönlichen Massenbedarfszunahmen parallel

<sup>7)</sup> Vergl. die Nachrichten des Reichsamts des Innern vom 1. August 1907.

<sup>8)</sup> Vergl. *The Tobacco Trade* in den *Times* vom 20. Mai 1907.

laufen müssen<sup>9)</sup>, widerstehen, weil . . . das Kapital dabei nicht unbereichert bleibt? Ja, wenn wir die gleiche Höhe der Auffassung auf alle produktiven Fortschritte bei uns daheim übertragen wollten, würde es dann noch denkende Arbeiter geben, die uns für fähig hielten Wortführer ihrer Interessen zu sein?

Aber wenn man die Notwendigkeit fortschreitender Erschliessung und Entfaltung der tropischen und subtropischen Erdstriche zugibt, bedarf es dazu derjenigen Form des Vorgehens, die wir speziell als Kolonisation und Kolonialpolitik bezeichnen? Und zeigt die Kolonialpolitik des kapitalistischen Zeitalters nicht in sich selbst grosse stufenweise Fortschritte?

Dies führt uns zu einer Schlussbetrachtung, die in einem der nächsten Hefte folgen soll.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## EDWARD REYNOLDS PEASE · DER SOZIALISMUS UND DIE MITTELKLASSEN



IEBKNECHT, der ein bewunderungswerter Volksredner in der englischen Sprache wie in seiner deutschen Muttersprache war, pflegte gelegentlich nach London zu kommen und dort in grossen Versammlungen zu reden, die von der *Social Democratic Federation* einberufen wurden, um den Engländern Gelegenheit zu geben den Führer der grössten sozialdemokratischen Partei der Welt zu hören. Die englischen *Social Democrats* brüsten sich gerne mit ihrem Klassenbewusstsein und sind nie glücklicher, als wenn sie gegen die Laster und die Heuchelei der ausschweifenden Bourgeoisie losziehen können. Aber der alte Liebknecht — sei es nun, dass er boshafterweise seinen Zuhörern eine ihm nötig erscheinende Lektion geben wollte, sei es, was wohl wahrscheinlicher ist, dass er bei seinem früheren langjährigen Aufenthalt in England die Überzeugung von der Wahrheit und Wichtigkeit seines Satzes gewonnen hatte — widmete bei jeder Gelegenheit, bei der ich das Vergnügen hatte ihn sprechen zu hören, den grössten Teil seiner Rede einem nachdrücklichen Lob der englischen

<sup>9)</sup> Das Tollste und trotz alles Scheinradikalismus Zipfelmützig-Reaktionärste ist es wohl, dass einzelne Parteigenossen hier und da rundweg die heutige Kapitalsackgasse übersee als greulichste Vergeudung verfechten und dafür die innere Kolonisation, womöglich die Aufschliessung der Lüneburger Heide und ähnliches begeistert empfehlen. Gewiss. Wir brauchen, sagen wir, Kautschuk: und das Kapital in seiner Verblendung, in seiner Angst vor dem letzten Stündlein, in seiner Furcht vor dem Proletariat flieht in die Urwälder am Äquator, gründet Plantagen in West- und Ostafrika, auf Ceylon und Inseln, in Zentral- und Südamerika! Können wir in Deutschland nicht noch eine ganze Menge Bäume pflanzen und diese gleichfalls anritzen und anzapfen, bis etwas dabei herauskommt? Die Kupfernot für Elektrotechnik, Lokomotiven- und Schiffsbau, Bronze- und Messingindustrien lässt uns nicht mehr los; und diese wahnsinnigen, marotten tollsten Überkapitalisten des Zusammenbruchzeitalters werfen das schöne deutsche Geld an überseeische — wahrhaftig: an überseeische — Kupferberg- und Schmelzwerke weg, wo wir doch in Deutschland noch über weite Bodenflächen verfügen, auf denen man die grössten Löcher nach dem Erdinnern bohren könnte! Wir brauchen Gold; und das für eine bessere Wirtschaftsordnung verständnislose Kapital geht nach Transvaal, nach Klondyke, nach Australien, nach Westafrika, Schächte, Wäschereien und Stampfen zu errichten! Haben wir in der Mark und anderwärts in Preussen-Deutschland nicht eine Menge Sand, der noch ungewaschen, und Quarz, der noch unzerstampft ist? Und so fort . . . Meist wird umgekehrt ein Schuh daraus. Solange bei jedem Wirtschaftsaufschwung die Preise von Kautschuk, Kupfer, Zinn, Baumwolle, Jute, Wolle, Tabak usw. unverhältnismässig steigen, darf man das als Beweis dafür ansehen, dass in der Okkupation (Urwald, Waschgold) und Produktion (Plantage, Bergwerk) sowie im Transport (Eisenbahn, Flussschiffahrt) von Kautschuk, Kupfer, Zinn, Baumwolle, Jute, Wolle, Tabak usw. übersee noch nicht genug europäisches Kapital angelegt ist.

Mittelklassen und pflegte auseinanderzusetzen, wie glücklich England in dem Besitze einer so klugen wie mächtigen Klasse wäre, die das Land ohne vollständige Missachtung der Arbeiterinteressen regierte, wie sehr dagegen Deutschland an dem Mangel einer Klasse mit, auch nur annähernd ähnlicher politischer Stellung litte. Es hat mich immer amüsiert, wie aufmerksam meine Freunde von der *Social Democratic Federation* einen so hervorragenden Propheten ihres Glaubens anhörten, und wie begeistert sie ihm Beifall spendeten, wie wenn sie zum Applaus verpflichtet gewesen wären, obschon er Ansichten und Gefühlen Ausdruck gab, die sie, hätte ein Engländer sie geäußert, mit grollendem Lärm und einem Sturm von Gezisch aufgenommen haben würden. Liebknecht hat aber in der Tat eine Wahrheit ausgesprochen, die von den Sozialisten oft übersehen wird.

In allen Ländern gehörten die meisten Führer des Sozialismus den Mittelklassen an, und es ist keineswegs eine Eigentümlichkeit Englands, dass die Begründer und die meisten der hervorragenden Vertreter seines Sozialismus eine gediegene Erziehung genossen haben und zum Teil reich sind. Nichts erleichterte so sehr das Aufkommen des Sozialismus in England wie der frühe Übertritt von William Morris. Er allein von allen sozialistischen Führern konnte, ohne dass ein Widerspruch zu fürchten gewesen wäre, als über jeder Möglichkeit unlauterer Motive stehend angesprochen werden. Popularität und Ruhm konnten für den Verfasser des *Paradieses auf Erden* und den Führer der Kunst- und Kunstgewerbebewegung keinen Reiz mehr haben. Er besass alles, was Reichtum und Genie zu gewähren vermögen, war eines Denkmals im Ruhmestempel seines Volkes sicher, lang ehe er als Sozialist bekannt wurde. Sein Übertritt zu unserer Sache war die beste und bündigste Antwort auf die Verleumdung, dass die Sozialisten gewissenlose Friedensstörer, rücksichtslose Ruhmesjäger, *Macher* seien, die darauf abzielten als *bezahlte Agitatoren* von Arbeitergroschen zu leben.

Es war ganz natürlich, dass der Sozialismus in England in der Mittelklasse Wurzel schlug, weil diese Klasse mehr ausgesprochene politische Instinkte hat als irgendwo anders in Europa. Die Mittelklassen haben England mehr als sieben Jahrzehnte beherrscht und auch schon früher einen nicht geringen Einfluss auf seine Politik ausgeübt, hauptsächlich deshalb, weil sie, wie hinlänglich bekannt ist, nicht durch eine starre und feste Grenze von der Aristokratie geschieden sind. Der Sohn, sogar der älteste Sohn, eines Peers ist nach dem Gesetz ein Bürgerlicher, auch wenn er seines Vaters zweiten Titel führt. Die Grosskinder des vornehmsten Aristokraten, mit Ausnahme der Kinder seines ältesten Sohnes, sind Bürgerliche und unterscheiden sich in keiner Hinsicht von der Masse des Volkes. John Russell, der Dockarbeiter, kann offiziell gar nicht von dem Grosssohn des Herzogs von Bedford unterschieden werden, wenn es zufälligerweise einen dieses Namens gibt. Auf der anderen Seite besteht ein grosser Teil der heutigen Peerschaft aus Söhnen oder Grosssöhnen von erfolgreichen Rechtsanwältten, Bankiers, Kaufleuten, Bierbrauern und gelegentlich sogar Dichtern und Männern der Wissenschaft. So ist die englische Aristokratie seit Jahrhunderten mit den Mittelklassen eng verbunden gewesen, beide mit einander haben, geschieden in die beiden Parteien der Whigs und der Tories, abwechselnd die Zügel der Regierung in der Hand gehabt und die Unterstützung des Volkes zu erringen gesucht.

In dieser grossen Mittelklasse hat nunmehr der Sozialismus eine feste Stellung erobert. Das geht auf verschiedene Ursachen zurück, deren wichtigste vielleicht die Haltung der Kirche ist. Um das vollständig auseinandersetzen zu können, wäre eine eigene Abhandlung nötig, und ich fürchte, dass die kurze Feststellung, die ich hier nur geben kann, für jemanden, der mit dem Gegenstande nicht vertraut ist, ohne Überzeugungskraft bleiben wird. Aber ich spreche aus einer Kenntnis der Dinge und ohne jedes Vorurteil, denn ich bin von Geburt und Erziehung ein Dissenter der schärfsten Art und während meines ganzen reiferen Lebens ein *Ungläubiger* gewesen.

Die englische Kirche zerfällt in drei Schulen, die (evangelische) niedrige Kirche, die bis vor dreissig Jahren die herrschende war; die (philosophische) breite Kirche, die einstmals stark war, es heute aber nicht mehr ist, und die Hochkirche, die dem römischen Katholizismus zuneigt und während der letzten zwanzig Jahre die anderen beiden weit übertroffen hat. Nun ist es eine merkwürdige Tatsache, dass die *Priester* — wie sie sich selbst nennen — der Hochkirche zu drei Vierteln mehr oder weniger entschiedene Sozialisten sind. Sie versuchen damit keineswegs die Politik jener deutschen Geistlichen nachzuahmen, die, wenn ich recht unterrichtet bin, einen Pseudosozialismus predigen, um die Arbeiter der Sozialdemokratie abspenstig zu machen. Die englischen geistlichen Sozialisten haben niemals versucht eine politische Partei oder eine Gewerkschaft oder irgend eine andere Arbeiterorganisation zu gründen. Wenn sie am politischen Leben teilnehmen, dann unterstützen sie öffentlich die Kandidaten der Arbeiterpartei oder einen unabhängigen Sozialisten. Wenn sie in einen gewerkschaftlichen Kampf eingreifen, so geschieht es, um der Kasse einer richtigen Gewerkschaft, die durch einen Streik hart mitgenommen ist, Mittel zuzuführen. Sie gehören den verschiedenen sozialistischen Vereinigungen an, haben aber auch in ihrer *Christian Social Union* eine eigene starke und einflussreiche Vereinigung; diese ist in ihrer Betätigung streng sozialistisch, obschon die Mitgliedschaft nicht ausschliesslich aus Sozialisten besteht. Ausserdem gibt es noch ein oder zwei extremere kirchliche sozialistische Gesellschaften. Da nun die Hochkirche die Kirche der vornehmen Gesellschaft ist, so müssen die religiös gesinnten Angehörigen der oberen und Mittelklassen jeden Sonntag Predigten anhören, die, wenn sie überhaupt das politische Gebiet berühren, den Lehren des Sozialismus eher günstig als feindlich gestimmt sind. Es mag schwer sein einen deutschen Sozialdemokraten davon zu überzeugen, dass der extremklerikale Flügel der englischen Kirche den Sozialismus in England ohne Hintergedanken, ohne Rücksicht auf Privatinteressen unterstützen kann. Aber das ist in der Tat unzweifelhaft der Fall und erklärt nicht zum wenigsten den stillen Fortschritt des Sozialismus in England.

In alten Tagen war es wahrscheinlich richtig, dass das Blut der Märtyrer der Same der Kirche war; ob aber das mildere politische Märtyrertum unserer Tage ähnlich fruchtbringend ist, darf bezweifelt werden. Ein Autodafé ist ein drucksvoll und lehrt den grossen Haufen denken; die Entlassung eines kleinen Beamten, die Nichtbeförderung einer verdächtigen Persönlichkeit führen nicht so leicht zum Übertritt neuer Rekruten. Im ganzen haben wir in England vermutlich aus dem völligen Mangel eines offiziellen Boykotts unserer Ansichten Vorteil gezogen. Vor mehr als zwanzig Jahren haben die Behörden einmal drei Sozialisten wegen aufrührerischer Reden angeklagt; die Geschworenen

haben sie freigesprochen. Einer dieser drei, der Right Honourable John Burns, ist jetzt Minister und vielleicht der populärste Mann in England. Seit jener Zeit hat die offizielle Welt keinen irgendwie gearteten Versuch mehr gemacht zu behaupten, Sozialisten seien andere Menschen als die übrigen. Die höheren Zweige des Zivildienstes stecken voller Sozialisten, deren amtliche Laufbahn in keiner Weise durch ihre Überzeugung gefährdet ist. Ein beweiskräftiges Beispiel ist Sir Sydney Olivier, Geheimer Rat und Ritter des Sankt Michael- und Georgsordens, der unlängst in ungewöhnlich frühem Alter auf den hoch bezahlten Posten eines Gouverneurs von Jamaica berufen wurde. Olivier wurde vor ungefähr zwanzig Jahren zuerst bekannt als einer von den sieben Verfassern der *Fabian Essays* über den Sozialismus und ist seitdem die ganze Zeit über in der sozialistischen Bewegung eifrig tätig gewesen.

Diese vollständige Duldsamkeit gegen den Sozialismus erstreckt sich sogar auf die Armee. Ich weiss zum Beispiel zufällig, dass vor ein oder zwei Jahren ein Infanterieoffizier, von Geburt ein schottischer Adliger, zum Sozialismus übertrat und so weit ging in öffentlicher Wahlversammlung rednerisch für einen sozialistischen Parlamentskandidaten einzutreten. Sein General legte ihm nahe um seinen Abschied einzukommen, der Kriegsminister dachte über die Sache aber ganz anders, und nach ein paar Stunden, nicht erst nach langen Tagen, wurde dem General bedeutet, er habe seine Aufmerksamkeit auf die militärische Fähigkeit seiner Offiziere zu beschränken und möge sich nicht um deren politische Ansichten kümmern; ein paar Tage später wurde der Offizier auf einen Posten in Südafrika befördert, um ihn aus einer vielleicht feindlich gesinnten Umgebung zu befreien. Die gegnerische Presse ist kein ernsthaftes Hindernis für den Sozialismus, und vielleicht finden wir unter den Journalisten eine grössere Menge der Mittelklasse entstammende Sozialisten als in irgend einem anderen Zweige dieser Klasse.

Der wichtigste Umstand, der zur Verbreitung des Sozialismus in der englischen Mittelklasse beigetragen hat, ist wohl die Existenz einer Gesellschaft für die Mittelklassen, der *Fabian Society*, die seit dem Anfang der sozialistischen Bewegung besteht. Denn so klassenbewusst im Sinne einer Klasse, der er nicht selbst angehört, der Angehörige der Mittelklasse auch sein mag, wie eifrig er auch danach streben mag sich mit den Arbeitern zu identifizieren, es ist doch nicht jedem Gebildeten gegeben sich leicht und bequem mit Menschen von anderer intellektueller und gesellschaftlicher Eigenheit zusammen zu tun. Die verschiedenen Klassen sprechen nicht die selbe Sprache; die Art ihres Denkens ist verschieden; die Methoden ihrer Geschäftsführung sind nicht die selben. Die Erziehung durch das Leben ist vielleicht wertvoller als die durch Bücher, aber doch nicht ganz das selbe. Daher war es ein Vorteil für den Mittelklassensozialismus, dass eine Mittelklassenvereinigung gegründet wurde, die unter der Leitung literarisch tätiger Männer mit zumeist akademischer Bildung steht und alle die Hilfsmittel der Wissenschaft zu der Praxis der Redner und Organisatoren aus dem Arbeiterstande hinzufügt. Diese Körperschaft, die vor 25 Jahren durch damals junge und unbekannte Männer gegründet wurde, von denen heute einige Weltruhm errungen haben, hat eine Theorie des Sozialismus für England ausgebildet, die sich erheblich von den Lehren der ursprünglichen deutschen Apostel unterscheidet. Die englische Schule des Sozialismus, opportunistisch in der Politik, praktisch in ihrer An-

wendung auf die Verwaltung, experimentell in ihrer Methode und empirisch in ihrer Doktrin, ist den englischen Mittelklassen und auch der Arbeiterschaft annehmbarer als die scharf geschnittenen Dogmen der marxistischen Schule: diese englische Schule des Sozialismus ist durch die neue Arbeiterpartei und durch die *Independent Labour Party* zu einem machtvollen Faktor der englischen Politik geworden.

Zusammenfassend mag gesagt werden, dass der Sozialismus in der Mittelklasse in England stark genug geworden ist, um den Arbeitern eine friedliche Anerkennung ihrer Forderung nach vollem Anteil an den Produkten und der Kontrolle der Industrie zu sichern. In nicht allzuferner Zeit werden die Arbeiter, wie ich überzeugt bin, geeint sein, während die besitzenden Klassen auseinanderfallen werden. Die Festung des Reichtums wird durch Truppen verteidigt, die nur mit halben Herzen bei ihrer Aufgabe sind, ja sogar zum Übertritt neigen. Aussenwerke werden eins nach dem anderen preisgegeben werden, die Zahl derjenigen, die eine Kapitulation wünschen, wird wachsen, und der Kampf wird schliesslich weniger durch die Kraft der Belagerer als durch die Schwäche der Verteidigung gewonnen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## RICHARD WOLTER · UNSERE STELLUNG ZUR PRIVATBEAMTENBEWEGUNG

**Z**WEIFELLOS bildet die Mittelstandsbewegung eine sehr wichtige Frage der Tagespolitik. Die industrielle Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat Schichten entstehen lassen, die mit ihren Anschauungen noch dem Bürgertum angehören, obwohl sie ihrer wirtschaftlichen Stellung nach proletarisiert sind. Auch in unserer Partei ist die Mittelstandsbewegung erörtert worden; es wäre töricht, wollten wir an diesen Erscheinungen achtlos vorübergehen. Wenn vom Genossen Fischer in dieser Zeitschrift eine sozialdemokratische Mittelstandspolitik empfohlen wurde,<sup>1)</sup> so kann ich mich mit seinen Ausführungen in vollem Umfange nicht einverstanden erklären, weil er den Begriff einer *Mittelstandspolitik* für uns zu weit fasst, weil er in seiner Betrachtung Schichten mit einschliesst, die wir schwerlich gewinnen können. Ich will deshalb das Thema bestimmt abgrenzen, und meine Untersuchung wird sich nur auf die Berufsschichten beschränken, die als Ingenieure oder Techniker, als Chemiker, Grubenbeamte, Betriebsbeamte, Werkmeister, Kaufleute usw. in der Grossindustrie leben und schaffen müssen. Es ist nun interessant das Organisationsleben dieser Schichten zu betrachten.

Freilich bestehen hier schon längst Verbände, die die Berufsmitglieder der einzelnen Kategorieen hinter sich sammeln. Aber diese Vereinigungen sind doch bis jetzt mehr oder weniger nur Fachverbände und Unterstützungsvereine geblieben. In dieser Beziehung haben sie beachtenswerte Arbeit geleistet. Der *Verein deutscher Ingenieure* hat in gemeinsamer, gründlicher Arbeit die Fortschritte der Ingenieurwissenschaft beobachtet und für eine stete Weiterbildung der in der Praxis stehenden Berufskollegen gesorgt. Der *Verband*

<sup>1)</sup> Vergl. Edmund Fischer *Sozialdemokratische Mittelstandspolitik* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 1. Band, pag. 451 ff.

*deutscher Elektrotechniker* hat die Sicherheitsvorschriften und Normalien geschaffen, ein Werk mustergültiger Kommissionsarbeit, wodurch erst Regel und Ordnung in der Produktion auf dem Gebiet der Elektrotechnik geschaffen wurde. Der *Deutsche Werkmeisterverband* und die verschiedenen kaufmännischen Organisationen haben durch ihr sorgfältig aufgebautes Unterstützungswesen eine verhältnismässig grosse Zahl von Mitgliedern hinter sich zu halten verstanden. Aber allen diesen Verbänden ist gemeinsam der Vorwurf zu machen, dass sie in sozialpolitischer Beziehung für die Interessenvertretung ihrer Berufsmitglieder absolut nichts geleistet haben. So haben in den letzten Jahrzehnten besonders die technischen Verbände ihre Hauptaufgabe darin gesehen ihre in der Praxis stehenden Mitglieder rein fachlich immer auf dem laufenden zu erhalten und für einen fachlich tüchtigen Nachwuchs zu sorgen. So wurden immer neue Schulen ins Leben gerufen, ein immer grösseres Angebot wandte sich diesem Berufe zu. Ein Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage entstand, wodurch der Wert der technischen Arbeit ungeheuer sinken musste. Und die Vorstände des *Deutschen Werkmeisterverbandes* und der kaufmännischen Unterstützungsvereine waren zufrieden, wenn sie am Jahresschluss in ihren Geldschränken die angesammelten toten Kapitalien, die Unterstützungsgelder und Pensionsfonds, revidieren konnten. Von der Arbeiterbewegung hatte man nichts gelernt.

Zurzeit geht nun hier ein geistiger Umwälzungsprozess vor sich. Die alten Verbände müssen dem Drängen ihrer Mitglieder nachgeben und sich auch mit den sozialpolitischen Fragen ihres Berufes beschäftigen. Sonst laufen sie Gefahr, dass wieder neue Verbände entstehen, die sich den alten als sehr gefährliche Konkurrenten erweisen. Der in seiner Verfassung recht konservative *Deutsche Werkmeisterverband* hat sich den Reichstagsabgeordneten Dr. Potthoff als Syndikus engagiert, dessen Aufgabe es ist sozialpolitisch das Problem der Werkmeisterfrage zu erörtern. Den alten kaufmännischen Verbänden ist als Gegenströmung der *Zentralverband der Handlungsgehilfen* entstanden. Wenn auch dieser Verband eine verhältnismässig geringe Mitgliederzahl aufweist im Hinblick auf die anderen Verbände und auf die Zahl der Angestellten im kaufmännischen Beruf überhaupt, so hat er doch durch seine Agitation zweifellos als treibende Kraft gewirkt. In Ingenieurkreisen wurde der *Bund der technisch-industriellen Beamten* gegründet, jene Organisation, der fast alles zu verdanken ist, was bisher an Aufklärung über die Technikerfrage gegeben wurde.

Betrachten wir die Grundforderungen, die Angestelltenorganisationen überhaupt aufstellen müssen, so erkennen wir ohne weiteres einen bestimmten Zusammenhang mit den Arbeiterforderungen. Der Angestellte fordert ungehinderte Koalitionsfreiheit. Als einzelner steht er den grossen Firmen ebenso machtlos gegenüber wie der Arbeiter. Er kann sich nur durchsetzen, wenn er seine Forderungen mit denen seiner Kollegen vereinigt, wenn er die Möglichkeit findet sich organisatorisch zusammenzuschliessen. So hat die unbedingte Koalitionsfreiheit für den Angestellten die gleiche grundlegende Bedeutung wie für den Arbeiter. Weiter handelt es sich um die Forderung des freien Dienstvertrages. Der Arbeitsvertrag zwischen dem einzelnen Unternehmer und dem einzelnen Arbeiter ist für den Grossbetrieb längst überwunden; der Kollektivvertrag musste dafür an seine Stelle treten. Ebenso sind

die jetzt einzig möglichen Formen des Arbeitsvertrags zwischen Angestellten und Unternehmern kollektiv vertragliche Vereinbarungen, die von der Gesamtheit der Angestellten der Gesamtheit der Unternehmer gegenüber eingehalten werden müssen. In richtiger Erkenntnis dieser Situation geht man zum Beispiel in fortschrittlich denkenden Ingenieurkreisen an die Aufstellung von Minimalgehaltsskalen. Man fordert die Kollegen auf sich unter jeweilig bestimmten Gehaltsgrenzen nicht anzubieten. Der Gedanke an Minimalgehaltsskalen ist durch die vorbildliche Schaffung von Tarifverträgen in der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter entstanden. Wenn weiter der Angestellte Beamtenausschüsse fordert, so leiten ihn die selben Gründe wie die Arbeiterschaft bei dem Ringen um Arbeiterausschüsse. Es lässt sich gegen unbrauchbare Beamtenausschüsse all das einwenden, was uns die Erfahrungen mit verfehlten Arbeiterausschüssen gelehrt haben. Hier wie dort ist nur eine wirklich *konstitutionelle* Vertretung der Arbeitnehmer im Fabrikbetrieb möglich, wenn dahinter von einheitlichem Geist geleitete Organisationen stehen. Nur dann können dem Unternehmer in seinen eigenen vier Wänden durch zähen Kleinkampf wirkliche Zugeständnisse abgetrotzt und abgerungen werden.

Nun sind allerdings Fragen wie Erfinderschutz, Konkurrenzklausel, Abnahme des Ehrenworts im Dienstvertrage, Achtuhrladenschluss, Verbot der Sonntagsarbeit usw. Sonderverhältnisse, die für den Arbeiter in dem Masse nicht existieren. Aber damit wird nichts an dem gemeinsamen Grundcharakter der Angestelltenforderungen und der Arbeiterforderungen geändert. Beide Schichten haben den gleichen Gegner, den Kapitalismus, und zwar den Kapitalismus in seiner Reifekultur. Das ist eben das Gewaltige in diesen Verhältnissen, dass jede Spur kleinbürgerlicher Betriebsformen hier verschwunden ist: da gibt es nur ein klares Hüben oder Drüben. In den gewaltigen Riesenbetrieben wie Krupp, Borsig, Schwartzkopff, Siemens-Schuckert, *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* arbeiten gemeinsam Tausende von geistigen Arbeitern mit Zehntausenden von Handarbeitern für eine anonyme Gesellschaft von Aktionären, die niemals die Etablissements betreten, die niemals durch eigene Tätigkeit in den Produktionsprozess eingreifen. Für die Generalversammlung der Aktionäre ist der geistige Arbeiter ebenso Ausbeutungsobjekt wie der Handarbeiter.

Wenn die politische Anschauungsweise einer Klasse lediglich der Gedankenreflex der bestehenden rein realen Verhältnisse ist, so müsste auch die politische Gedankenwelt der grossindustriellen Kopfarbeiter auf dem selben Boden stehen wie die der Handarbeiter. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall. Genosse Lange hat in einer Arbeit diese Tatsache untersucht.<sup>2)</sup> Er hat in seinen Feststellungen zweifellos recht, dass selbst verhältnismässig fortgeschrittene Angestelltenorganisationen den klaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht erkennen, dass sie nicht im stande sind aus den vorhandenen Verhältnissen die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Wie haben wir uns diese Erscheinung zu erklären? Wie ist es möglich, dass wir in fast allen Kreisen der Industriebeamten auf Verständnislosigkeit und instinktive Abneigung gegen unsere Ideen stossen, da doch gerade die Sozialdemokratie diejenige Partei ist, welche die Interessen der Angestellten immer vertreten hat und ihrer inneren Wesensart nach auch immer vertreten kann?

<sup>2)</sup> Vergl. Paul Länge *Der neue Mittelstand in der Neuen Zeit*, 1906-1907, 2. Band, pag. 314 ff.

Suchen wir nach den Gründen dieser Abneigung, so liegt die Schuld zunächst an uns selbst. Von einsichtigen Parteikreisen ist das auch zugegeben worden. Bei den überraschenden Wahlergebnissen von 1903 hat vor allen Dingen die Zustimmung der Intellektuellen und Mitläufer aus bürgerlichem Lager für uns eine wichtige Rolle gespielt. Aus diesen gewiss doch unentwickelten Schichten wurde uns damals ein grosses Vertrauen entgegengebracht, instinktiv fühlte man, dass hier politisch eine neue Kulturmacht mit frischem geistigen Leben und grossen Zielen heranwachsen. Wir galten den alten bürgerlichen Parteien gegenüber als eine junge, vielversprechende Bewegung. So hat mancher aus diesen Kreisen mehr aus instinktivem Gefühl als aus klarer politischer Erkenntnis heraus bei den Wahlen unseren Kandidaten seine Stimme gegeben. Dann aber kam der Komplex aller Erscheinungen, die man mit dem Sammelnamen *Dresden* bezeichnet, dann kamen die erbitterten Kämpfe in unseren eigenen Reihen, jene unerfreulichen Zänkereien, durch die unsere überzeugten Anhänger vielleicht nicht beirrt, wohl aber jene Kreise abgestossen wurden, die erst auf dem Wege zu uns waren. Wir selbst sind schuld daran, dass mittelmässige Staatsmänner und Politiker, bürgerliche Agitatoren mit recht zweifelhaften Handwerkskniffen uns beikommen konnten, um uns jene Schichten zu entziehen. Erfreulicherweise hat sich die Partei seit Essen offiziell entschlossen die Scharte auszuweiten.

Eine andere Ursache dieser politischen Teilnahmslosigkeit liegt ausser uns, in der Psyche der Privatbeamten. Darin aber hat Genosse Lange in seiner oben zitierten Arbeit wohl unrecht, dass er den Einschlag proletarischer Herkunft in den Industriebeamtenschichten besonders hoch anschlägt. Gewiss ist ein Zustrom aus Arbeiterkreisen zu diesen Berufen vorhanden, in den weitaus meisten Fällen entstammen jedoch die Angestellten dem Bürgertum und nicht dem Proletariat. Leider lässt sich diese Behauptung durch einwandfreies Zahlenmaterial nicht belegen, leider versagen alle berufsstatistischen Angaben, wenn wir das Gebiet der Privatbeamten betreten. Wir sind deshalb bei unserer Feststellung auf die Praxis angewiesen. Betrachten wir da zum Beispiel die Verhältnisse im Ingenieurberuf, so lässt uns die Lektüre der Jahresberichte der Hoch- und Mittelschulen die Zahlen erkennen, die dem technischen Berufe als Arbeitskräfte sich zuwenden, gleichzeitig aber auch, dass zu diesem Studium ein Anlagekapital gehört, wie es nur ein Mann aus gut situierten Kreisen für die Ausbildung seines Sohnes übrig hat. Ein Zustrom von Arbeitskräften proletarischer Herkunft ist hier wohl vorhanden, begünstigt durch die fortschreitende Schematisierung und Arbeitsteilung in der Berufstätigkeit; vorläufig muss erst die Generation der Akademiker und Mittelschüler verbraucht werden, vorausgesetzt, dass auch hier die Produktion endlich abflaut. Der Typus des Autodidakten, der sich die paar Mark zu einer billigen Fachschule als Schlosser oder Mechanikergehilfe selbst erst ersparen musste, ist wohl vorhanden, wird vielleicht in Zukunft immer zahlreicher vertreten sein, vorläufig aber entstammt der grösste Teil dieses Berufes gut situierten Ständen. Es sind die Söhne mittlerer Beamten, kleinerer Fabrikanten usw.

Ähnlich liegt es auch bei den Handlungsgehilfen. Gewiss werden die Funktionen durch die Arbeitsteilung hier mehr und mehr elementare Schreiberdienste und eine gute Schulbildung immer mehr überflüssig, aber Sachkenner

werden mir bestätigen, dass ein ganz erheblicher Teil der heutigen Handlungsgehilfen aus dem Kleinbürgertum stammt. Die Mittel dem Sohne eine selbständige Existenz zu geben fehlen, Handarbeiter soll er nicht werden, also sendet man ihn zu einem Kaufmann in die Lehre. Gerade der Angestellte dieser älteren Schule — das haben wir auf der Frankfurter Privatbeamtentagung gesehen — stellt die reaktionärste Kerntruppe der Angestelltenbewegung. Hier wird noch am allerzähesten an falschem Standesdünkel und engbegrenztem Zunftgeist festgehalten.

Die *einflussreiche* Stellung des Werkmeisters habe ich in dieser Zeitschrift schon gestreift.<sup>3)</sup> Der Werkmeister ist der einzige, der aus Arbeiterkreisen stammt. Er hat das Bestreben seine Lage auf Grund seiner Berufstätigkeit als Meister besser und sicherer zu gestalten als es ihm als Arbeiter möglich war. In seiner neuen Stellung wird er sofort in einen Interessengegensatz zu seinen früheren Arbeitskollegen gedrängt. Diese betrachten ihn, und gefühlsmässig ganz erklärlich, als einen Apostaten. Er selbst wird durch seine Stellung zur politischen Untätigkeit gezwungen, er darf sich in keiner Versammlung mehr sehen lassen und wird ein politisch toter Mann. Richtet sich dann noch bei entstehenden Konflikten, Streiks, Aussperrungen usw. die Erbitterung der Arbeiter gegen den Meister als den allein Schuldigen, so kann man es wohl begreifen, dass er sich im Laufe der Zeit der Partei innerlich entfremdet, der er früher angehört hat.

Das ist das Widerspruchsvolle in der Vorstellungswelt dieser Leute: Teils beladen mit Anschauungen, die sie durch ihre Erziehung erhalten haben, die von der Wirklichkeit längst überholt sind, teils durch ihre Abhängigkeitsverhältnisse zur politischen Teilnahmslosigkeit gezwungen, spiegeln sich unklar und verworren in ihren Köpfen Welt und Menschen wieder. Instinktiv wird die Notwendigkeit erkannt — und das ist die treibende Kraft in den Massen — auch am politischen Leben als geschlossener Machtfaktor teilzunehmen, und doch ist man wiederum politisch zu unentwickelt, um mit klarem Blick die Konsequenzen zu ziehen. Das ist der Grund, weshalb in der Privatbeamtenbewegung ein einheitlicher Klassencharakter fehlt, hier ist noch alles im Werden, im Umbilden begriffen, einheitliche Grundformen müssen sich erst von innen heraus entwickeln.

Welche Taktik haben wir dieser Bewegung gegenüber, gewerkschaftlich wie politisch, einzuschlagen?

Gewerkschaftlich ist die Frage der politischen Neutralität aller Angestelltenorganisationen eine unbedingte Notwendigkeit. Das kann nicht klar und scharf genug betont werden. Ein jeder Versuch von unserer Seite innerhalb dieser Organisationen Parteipolitik zu treiben wäre ein schwerer taktischer Fehler. Wir würden die Kräfte in den besten zukunftsreichsten Organisationen zersplittern, wenn wir mit einer fertigen Agitationsschablone an diese Schichten heranträten. Es wäre geradezu ein Verbrechen wider das keimende Leben. Hier ist zunächst einmal Sammelarbeit zu verrichten, das Solidaritätsgefühl zu wecken, es sind die teilweise politisch indifferenten, teilweise politisch zersprenkelten Schichten zum rein gewerkschaftlichen Zusammenschluss zu er-

<sup>3)</sup> Vergl. meinen Artikel *Die Organisation der geistigen Arbeitskraft im Grossbetrieb* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 948 ff.

ziehen. Die vorhandenen bürgerlichen und reaktionären Unterströmungen dürfen uns davon nicht abhalten, wir haben als Gewerkschafter dort zu wirken, wo wir unserem Berufe nach hingehören. Ich kann mir wohl denken, dass ein geschulter Sozialdemokrat in einer dieser Organisationen erfolgreich arbeitet, ohne dabei für seine politischen Parteiideale zu agitieren. Er sieht sich zunächst vor die Aufgabe gestellt an der notwendigen Überwindung der alten sozial rückständigen Vereinsgebilde und Wohlfahrtseinrichtungen mitzuarbeiten, freie Bahn zu schaffen für wirklich moderne gewerkschaftliche Verbandsformen. In diesem Sinne wird er erfolgreich wirken, aber nur, wenn er selbst das Gesetz der politischen Neutralität rücksichtslos befürwortet und konsequent befolgt.

Diese politische Neutralität muss aber folgerichtig sich auch auf die bürgerlichen Politiker erstrecken, die in der Angestelltenbewegung ihr Wesen treiben, und hier stellt sich uns die politische Seite der Privatbeamtenfrage dar. Es ist charakteristisch, dass nach dem ersten Anzeichen einer klaren Angestelltenbewegung fast alle bürgerlichen Politiker bis hinein zum Zentrum sofort eifrig bemüht waren die Privatbeamten für sich zu gewinnen und ihnen grosse Versprechungen zu machen. Mit richtigem Blick wird erkannt, dass hier sich Schichten bilden, die noch politisch indifferent, daher zu werben sind. So sucht man denn vor und hinter den Kulissen der Bewegung, in den Redaktionsstuben der Organisationsblätter fleissig auf die politische Ansichtenbildung einzuwirken, und bei passender Gelegenheit findet im Reichstag ein parlamentarischer Wettbewerb um die Gunst der Privatbeamten statt. In Wirklichkeit kann keine bürgerliche Partei eine konsequente Angestelltenpolitik treiben. Die Parteien, die einen genügenden politischen Einfluss dazu hätten, sind viel zu eng mit kapitalistischen Interessen verbunden, um selbst dem Kapitalismus sich entgegen zu stellen. Und die wenigen bürgerlichen Politiker, denen es mit einer Angestelltenpolitik ernst ist, sind politisch ohne Einfluss. Was nützt es einem Naumann, wenn er interessant und fesselnd über Technik und Kultur, Industriebürgertum und andere schöne Dinge schreibt und spricht? Sobald er innerhalb seiner politischen Umgebung aus der Reihe tritt, wird er zur Ordnung gerufen und muss sich fügen. Die bürgerliche Angestelltenpolitik ist eine Phrase, ein Scheinmanöver und Stimmenfang; in entscheidenden Momenten haben die Angestellten von den Blockparteien und Zentrumsleuten ebensowenig zu erwarten wie die Arbeiter.

Hier muss unsere politische Tätigkeit einsetzen. In der Parteipresse sind die Erscheinungen der Angestelltenbewegung sorgfältig zu verfolgen, wir haben über alle Massregelungen zu berichten, die das Kapital auch hier anwenden wird, alle Rechtsungleichheiten in diesen Berufsverhältnissen sind von uns als die Folgeerscheinungen der kapitalistischen Entwicklung zu schildern. Eine derartige sachkundige Information durch unsere Parteipresse hätte zwei Wirkungen. Zunächst würde die Materie innerhalb unserer Partei geklärt. Es ist nötig, dass wir über diese Erscheinungen eingehend unterrichtet sind. Dann aber würde durch eine Behandlung aller einschlägigen Fragen in unserer Parteipresse die ganze Bewegung vorwärts getrieben. Entweder kristallisiert sich politisch die Privatbeamtenbewegung in eine wirklich demokratische Volkspartei, die in ihren Grundforderungen Schulter an Schulter mit der Arbeiterpartei kämpft, oder diese Schichten werden dank der politischen Unfähigkeit

der bürgerlichen Demokratie in das Lager der Sozialdemokratie übergehen. Ein Zurück gibt es nicht mehr. Immer klarer wird sich der Interessengegensatz in der Grossindustrie zwischen Kapital und Arbeit herausbilden, jede scheinbare Überbrückung dieser Gegensätze wird damit immer mehr unmöglich. Diesen politischen Entwicklungsprozess zu beschleunigen erscheint mir gegenwärtig eine sehr wichtige Aufgabe unserer Agitationsarbeit zu sein; in diesen Grenzen und in diesem Umfange halte ich eine sozialdemokratische Mittelstandspolitik für möglich und durchführbar.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## MATHILDE MORNAY · DER ZEICHNER KARL WALSER



RAGEN und Missverständnisse, die viel zu sehr Gefühlssache sind, um endgültig gelöst werden zu können, werden stets den kritischen Kunstliebhaber bei der Beschäftigung mit den Berührungspunkten und den Gegensätzen verschiedener Kunstrichtungen beunruhigen. Es scheint doch, als ob die Kunst des 19. Jahrhunderts, die unserem Auge ein geschlossenes Ganze zu zeigen anfängt, einen ganz bestimmten Stempel trägt, als ob gerade dieses Jahrhundert, das berufen war der industriellen Technik eine einzigartige Entwicklung zu bringen, auch die Technik des Malens leidenschaftlicher und ausschliesslicher aufgefasst hat, als seine Vorgänger. Schon Delacroix malte Bilder, in denen absichtlich das Stoffliche zurücktrat hinter das Malerische; bewusster folgte ihm Manet, der mit Courbet und Leibl das Erbe des Velazquez antrat. Dies Erbe wurde aus der Hand grosser Könnner an die Allgemeinheit weitergegeben und gelangte als Prinzip in die Hände und unreifen Köpfe der mittelmässigen Künstler. Sie brachten den Wagemut der Bahnbrecher in Misskredit, denn sie verstanden die Erlaubnis das Stoffliche zurückzusetzen falsch und fanden und gaben keine Seele in der *Impression*, da sie verschmähten die tiefen arbeitsamen Wege ihrer Meister im Studium der Natur zu gehen.

In diesem ernsten, bescheidenen Studium der Natur fand das 19. Jahrhundert seine Aufgabe und seine Verheissung; und doch blieb die Kunstentwicklung gesund genug, um einzelnen ihrer Kinder das Bewusstsein wach zu halten, dass dies nicht der allein seligmachende Weg sei. Die Dichterseele der Maler liess sich nicht durch das Temperament der Grossen und die Mode der Kleinen verwirren, sondern fand für ihr Entzücken ihren eigenen, ihren dichterischen Ausdruck. Karl Walser gehört zu jenen Abseitsstehenden, die nicht darum Künstler wurden, weil sie malen und zeichnen gelernt haben — malen kann er im stärksten Sinne des Wortes gar nicht — sondern nur, weil ihnen das Gottesgeschenk einer warmen Seele und eines hellen und feinen Geistes gegeben ist, einer Seele, die Entzücken und Freude kennt, die darum zu den reichen und beneidenswerten gehört, weil ihr in jedem Baum und Strauch, in jedem Stückchen blauen Himmel und in jedem schönen Frauenarm ein Geschenk gemacht wird.

Wenn Walser auch abseits von dem Wege der Malerei unserer Zeit steht, so ist er darum doch nicht weniger ein Kind einer bestimmten Kultur, ja er ist es in besonders hohem Masse. Seine Kunst verleugnet nie die Erziehung

des Rokoko, selbst dort nicht, wo er Entwürfe für altägyptische Szenerieen zeichnet. Die selbe Kultur führt die überzarte, musikalische Seele Beardslays zu dem vollendeten Stil der Arabeske und erschliesst dem Zeichner Walser seine Sehnsucht nach Grazie und Eleganz. Das Gefühl Walserscher Bilder wird uns stets auf die Dauer festhalten können, weil es sich niemals aufdrängt und nicht durch Dummheit fatal wird. Dazu hat Walser sich zu sehr erziehen lassen durch jene Kulturepochen Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, deren Spuren hoffentlich nie ganz verwischt werden; seine Wärme wird nicht nur durch Klugheit dirigiert, sondern ist selbst Klugheit, ist ein Beispiel dafür, dass Intelligenz der Kunst kein Kleid und Kultur kein Firnis ist, sondern mit dem innersten Wesen eines Menschen zusammenfällt. Diese Feinheit beherrscht sich selbst und steht darum im schärfsten Gegensatz zu aller grobknochigen Empfinderei. Walsers Kunst zeigt mit fröhlichem Selbstgefühl, dass der Geist der einen stets in die Ofenecke zu Filzschuhen und Kaffeekannen gehören wird und der Geist der anderen auf einen Thron.

Im Salon Cassirer hing vor einiger Zeit unter anderen eines der letzten Walserschen Bilder: *Der Eremit*. Dies kleine Bild ist eine Wohltat. Die aller-künstlerischste Eigenschaft des Künstlers Walser, die Bescheidenheit, macht auch den Beschauer still und ehrfürchtig. Aus den Delfter Landschaften, die mit dem *Eremiten* zusammen ausgestellt waren, ist mir dies hauptsächlich in Erinnerung geblieben, wie bescheiden diese Bilder sind. Sie wissen wohl, dass sie es wagen können anspruchslos zu sein; es ist die Zurückhaltung der Vornehmheit. Nur zu gereiften oder künstlerisch ganz unverdorbenen Menschen werden diese zarten Bilder sprechen. Hängt den *Eremiten* in eine Kinderstube, und die Kinder werden das Bild lieb haben und sich zum Freund machen, und stellt einen jungen oder alten Menschen davor, und er wird wieder Kinderaugen bekommen. Einen Hügel hinauf zieht sich ein Garten mit Frühlingsbäumchen, die feine Äste haben wie zarte Arme, die sich alle zum Himmel strecken, nun sie Saft aus der fruchtbaren, braunen Frühlingserde gesogen haben. Eine Ruine, in der der Eremit seine Klause aufgeschlagen hat, lehnt sich an den Hügel an, dort wo er am höchsten ist; und auf dem Rasen vor der Klause liegt lang und hager der Einsiedler. Das ist kein gutmütiger, weissbärtiger Alter, der die Psalmen liest; das ist ein viel-gefahrener Ritter von der unglücklichen Gestalt, der jetzt seinen lächelnden Frieden mit der Welt gemacht hat und seinem Gott dient, indem er zwischen Blumen im Sonnenschein alte Schönheit aus Büchern liest. Jedes der langarmigen Bäumchen ist sein Gesellschafter, und er kennt den blauen Himmel über sich, an dem sich weisse, dichte Wolken ballen, nicht zum Gewitter, nein zum freundlichen Spielen und leisen Hinziehen durch blaue Frühlingsluft. Das Bild klingt wie Worte Beardslays: »And jolly winds are driving white clouds over the bluest sky.«

Walsers Kunst spricht sich selten in so einfach kindlichen Bildern aus, wenn sie es auch vielleicht nie reiner und eigener tut. Für den ersten Eindruck scheint fast gegensätzlich in der Empfindung ein für Walser sehr typisches Bild, *Die Brücke*. Aber es ist nicht gegensätzlicher als der Anblick derselben Bäume am Sommertag und in der Nebelnacht. In den Landschaften Walsers finden wir ganz klar den Maler beider Bilder. Die Delfter Landschaften sind mit der selben Liebe, einer Art freundschaftlicher Beziehung zu jedem Kieselstein gemalt wie seine dunklen Bäume, seine Barockschlösser und Balkone.



*Er singt die Dame an ....*

Seine Begabung ist am fruchtbarsten auf dem Gebiet der illustrativen Zeichnung. Die dekorativen Entwürfe zu *Figaros Hochzeit* gehören zu seinen besten. Die Zeichnungen im Original sind von so liebenswürdiger Zartheit, um noch mehr zu entzücken als in der Bühnenausführung. Aus der Welt der Koketterie und des Witzes erzählen sie leichtfertige und liebeliche Geschichten, reden von Blumensträußen, von schwarzen Samtschleifen auf einem Frauenschuh und von Abenteuern und Amüsemments auf dem Parkettboden zwischen alten Bildern und Spiegelscheiben im weiss und goldnen Rokoko. Da ist das Doppelkinn der Marcellina und die sehr selbstbewusste Bewegung ihrer Hand ebenso anmutig und reizend wie der blumengeschmückte Kopf der Susanne. Die Gräfin kann nicht mehr Gräfin sein als sie es ist, und wie zierlich und gebildet bewegt sie sich in der gepuderten Lockenfülle, die rings um den Kopf herumquillt unter dem Mullschleier. Die Lorgnette hält sie mit bewusster Grazie. Selten gibt Walser Feineres als in der Bewegung eines Fusses. Ob er nun im Stöckelschuh ist, wie die feinen Knöchel der Gräfin, ob uns der gezierte Tritt eines alten Gecken überrascht. Die Bewegung der Hände und Füsse, eine Halsdrehung frappieren bei Zeichnungen Walsers immer wieder durch die Prägnanz und Ausdrucksfähigkeit und nicht zum wenigsten bei allem Raffinement durch ihre Einfachheit. Knappheit in der Zeichnung ist auch der Vorzug der Illustrationen zu den *Schüleraufsätzen* Robert Walsers, während der Künstler in den Radierungen zu *Ninon de Lençlos* alle Register seiner Fabulierkunst und seiner Frauenanbetung zieht. Die Kunst Walsers kniet vor einer graziösen Frau und schildert mit träumender Freude die Märchenpracht der Hoffmannschen Maskengesellschaft, der Spitzenvolants, der kirschroten Taillen und der gelbgestreiften Seidentücher. Gerade in diesen Entwürfen zeigt sich, in welchem Masse der Wert der illustrativen Sachen in dem koloristischen Taktgefühl Walsers liegt. Es ist dies der Takt eines starken Farbentemperamentes, das die Lust einer spanischen Landvolkszene so leuchtend in gelben und roten Tönen auszudrücken weiss. Ist es denn nicht das selbe Gefühl für die Grazie einer Frau, das ihre Bewegungen empfindet, wie dies, das den maleischen Reiz ihrer Kleider kennt, ihrer Haare und ihrer Fingerringe?

Bei Walser sind Empfindung und Ausdruck eins: Es wäre nicht nötig über dieses *A* und *O* jedes Künstlers Worte zu verlieren, wenn nicht die Durchschnittsproduktion die Ausdrucksmittel weit unterschätzt oder gerade dort, wo sie sie zum Zweck erhebt, ihre Kultur vernachlässigt. Eine gesunde und feine Seele kennt intuitiv ihre Mittel sich auszudrücken; die Erfindung ist ihr vollkommen untrennbar von den Gesetzen des Ausdrucks, und um so reiner spricht die Idee des Kunstwerks zu uns, je selbstverständlicher Gruppierung und Technik wird. Ein Bild darf Fehler haben und kann ein vollendetes Kunstwerk bleiben, ein Missgriff aber in der Raumausfüllung, im Format oder in dem ganzen Charakter der Farbengebung ist mehr als ein Fehler, ist ein Mangel in des Künstlers Idee. Dass diese Gesetze mühelos dem Maler und Zeichner Walser gehorchen, stempelt ihn zum Künstler, der die Sprache fand, die ihm gemäss ist. Seine Ausdrucksmittel stehen in selbstverständlichem Verhältnis zu dem Eindruck, den das Leben ihm gibt, aber so klar auch seine Empfindung ausgesprochen sein mag, so wird sie der Allgemeinheit doch vielleicht immer fern liegen. Die Füsse und Hände Walserscher Menschen sind andere als die der Leute, denen wir auf der Strasse begegnen, die Bäume und Flüsse und Wälder sind auf unserer Erde nicht sichtbar für jeden, der meint die Natur gesehen zu haben, wenn er in den



## GUSTAV ESMANN · DER ARZT



CH brauchte für eine Lebensversicherung ein ärztliches Attest und beschloss meinen alten Studienfreund Dr. Crone zu konsultieren. Wenn man sich auf Herz und Nieren untersuchen lassen muss, geht man am liebsten zu einem Gleichaltrigen und Bekannten, dem man seine kleinen Leiden ungeniert anvertrauen kann. Crone war ein tüchtiger Mensch und ein fleissiger Arbeiter, schrieb wissenschaftliche Abhandlungen für Zeitschriften, reiste viel und hielt populäre Vorträge. Darum hatte er sich auch in kurzer Zeit einen Ruf und eine grosse Praxis erworben. Wir hatten seit unserer Studienzeit mit einander in Verbindung gestanden und trafen uns täglich in einem Café, wo er von 4 bis 5 Uhr einem Absinthkreis von jüngeren Juristen, Journalisten und einigen freisinnigen Theologen Vorträge über radikale Gesellschaftslehre zu halten pflegte. Er liebte es sich selbst sprechen zu hören, war voller Spott und Widerspruch gegen alles, was Stillstand und Rückschritt hiess, und begeisterte sich für Vorurteilslosigkeit, sowohl bei sich selbst wie bei anderen.

Wir hatten verabredet, dass ich gleich nach Schluss seiner Sprechstunde zu ihm kommen sollte, und es war auch niemand mehr im Wartezimmer, als ich eintrat. Als er hörte, dass ich es sei, rief er mir aus seinem Schlafzimmer, wo er sich gerade wusch, zu:

»Schieb den Riegel vor, dann werden wir nicht gestört.«

Ich ging in sein Arbeitszimmer. Er erschien mit dem Handtuch in der Tür und nickte mir zu:

»Zieh dir Rock, Weste und Hemd aus, ich komme sofort.«

Die Untersuchung war schnell beendet; es war nichts an mir zu entdecken gewesen. Aber es entging mir nicht, dass Crone nicht in seinem gewohnten fachmässigen Gleichgewicht war. Er hatte mehrere Male die selben Fragen auf eine auffallend nervöse Weise wiederholt, und ich sah, dass seine Hand zitterte, als er das Attest ausstellte. Er hatte rote Flecken auf den Backen, fieberhaft glänzende Augen, und hin und wieder flog ein unsicheres, halb höhnisches Lächeln über seine Lippen, als versuche er sich selbst wegen einer inneren Unzufriedenheit zu beruhigen.

Ich fand mich nicht veranlasst, ihn nach dem Grund seines sonderbaren Wesens zu fragen, aber als ich ihm dankte und meinen Hut nahm, um zu gehen, sagte er plötzlich, ernst und gequält:

»Setz dich noch einen Augenblick, wenn du Zeit hast. Nimm dir eine Zigarre; ich möchte gern mit dir reden. Ich hatte hier eine Szene, gerade bevor du kamst, und habe das Bedürfnis mich auszusprechen.«

Ich tat schweigend, was er mich gebeten hatte, und machte mir's mit einer Zigarre bequem, gespannt darauf, was er mir anvertrauen würde.

»Sag' mir erst, begegnete dir nicht jemand auf der Treppe, als du zu mir kamst?«

»Ja, ein Herr und eine Dame.«

»Kanntest du sie?«

»Nein.«

»Du weisst nicht, wer sie waren?«

»Keine Ahnung!«

»Und glaubst auch nicht, dass du sie wiedererkennen würdest?«

»Kaum. Die Dame war dicht verschleiert, und den Herrn habe ich gar nicht angesehen. Ich hatte nur im Vorbeigehen den Eindruck, als wenn das Paar etwas Schäbig-Nobles an sich hatte, ein gewisses Ärmlichkeitsparfum.«

»Dann kann ich dir ohne sonderliche Diskretionsverletzung erzählen, was mich aus dem Gleichgewicht gebracht hat.

Diese beiden Menschen kamen von mir. Sie sind Provinzschauspieler. Er ist mein liebster Jugendfreund, und sie ist seine Frau. Er ist ein durch und durch braver, rechtschaffener Mensch, von vornehmer Denkungsweise. Gerade darum vielleicht hat er es zu nichts in der Welt gebracht. Er hat so ziemlich alles versucht, ist Seemann, Landwirt, Geschäftsmann gewesen, ohne jemals mehr zu erreichen. Er hat immer nur das Notdürftigste zum Unterhalt verdient. Dann liess er sich eines Tages auf seine dünne Baritonstimme und sein lebenswürdiges Gesicht hin bei einer Truppe dritten Ranges engagieren.

Einige Monate später hielt er Hochzeit mit der Naiven. Sie bekamen natürlich gleich ein Kind und so bald wie möglich noch eines. Das letzte kam besonders ungelegen, gerade zu Anfang der Saison, und sie mussten ihr Engagement aufgeben. Von dem Talent der Frau leben sie; sie war, wie man zu sagen pflegt, ein *Liebling* des Provinzpublikums — er wurde mit in den Kauf genommen. Nach ihrer Niederkunft war sie lange leidend, sie besaßen keinen Pfennig, schlugen sich mühselig den Winter über durch, indem sie in Dorfwirtshäusern rezitierten, hungerten und die Reste ihrer Equipierung zusammenhielten, einen schwarzen Frack, ihre bescheidenen Toiletten: die *Garderobe*, die Lebensbedingung der armen Provinzschauspieler, wichtiger als das Talent.

Als das Frühjahr kam, hatten sie das Glück ein neues Engagement für die kommende Saison zu erhalten, die jetzt in einigen Monaten beginnt. Neues Engagement, das heisst so viel wie etwas Vorschuss, den Sommer über Kredit, neue Hoffnung, frischer Mut. Und jetzt merkt die unglückliche Frau, dass sie wieder guter Hoffnung ist. Sie wird höchstens einen Monat auftreten können oder richtiger: sie wird überhaupt nicht auftreten können, denn der Direktor hat sich für solchen Fall im Kontrakt einen Vorbehalt gesichert.

Dies Mal ist es mehr als ein Unglück oder ein hartes Missgeschick, es ist der vollständige Ruin, Armenhaus, Trennung, das hoffnungsloseste Elend. In seiner Not kam er zu mir, seinem alten Freund, dem Arzt — und . . . ja, du kannst dir wohl denken, auf welche Weise ich ihm helfen sollte.«

»Und du versprachst es ihm?«

Er antwortete zögernd mit leiser Stimme:

»Nein, ich musste es ihm abschlagen . . . ich konnte nicht helfen.«

»Es war vielleicht zu spät?«

»O, was das betrifft . . . .«

»Nicht ohne Gefahr für sie?«

»Eine Sache von wenigen Tagen, ganz gefahrlos.«

»Na also . . . .«

Er stand auf und wiederholte heftig:

»Ich musst *Ncin* sagen — ich konnte nicht anders.«

Einige Minuten schritt er grübelnd im Zimmer auf und ab, die Hände in den Hosentaschen, den Zigarettenstummel zwischen den Zähnen. Dann warf er den

Kopf zurück, schleuderte die Zigarette fort, sprach sich warm, breitete sich weitschweifig und feierlich aus, führte seine Verteidigung durch erbitterte und spöttische Anklagen gegen die Vorurteile und Unfreiheit seines Standes, in bitterem Mitleid mit sich selbst:

»Siehst du, wir werden ja durch unser ganzes Studium mit all den Prinzipien Gesetzen, Schranken und Sitten, die daran kleben, zu dem erzogen, was wir sind. Sie werden uns eingepägt, und wir müssen sie mit unserem Examenseid bekräftigen. Wir sogenannten *freien Gelehrten*, wir *Wohltäter der Menschheit*, wie es so hübsch heisst, wir bekommen unser Gebiet, innerhalb dessen es uns gestattet ist unsere Wissenschaft zu erweitern und unsere Wohltaten zu üben, ganz genau abgegrenzt. Man fesselt unsere eine Hand an das Gesetz, die andere an die Bibel. So marschiert der zivilisierte Fortschritt! Und wer wäre wohl besser geeignet, an der Spitze zu schreiten als wir Ärzte, Juristen und Theologen. Wir sind die grossen Heuchler und Hinderer, die drei grossen *Stützen der Gesellschaft*. Darum sind wir aber auch mit unserer ganzen eingebildeten Kultur, den grossen, einfachen Fragen noch nicht um einen Deut näher gekommen.

Wir arbeiten ja alle, auch die Vorgesrittensten und Vorurteilslosesten, unter dem steten Druck des ewig urgeborenen Grauens uns den letzten Geheimnissen zu nähern, aus Furcht vor dem Verbot des Sündenfalles, die Früchte von dem Baum der Erkenntnis zu pflücken. Als Darwin den Ursprung der Gattung zu beweisen versuchte, experimentierte er mit Tauben und Kaninchen. Wenn er aber Hottentotten mit Gorillas gepaart hätte, um durch eine Reihe von Versuchen seine gewaltige Behauptung zu beweisen, würden die Priester ihn zur Rechenschaft gezogen und die Richter ihn ins Zuchthaus gesteckt haben. Mit welchem Recht verspotten wir also Galileis Henker?

Wir sollen uns nicht zu Herren über Leben und Tod machen, steht geschrieben. Und trotzdem hängen, köpfen und erschiessen die von Gott eingesetzten Obrigkeiten der ganzen Welt ihre Mitmenschen täglich. Wir Ärzte aber dürfen die Leiden eines unheilbar Kranken nicht verkürzen, indem wir ihm eine genügende Dosis Morphium geben.

Wir werden zum Heucheln und zum Schweigen gezwungen. Das ist uns wie ein wissenschaftliches Erbteil ins Blut übergegangen. Es ist pflichtmässiger Brauch bei uns unseren Patienten etwas vorzulügen. Wie oft wird die Frage an den Arzt gerichtet, eindringlich und flehend: Um aller Barmherzigkeit willen, Doktor, sagen Sie mir, wie es um mich steht! Und gleich ist die Jesuitenstimme bereit, die gehaltene Beruhigung, die falsche Ermunterung. Aber der Kranke glaubt uns nicht. Wir lesen es in seinem hilflosen, wehmütigen Blick, in dem bitteren und gleichgültigen Lächeln, mit dem er unsere Antwort hin- nimmt, und mit dem er uns sagt, dass wir sein Vertrauen täuschen und seine Seele peinigen, anstatt ihm die einzige wirkliche Linderung zu gewähren: die volle, lautere Wahrheit. Mit grober Hand zieht die gesunde Gesellschaft ihre unerbittliche Richtschnur für alle Verhältnisse. Alle Menschen sollen gleich leben, gleich fühlen, gleich verstehen, gleich fürchten! Und uns Ärzten, denen der Blick für die unzähligen Grade der Verschiedenheiten aufgegangen ist, denen die Natur täglich ihre missgeborenen Ausnahmen, ihre verblüffenden Abweichungen entschleiert, wir sollen verbessern, pflegen, heilen, alles nach dem selben unbarmherzigen Exerzierreglement. Nur bedingungsweise gestattet uns

die Strafger des Gesetzes und die Verdammungssucht der Religion zu entschuldigen und mildernde Umstände in Erwägung zu ziehen.

Überall in den Hospitälern, in den Irrenhäusern, in den Armenhäusern und Gefängnissen werden Opfer unserer gefesselten Wissenschaft gemartet. Wir kennen die Mittel zu helfen, aber wir dürfen sie nicht anwenden, wir können Entschuldigungsgründe anführen, und trotzdem wird ohne Gnade gestraft und gequält. Nur dem Trunkenbold und dem tierischen Idioten wird jetzt überall Schutz zu teil. Diesen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, so weit sind wir glücklich gekommen. So tief stecken wir noch in Barbarei und scheinheiliger Ohnmacht, in religiöser Grausamkeit und blöder Moral!

Und nun heute diese Frau, die zu mir kam, schuldfrei, klar über ihr Wollen, Herr ihres Körpers, und die mich, den Arzt, den erwählten Helfer meiner Mitmenschen, bat sie von einem Unglück zu befreien, an dem sie und ihre Lieben zugrunde gehen müssen. Ihr zu helfen ist mir untersagt! Es wäre ein Verbrechen — gegen wen oder gegen was? Gegen das Gesetz, gegen die Gebote, gegen meinen Beruf. Wir sind die Beschützer des Lebens, und das Leben ist heilig. Welches Leben? Das Leben der Ernährerin, der blühenden, der tapfer kämpfenden, oder das ungeborene, das gänzlich unentwickelte, das keimende?

Pfui, wie ich mich schäme! Er, mein Jugendfreund, hielt meine Hand in der seinen und bat mich, indem er mir ins Auge sah, mich, den einzigen, dem er sich anzuvertrauen wagte und der ihm helfen konnte. Er schilderte mir ihre Verzweiflung, fragte mich offen und ehrlich. Es war unmöglich ihm etwas weiszumachen, ich musste offen antworten, dass ich es nicht wolle . . . .«

Es läutete an der Etagentür: ein Eilbote von einem Verunglückten. Crone drückte meine Hand, hinter seinen Brillengläsern schimmerte es feucht:

»Es tut wohl sich mal alles von der Leber herunterzureden.«

Ich ging.

Eine Stunde später sah ich ihn wie gewöhnlich im Café. Er war in Gesellschafts-toilette und trank seinen Absinth im gewohnten Kreise von Journalisten, Juristen und Theologen: aufgeräumt, spöttisch, sicher im Sattel. Als er mich sah, kam er lachend an meinen Tisch:

»War wohl etwas aufgeregt vorhin . . . Besten Dank für deine Geduld! Du bist doch diskret?«

»Es ist ja nichts zu verraten.«

»Nein, Gott sei Dank. Ich bin froh, dass ich widerstanden habe. Kein anständiger Arzt kann sich auf so etwas einlassen. Und bedenke, was ich riskiert haben würde, wenn sie nicht reinen Mund gehalten hätte — Frauen haben immer Freundinnen — meine ganze Karriere . . . .«

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## MANUEL UGARTE · DIE MESTIZEN AMERIKAS

**N**EBEN den zerstreuten Überresten einer Rasse, die sich überlebt hat, nämlich der reinen Indianer, die sich ihre Eigenart streng bewahren, ohne sich irgendetwas mit den neuen Besitzern ihres Landes zu vermischen, gibt es in Südamerika eine Mischrasse, die ihre Herkunft der Verbindung zwischen Eroberern und Eroberten verdankt. Sie ist numerisch die bedeutendste des Landes. In den Vororten der Städte, in den

Dörfern, auf den grossen Gütern, in denen das überwundene Feudalsystem der alten Welt auch in unserer neuen wieder auflebt, wimmelt es von diesen bedauernswerten, demütigen, verachteten Wesen, die, ohne festumrissenen Betätigungskreis, eine Mittelstellung zwischen Mensch und Tier einnehmen. Heute unterwirft sie die Macht des Geldes, wie die Macht der Waffen einst ihre Ahnen besiegt hat. Sie sind die Nachkommen der Kinder, die die einziehenden Sieger mit Indianerinnen zeugten, Mestizen genannt, eine Kreuzung beider Rassen. Sie beteiligen sich am politischen Leben des Landes, sie stehen auch leidenschaftlich für seine Interessen ein, ohne sich zu fragen, wer den Nutzen von der jeweiligen Organisation des Landes hat, oder warum die Regierung in den Händen der Usurpatoren bleibt. Sie bilden im Verein mit anderen Gruppen der Bevölkerung das Proletariat des romanischen Amerika. Sie sind verdammnt in einem unlösbaren Widerspruch zu leben, der atavistischen Indolenz einerseits und des Hochmuts und der vielen Laster der Europäer andererseits: sie werden von den Weissen verachtet, von den Indianern als unrein angesehen, leben in untergeordneten Stellungen, die ihnen vielleicht gerade durch den Mangel an Einsicht so verhängnisvoll werden.

Es ist bekannt, dass im Gegensatz zu dem Prozess, der sich in vielen Ländern Europas vollzieht, hier in Amerika die verschiedenartigsten Strömungen, gleichviel welches ihre Stärke sein mag, in ein Becken zusammenfliessen. Hier werden die einzelnen Rassen nicht in Provinzen zusammengefasst oder durch Grenzen getrennt. Der weisse Mann, der indianische Mestize, der afrikanische Mestize usw. leben zerstreut und durch einander über das ganze Land. Gerade durch diese Mischung, die keine Verschmelzung wird, werden die Kastensunterschiede um so stärker betont, und die Kreise, in denen sich jeder einzelne zu halten hat, um so schärfer abgesteckt. Es ist die Folge eines stillen Übereinkommens, dass dem Indianermestizen gewisse Betätigungsgebiete und gewisse Arbeiten zugeschoben werden. Man macht ihn zum Landjäger, zum Kutscher, zum Soldaten usw., so dass er, wie es mit einem grossen Teil des Proletariats der ganzen Welt geschieht, ein Hüter der Interessen jener Kaste wurde, die ihn unterdrückt. Handwerk und Industrie passen für die undisziplinierten Charaktere dieser Leute noch nicht, die, wenn sie sich von der latenten Bedrückung, die in dieser Form der Dienstbarkeit für sie liegt, befreien wollen, nicht wie der Europäer die moralische Unabhängigkeit durch Zusammenschluss zu Organisationen zu erlangen suchen. Lieber schweifen sie durch die ungeheuern Landstriche als Viehtreiber oder Postkutscher. Manchmal bringt es zwar der Indianermestize dahin bescheidene Verwaltungsposten zu übernehmen. Er wird Postbeamter, Friedensrichter in der Provinz, es gelingt ihm sogar ausnahmsweise zu den höchsten Posten emporzukommen. Diejenigen, die sich solchermassen emporschwingen, werden aber die schlimmsten Feinde der eignen Rasse und identifizieren sich vollständig mit dem Geist und den Tendenzen der Sphäre, in die sie nun eingerückt sind.

Je nach den Ländern ist die Lage der Mestizen mehr oder weniger schlimm. In Mexiko, wo sie drei Viertel der Bevölkerung ausmachen, führen sie ein elendes, träges Leben. Sie weigern sich meistens zu arbeiten, nähren sich von Früchten und billigen Gemüsen und vegetieren nur dahin. Mit seinem spitzen, breitkrepfigen Hut sieht man den Mestizen oft in den Pulquekneipen (Pulque ist das mexikanische Nationalgetränk, aus Aloe usw. bereitet); das Klima ist eben so günstig, dass er nichts zu tun braucht als zu leben. So gestaltet sich

die Existenz der Stadtbewohner. Die Landarbeiter müssen freilich fleissiger sein, aber sie leben ebenso elend, denn die Löhne, die sie beim Ackerbau und bei der Viehzucht erhalten, bestehen in wenigen Pfennigen pro Tag und den zum Lebensunterhalt nötigen Früchten nebst Mais. Viele unter ihnen wohnen in Höhlen und Grotten. Andere verdingen sich als Bergarbeiter. In den Minen wird aber meistens noch nach den ältesten Systemen gearbeitet; diese Arbeit ist ausserordentlich hart und bringt die Leute moralisch ganz herunter. Wenn sie ihr Tagewerk vollbracht haben und an das Tageslicht kommen, sind sie nur noch ein stumpfer Haufen Menschenfleisch, der essen und schlafen, aber nicht mehr denken oder irgendwie bewusst leben kann. Sie werden von einem rohen Fanatismus und unbegrenztem Aberglauben beherrscht und sind durchaus Fatalisten. Die Priester haben sich ihrer unklaren Köpfe bemächtigt und ihnen eine leicht fassliche, sinnfällige Religion beigebracht, eine besondere Art Götzendienst, eine Religion voller Säulenheiliger, ohne Gedanken, ohne Lehren. Auf einer Reise im Innern Mexikos konnte ich die demütige Gläubigkeit dieser Massen beobachten, die sich bei Einbruch der Nacht in die kleinen Provinzkirchen drängten. Fest hefteten sich die Augen auf die Statuen am Altar, und bis weit auf die Strasse hinaus erstreckte sich der Schwarm gebückter Schultern, über die der Lichtschein der Kerzen rötlich züngelte; sie wiederholten laut und automatisch unendlich lange Gebete, die sie nicht verstanden. Die unabhängigen und tatkräftigen Elemente aber, die sich inmitten einer ihnen feindseligen Gesellschaft wie gefangen und geächtet vorkamen, und für die die Sklaverei ihrer Existenz unerträglich wurde, rissen sich schliesslich von den Städten und den Menschen los und begaben sich in die weiten Pampas, wo sie ein Abenteuererleben führten. Aus ihnen rekrutieren sich die Strassenräuber, die Bandenführer, die ungezählten sagenhaften Missetäter, die bis vor kurzem das Land mit ihrer Geschicklichkeit oder Kühnheit unsicher machten, die Postwagen anhielten, Lösegelder forderten. Frauen raubten und die Regierungstruppen in die Flucht schlugen, wobei sich wahre Orgien von Grausamkeit, Mut, Habgier und Aufopferung abspielten. Heute sind diese Gestalten durch die wachsende Kultur fast ganz besiegt und zurückgedrängt, und es bleibt nur noch die Erinnerung an jene aufrührerischen Elemente bestehen, die die Konvention durchbrachen, die sich freiheitsdurstig dem Unbekannten entgegenstürzten, aus Erregungen heraus, die sich aus tierischem Atavismus und der Ahnung künftiger Wahrheiten zusammensetzten.

In Argentinien nimmt der Indianermestize eine weniger traurige Stellung ein, was vielleicht dem wachsenden Wohlstand des Landes zuzuschreiben ist. Wenn aber hier die pekuniäre Lage besser ist, so bleibt sich die moralische gleich. In den Städten ist er auf wenige Berufe beschränkt. Man trifft ihn in den Vororten mit seinem grossen, weichen Hut und dem roten Tuch um den Hals, wie er in den Schenken trinkt oder sich wegen angeblicher Beleidigungen aufregt. Sein Mangel an Bildung, seine subalterne Stellung machen ihn ausserordentlich empfindlich. Sein aus Widersprüchen zusammengesetzter Charakter, der zwischen dem Stolz des Indianers und der Demut des Sklaven hin und her schwankt, beugt sich leicht dem Willen eines Herrn, dem er oft sehr ergeben und bis zur Aufopferung treu ist. Wenn er eine Stellung annimmt, so stellt er seine kriegerischen Ambitionen, seine Tollkühnheit, ja sein Leben in den Dienst dessen, der ihm befiehlt, und ist in dessen Erfolgen, Rangerhöhung und Wohlergehen glücklich. Er begreift die Befriedigung, die in der Achtung

der Mitmenschen liegt, und da sie ihm selbst durch die Stellung, die ihm die Gesellschaft anweist, unerreichbar ist, so versucht er diese Werte über dem Haupt anderer zu bewahren oder zu erwerben und sonnt sich im Widerschein des Glücks seines Herrn. Es gibt nichts Traurigeres als die wesenlose Existenz einer solchen Menschenklasse, neben einer andern, mit der sie in täglicher Berührung leben, der sie folgen und dienen muss, während sie immer nur geringwertige Hilfsarbeiter liefern kann und nicht hoffen darf jemals den andern gleich zu kommen. In den Wahlschlachten, in den Kämpfen zwischen einzelnen Führern, die oft die kleinen Städte mit blutigem Streit erfüllen, löst der Mestize als Opfer die Schuld anderer ein. Er ist es, auf den andere losgehen, er ist es, der sich töten lässt, damit andere Gemeinderäte oder Abgeordnete werden. Da er nur selten lesen kann, hat er auch nur selten das Wahlrecht, aber bei derartigen Wahlen trägt die Gewalt den Sieg über die Zahl davon, und in mancher dieser Demokratien scheinen die beratenden Versammlungen Schiessschulen zu sein.

Die Mestizen, die auf dem Lande leben, haben ein noch weniger beneidenswertes Los. Man hat dort fast ausschliesslich Grossgrundbesitz, der sich in den Händen reicher Stadtbewohner befindet. Der Bauer ist meistens Tagelöhner. Unter gewissen, besonders günstigen Bedingungen besitzt er ein Stück Land, das er selbst bebaut. Aber damit tritt er schon aus seiner Klasse heraus; er mietet fremde Hände und wird zum Vorgesetzten seiner Stammesgenossen. Die typische Erscheinung ist der Mestize, der von Gut zu Gut irrt, der dem Viehzüchter für die Wollschur oder dem Grossgrundbesitzer für die Ernte seine Arme verdingt, daneben aber inmitten der Üppigkeit des fruchtbarsten Landes ein elendes Leben führt. Er ist der Tagelöhner des Gutes, der berittene Kuhhirt, der Drescher, der von der Hand in den Mund lebt, kein Land besitzt, im Freien oder in Höhlen haust, ein Arbeitsinstrument, ein Produktionsmittel aus Fleisch, das nicht entzweibricht. Obschon er nach der Verfassung frei ist, kann man nicht behaupten, dass er es wirklich sei. Und dennoch war er der erste Kämpfer für die Freiheit des Landes, er bildete die ersten Schwadronen aufrührerischer Gauchos, die die spanische Oberherrschaft abschüttelten, er kämpfte unter Artigas, Quiroga oder Ramirez gegen die Tyrannei der Hauptstadt und die antidemokratische Gesinnung ihrer Vertreter. Aber noch heute sehen wir ihn zerlumpt und heimatlos, wie vor hundert Jahren, er dient den Revolutionen und den Aufständen unter Provinzgrössen, er ist eine ansehnliche Macht, die aber kein Bewusstsein ihres Wertes hat und sich von anderen gegen sich selbst gebrauchen lässt.

Die soziale Lage des Mestizen ist fast im ganzen romanischen Amerika die selbe, wie wir es in Argentinien und Mexiko gesehen haben. Unter dem Namen *Roto*, *Pelao*, *Gaucha* — je nachdem sie in Chile, Mexiko oder Argentinien das Licht erblickten — bildeten sie die zersplitterten Kräfte, die den Revolutionen ihren heroischen Charakter, ihren epischen Anstrich verliehen, sie waren es, die sich als wahnsinnige Horden über das unkultivierte Land ergossen, raubend, plündernd und doch Leben erweckend. Als Abenteurer oder Banditen, Insurgenten oder Märtyrer standen sie im Kampf mit der Halbkultur der wichtigsten Städte und Hafenplätze, und im Innern des Landes hallten die Hufschläge ihrer kleinen Pferde wieder, sie kämpften um Chimären, die sie nicht erfassen konnten, benutzten die politischen Wirren, die Parteistreitigkeiten, die allgemeinen Aufstände, um ihren innersten Instinkten und



## AUGUST WINNIG · DIE DEMOKRATIE IN DER ARBEITERBEWEGUNG



EINE Massenbewegung muss demokratisch sein. Eine Bewegung, die das demokratische Prinzip ablehnt, kann nie die Teilnahme grösse- rer Massen gewinnen. So ist auch die sozialistische Arbeiterbewe- gung demokratisch bis auf die Knochen. Ja, man kann sagen, dass sich gegenwärtig der demokratische Zug in unserer Bewegung stärker ausprägt als der sozialistische; wohl darum, weil die Demokratie die Vor- a u s s e t z u n g des Sozialismus ist. Die Sozialisierung der Gesellschaft kann nur vor sich gehen, wenn die Sozialisten die politische Macht erobert haben und der Sozialismus Staatszweck geworden ist. Die Triebkraft staatlicher Neubildungen ist aber in erster Linie und überwiegend das wirtschaftliche Interesse, und dies ist für die Sozialisierung der Gesellschaft nur bei den Klassen vorhanden, die unter den heutigen Zuständen leiden und von einer Neubildung im sozialistischen Sinne Vorteile für sich erwarten können. Diese Klassen bilden die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, und sobald sie ihren Willen durchsetzen können, wird das sozialistische Wirtschaftsprinzip bewusst und konsequent durchgeführt. Die Verwirklichung des Sozialismus erheischt also politische Rechte für die breite Volksmasse. Auf dem festen Grunde dieser Tatsachen sind unsere demokratischen Forderungen erwachsen.

Die Logik erfordert es, dass eine Bewegung, die auf die Verwirklichung demo- kratischer Grundsätze gerichtet ist, in sich selbst diesen Grundsätzen nach- leben muss. Eine demokratische Partei kann also keine autokratische Ver- fassung haben. Aber nicht allein die Logik erfordert das, sondern auch die Sache selbst. Denn bei unsern demokratischen Forderungen setzen wir vor- aus, dass die Masse des Volkes, für die wir die politische Macht anstreben, auch befähigt sei diese Macht zum Wohle des Volksganzen auszuüben. Die Ausübung jeder Macht bedingt das Bewusstsein der Verantwortung, und wo sollte das herkommen, wenn die Masse der arbeitenden Klasse jeden Einflusses auf ihre politische Bewegung ermangelte? Wenn sie sich, unbekümmert um das Warum, damit begnügte, den Weisungen der Führer folgend, Aktionen auszuführen oder nicht auszuführen? Eine Masse, die ihren Führern nur im Herdentrott folgt, die sich nicht selbst Rechenschaft gibt von allem, was sie unternimmt, kann die politische Macht nicht mit Sicherheit richtig ausüben. Sie wird sie vielleicht nicht einmal erlangen können; denn zu den Trieb- kräften, die unsere Bewegung zu ihrem natürlichen Endziel treiben sollen, gehört auch die politische Intelligenz. Und auch die wird natürlich erstickt, wenn die Masse nur ausführender und nicht auch letzten Endes bestimmender Faktor in unserer Bewegung ist.

Diese Erwägungen gelten sowohl für unsere politische wie für unsere gewerk- schaftliche Bewegung. So wie sie beide Glieder ein und der selben Kultur- bewegung sind, so gelten auch für beider Kampfmaximen die nämlichen Ge- setze. Auch die Gewerkschaftsbewegung arbeitet an der sozialen Veredelung der arbeitenden Klasse, und auch sie hat die Aufgabe aus Arbeitsautomaten denkende Menschen mit festen Zielen zu schaffen, die sich ihres Wertes und ihrer geschichtlichen Aufgabe bewusst sind. Dazu bedarf sie, wie die politische Partei, der demokratischen Praxis. Die gewerkschaftlichen Kämpfe müssen

getragen sein von dem Willen und dem Verständnis der organisierten Masse. Ehe die Arbeiter zu uns kamen, waren sie willenlose, sich der Willkür des Unternehmers stumm fügende Wesen. Wir wollen aber, dass sie anders werden. Sie sollen nicht Objekte sondern Subjekte des Arbeitsvertrages sein. Sie sollen den lebendigen Willen zur eignen Formung ihres Geschickes haben: das ist das erste, was wir dem indifferenten Arbeiter sagen. Von diesem Gedanken muss unsere gewerkschaftliche Praxis getragen sein. Die Gewerkschafter müssen in ihrer Gesamtheit die Möglichkeit haben an der Entscheidung aller wichtigen Fragen bestimmend mitzuwirken. Je mehr sie dem Ganzen den Stempel ihres Wollens aufdrücken können, um so mehr werden sie sich selbst als einen Teil dieses Ganzen fühlen, um so lebhafter wird ihr Interesse für die Organisation sein. Je mehr Gewicht ihr Wort hat, um so mehr Verantwortlichkeit werden sie für ihr Tun und Lassen empfinden und dadurch zum Nachdenken über die Fragen unserer Zeit gezwungen werden. Aus der unterschiedslosen Masse, die nur nach der Zahl ihrer Hände gewertet wird, die in den Kämpfen der Gegenwart wie die Figuren des Schachbrettes hin und her geschoben wird, aus den Tausenden, Zehntausenden, Hunderttausenden, die in den Bulletins des wirtschaftlichen Krieges fast ebenso als geist- und willenloses *Material* aufgezählt werden, wie die Truppen im militärischen Kriege, aus ihnen sollen eben so viele Einzelpersonlichkeiten erstehen, die nicht nur mit ihren Armen, sondern auch mit ihren Hirnen und Herzen ihre Schlachten schlagen. Nicht nur einzelne Ausgewählte sollen berufen sein den besten Platz für den Aufstieg des Proletariats aus dem Gegenwartssumpf zu den Höhen der Zukunft zu erspähen, nein, die geistige Kollektivarbeit der Masse soll die taktischen Probleme meistern. Man muss die Unzulänglichkeit unseres öffentlichen Erziehungs- und Bildungswesens für das praktische Leben kennen, um einen Blick für die gewaltige Grösse der Aufgabe zu haben, die unsere Bewegung zu erfüllen hat. Nur der Demokratie kann das gelingen; sie allein kann die Kräfte freimachen, deren wir bedürfen. Und sie kann es nicht nur, sie tut es auch. Das zeigt gerade unsere Gewerkschaftsbewegung, die doch fast ausschliesslich das Werk der Arbeiter selbst ist. Ihr sich ständig vervollkommnender Verwaltungsapparat, ihre hochentwickelte Presse und Literatur, ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Statistik und nicht zuletzt ihre erfolgreichen Kämpfe, die so hohe Anforderungen an ihr organisatorisches und taktisches Talent stellen: das alles zeigt, wie sehr es der Demokratie gelungen ist ungeahnte Fähigkeiten in der Masse zu wecken und fortzubilden.

Bei dem massenhaften Zustrom, den die Gewerkschaften in den letzten Jahren hatten, könnte es scheinen, als sei das demokratische Prinzip in ihnen heute weniger wirksam. Es liegt aber in der Natur der Sache wie der Personen, dass diese geistige Meliorationsarbeit nur langsam, langsam wenigstens für den aussenstehenden Beschauer, vordringen kann. Die Demokratie wirkt auch heute und bildet sich ihre Werkzeuge heran. Wie könnte es auch anders sein? Die ganze Verfassung der Gewerkschaften ist demokratisch; ihre gesetzgebenden Körperschaften (Generalversammlungen, Verbandstage) werden nach dem freiesten Wahlrecht gewählt; die Machtbefugnisse dieser Versammlungen erstrecken sich auf alle Gebiete der Organisationstätigkeit. Trotzdem begegnen wir häufigen Klagen über die *Diktatur* der Gewerkschaftsführer, die

auf nichts anderes als eine missverständliche Auffassung des demokratischen Prinzips zurückzuführen sind. Das demokratische Prinzip bedingt nicht die abstrakte Freiheit des Individuums — das wäre die Anarchie, die eine tatfähige Organisation ausschliesst — sondern Fügung in den Willen der Mehrheit. Die Demokratie ist die höchste, sittlichste Ordnung, die Ordnung der Freiheit, der Vernunft. Wie alles, so hat auch sie ihre primitiven und ihre entwickelteren Stufen. Bei den ersten entscheidet die Gesamtheit über alle Angelegenheiten; sie werden mit der Entwicklung der Gemeinwesen aus räumlichen und technischen Gründen unmöglich; an ihre Stelle tritt die entwickelte Demokratie, die ihren Ausdruck im Repräsentativsystem findet, aber immer die Möglichkeit des Appells an die Gesamtheit offen lässt. Das ist die Form der Demokratie, wie wir sie staatsrechtlich fordern und wie wir sie in unseren Organisationen üben. Sie sichert uns die wertvollen Vorteile des Prinzips und räumt uns die mechanischen Schwierigkeiten der urwüchsigen Form aus dem Wege. Nur Kurzsichtigkeit oder absichtliches Verkennen kann daran etwas zu tadeln finden, und keinem Gewerkschaftsführer wird es einfallen darin eine Änderung anzustreben. Auf dem Gebiete der Verwaltung hat sich das demokratische Prinzip trefflich bewährt und wird dies auch in Zukunft tun. Anders liegt es auf dem Gebiete des gewerkschaftlichen Kampfes, wenigstens dem Anscheine nach. Gar nicht selten erscheint hier das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaftsmitglieder als eine lästige Fessel in der Führung der Kämpfe. Wir brauchen uns nur einiger der jüngsten grossen Kämpfe, zum Beispiel des Kampfes der Berliner Bauarbeiter, zu erinnern. Hier war es das Selbstbestimmungsrecht der Masse, das die kampflose Erledigung des Konfliktes vereitelte. Bei dieser Gelegenheit hat man wohl weit über den Kreis der direkt Beteiligten hinaus erwogen, wie es anders zu handhaben sei. Das ist nur zu natürlich; ein Kampf von solcher Tragweite, mit solchen Opfern und so wenig Aussicht auf unmittelbaren Erfolg muss wohl zu denken geben. Wer indessen auf dem Standpunkt steht, dass die Emanzipation der Arbeiterklasse das eigne Werk der Arbeiter sein muss, dass es anders keine volle Emanzipation gibt, wird mit mir zu dem Ergebnis gelangt sein, dass die demokratische Verfassung der Gewerkschaften nicht angetastet werden darf. Gewiss hat uns die Demokratie in diesem Falle schmerzende Wunden geschlagen, aber es sind Wunden, die die Heilung in sich selbst tragen. In diesem Sinne können auch Niederlagen ein Gewinn sein. Die hohe erzieherische Wirkung der Demokratie erwächst auch aus ihrer fehlerhaften Anwendung. Das Verantwortlichkeitsgefühl derer, die durch den falschen Gebrauch ihres Bestimmungsrechts sich und der Gesamtheit augenblicklich nutzlose Opfer auferlegt haben, wird dadurch ganz bedeutend gestärkt werden. Sie sind durch solche Fehlschläge vielleicht erst inne geworden, welch wichtiges Recht die Demokratie in ihre Hände gelegt hat, und haben dadurch erst das Mass für die Wertung dieses Rechtes gefunden. Sie werden sich in Zukunft gründlicher über ihre Entscheidungen Rechenschaft geben und dadurch gezwungen sein ihren wirtschaftlichen und sozialen Gesichtskreis zu erweitern. So werden aus Herdenmenschen, die im Banne einer Massenmeinung von ihrem wichtigen Recht einen fast mechanischen Gebrauch machten, zielbewusst handelnde Personen.

**Ja, vielleicht ist die Förderung der intellektuellen Reife der Arbeiter ein höherer**

Gewinn für die Zukunft, als es ein augenblicklicher materieller Erfolg gewesen wäre. Natürlich soll damit nicht gesagt sein, dass wir uns über solche, durch die demokratische Verfassung verschuldete Niederlagen zu freuen hätten; sie bergen nur insofern den Keim des Fortschritts in sich, als sie geeignet sind die Urteilsfähigkeit der Arbeiter zu schärfen und sie dadurch vor ähnlichen Fehlschlägen zu bewahren. Das ist auch Grund genug unsere Demokratie als ein kostbares Kleinod zu hegen und zu pflegen und auf ihre Fortentwicklung bedacht zu sein. Wozu uns aber unsere demokratische Verfassung zwingt, das ist emsiges Arbeiten an der Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder, und zwar besonders an der Aufklärung über die Grundlagen und das Ineinandergreifen des wirtschaftlichen Mechanismus. Aus diesem Grunde sind auch die jetzt so lebhaft betriebenen Bildungsbestrebungen nur zu begrüßen, um so mehr, als sie gerade das Gebiet des nationalökonomischen Wissens pflegen. Voraussetzung ist freilich, dass als Lehrer wirkliche Fachleute fungieren, die durch Vermittlung positiver Kenntnisse dem verderblichen Dünkel der Halbbildung und der allgemeinen Redensarten ein Ziel setzen. Dann wird die Demokratie in der Arbeiterbewegung in Wahrheit ein Jungbrunnen sein, der uns ständig frische Kräfte zuführt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# RUNDSCHAU

## OFFENTLICHES LEBEN

### Wirtschaft / Richard Calwer

**Rückblick auf das Jahr 1907** Es ist richtig, vom 3. Quartale ab wies das Jahr 1907 die Anzeichen einer rückgängigen Konjunktur auf. Bildet man sich aber ein Urteil über das Gesamtjahr, so kann es zwar nicht mehr so günstig ausfallen wie über das Jahr 1906, aber immer noch günstiger als über das Jahr 1905. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter konnte sich im allgemeinen gegen 1906 nicht mehr verbessern, aber umgekehrt ist auch keine merklichere Verschlechterung eingetreten, obwohl dies vielfach angenommen wurde. Man glaubte nämlich, dass die von Mitte des Jahres an stark steigenden Mehl- und Brotpreise die Lebenshaltung ganz wesentlich verteuerten. Das wäre zweifellos auch der Fall gewesen, wären die Fleischpreise auf dem Niveau des Jahres 1906 stehen geblieben. Diese gingen aber im Laufe des Jahres 1907 ziemlich kräftig zurück. Und da eine Verbilligung von 10 bis 20 % bei Fleisch wesentlich stärker ins Gewicht fällt als eine ebenso grosse Verteuerung von Mehl und Brot, so wurde die Brotpreis- und Mehlpreisteigerung auch in solchen Haushalten schon durch die Verbilligung des Fleisches kompensiert, in denen nur ein bescheidener

Fleischverbrauch stattfindet. Wo natürlich der Fleischkonsum so gering ist, dass er überhaupt kaum ins Gewicht fällt, da ist 1907 gegen 1906 eine Verteuerung eingetreten. In diesen Haushalten hatte sich dann aber auch die Fleischverteuerung des Jahres 1906 nur wenig bemerkbar gemacht. Im allgemeinen indes ist keine Verteuerung der Kosten für die Ernährung eingetreten. Soweit man auf grund von vielen Beobachtungen mutmassen kann, dürfte das Einkommen der Arbeiter im Jahre 1907 sich auf der Höhe des Jahres 1906 gehalten haben. Der Verbrauch der Massen war in der ersten Hälfte des Jahres noch äusserst kräftig, wenn auch kaum noch stärker als 1906. Im 2. Halbjahre machte sich dann aber eine Stagnation in der Konsumbewegung bemerkbar, die sich besonders deutlich in der Gestaltung der Weihnachtsumsätze äusserte. Wenn auch der Grad dieser Stockung nicht allzu erheblich war, so genügte sie doch, um vielfach ein etwas zu starkes Anwachsen der Erzeugung aufzudecken. Von grosser Bedeutung scheint uns freilich das Missverhältnis zwischen Erzeugung und Konsum nicht zu sein, so dass uns die Befürchtungen wegen einer gewerblichen Krise noch immer als übertrieben erscheinen. Augenblicklich lässt sich die Situation wie folgt charakterisieren: Die Landwirtschaft be-

findet sich in einer befriedigenden Verfassung, wenn auch innerhalb der Landwirtschaft die Steigerung der Löhne unbefriedigend bleibt. Bergbau und Roh-eisenherstellung sind gleichfalls zu befriedigenden Preisen noch hinreichend beschäftigt. Das Textil- und Bekleidungs-gewerbe, die meisten Nahrungsmittel-gewerbe merkten bisher noch nichts von einem Nachlassen der Konjunktur. Da-gegen hat sich der Beschäftigungsgrad während der letzten Monate verschlech-tert im Baugewerbe, in der Verarbeitung von Eisen und Metallen, in der Ma-schinenindustrie, in der Automobil-industrie, im Ledergewerbe, in der In-dustrie der Holz- und Schnitzstoffe usw. Die angespannte Lage des Geldmarktes hat die Schwierigkeiten, mit der die In-dustrie zu kämpfen hat, noch verschärft. Ja in manchen Kreisen, wie im Hand-werk, hat die Erschwerung und Verteue-rung des Kredits verderbenbringend ge-wirkt.

×

#### Allgemeine Lage

Es darf nun aber ange-nommen werden, dass sich die Situation des Geld-marktes von Woche zu Woche bessert. Es fragt sich nur, ob für eine Frühjahrs-belebung die Voraussetzungen vorhanden sind, oder ob die Periode der Stagnation erst noch länger andauern muss, bevor wieder von einem normalen Geschäftsgang die Rede sein kann. Von grossem Einfluss auf den Beschäftigungsgrad im Frühjahr wird die Gestaltung der Bautätigkeit sein. Es lässt sich nicht bestreiten, dass eine Reihe von Umständen für eine Belebung der Bautätigkeit spricht. Vor allem ist die Geldbeschaffung erleichtert, Nachfrage nach Wohnungen ist vorhanden, Bau-materialien endlich dürften billiger als Frühjahr 1907 zu stehen kommen. Das alles sind Momente, die die Bautätigkeit anzuregen vermögen. Freilich, das Mög-liche ist noch nicht die Wirklichkeit. Man wird noch den Februar abwarten müssen, bevor man die Gestaltung der Konjunktur im Frühjahr 1908 etwas bestimmter umschreiben kann. Zurzeit kann man schon mit der Feststellung zufrieden sein, dass Gründe, die eine Frühjahrsbelebung von vornherein ausschliessen, nicht vor-handen sind.

×

**Kurze Chronik** Am 3. Dezember wurde der Beitritt Russlands zur internationalen Zuckerkon-vention vollzogen. × Am 4. Dezember setzte der Stahlwerksverband die

Preise für Halbzeug und Formeisen um je 10 M. pro t herab. × Von Mitte De-zember ab mehrten sich die Nachrichten von Arbeiterentlassungen. × Der Reichsbankpräsident Dr. Koch trat mit Ende des Jahres 1907 von der Leitung der Reichsbank zurück; sein Nachfolger wurde der Präsident der *See-handlung* Havenstein. × Am 2. Januar setzte die Bank von England den Dis-kont von 7 auf 6 %, am 16. Januar dann weiter auf 5 % herab. Der Reichsbankdiskont wurde am 13. Januar von 7½ auf 6½ % herabgesetzt. × Am 4. Januar wurde eine preussische Staatsanleihe mit fallendem Zins-satz (zunächst 4 %) zur Subskription aufgelegt.

#### Politik / Max Schippel

**Preussisches Wahlrecht** Am 10. Januar gab Fürst Bülow im preussischen Abgeordneten-hause die Er-

klärung ab, der Landtag werde sich in der laufenden Tagung mit keiner Wahl-reformvorlage mehr zu beschäftigen haben. Am Sonntag den 12. Januar bekundeten die Arbeiter Berlins, trotz alles Polizeiaufgebotes und trotz des hauenden Säbels, ihren unerschütterlichen Willen, zur verstärkten und beschleunigten Fort-setzung des begonnenen Wahlrechts-kampfes; in ganz Preussen sekundierten ihnen erregte und überfüllte Parteiver-sammlungen, auch hier oft von Demon-strationen und Umzügen begleitet.

Die Stellungnahme der preussischen Re-gierung gehört zu den politischen Unbe-greiflichkeiten, an die wir in Deutschland nachgerade gewöhnt sind. Bisher hatte man annehmen müssen, dass um der ge-samten Blockpolitik willen eine Verständi-gung auch in der Wahlrechtsfrage vor-bereitet werde, naturgemäss mit wesent-lichen Opfern an demokratischen, vielleicht von der bürgerlichen Linken selber nicht so ungerne preisgegebenen Forderungen, aber doch mit mancherlei scheinliberalen Zugeständnissen, so dass der Blockfrieden so leichtlich gewahrt bleibe. Diese An-nahme fand lange Zeit weiter eine Stütze in der volksparteilichen Behandlung aller bestimmteren Wahlreformenregungen, wie sie besonders aus den Reihen der *Freisinnigen Vereinigung* laut wurden; zweifellos, so schlussfolgerte man ge-wöhnlich, wollte man die schwebenden Kompromissverhandlungen durch vor-eilige Festlegungen nicht stören lassen. Offenbar ist jedoch, das zeigte die Land-tagssitzung vom 10. Januar deutlich, von

beiden Seiten, von oben wie von unten, nichts Ernstliches geschehen, um wieder einmal eine der berühmten Mittellinien zu finden. Verblüffter als die blocktreue bürgerliche Linke konnte gar niemand sein über die in einer vorgelesenen Erklärung formulierte Regierungsstellungnahme: gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preussen, gegen die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime, für »eine gerechte Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen«, sei es nach den Steuerleistungen, sei es nach anderen Merkmalen »wie Alter, Besitz, Bildung und dergleichen«. Nur die Rechte hatte Anlass über diese Kundgebung zu jubeln.

×

**Freisinnige Parteien** Sofort nach dieser Erklärung des Staatsministeriums, dann abermals nach den Polizeiheldentaten am Demonstrationssonntag erhoben einzelne Freisinnige und Volksparteiler laut und öffentlich den Ruf *Los vom Block!* Auch hinter den Kulissen scheinen die Geister lebhaft auf einander zu platzen. »Schon am Montag«, schreibt die *Vossische Zeitung* am 16. Januar, »war das Gerücht verbreitet, die auf jenen Abend einberufene Versammlung der Leiter des *Liberalen Wahlvereins*, der Organisation der *Freisinnigen Vereinigung*, werde zu einer *reinlichen Scheidung* führen. Die Meldung war unrichtig oder doch verfrüht, da die dem Vorstand nicht angehörenden Abgeordneten der Fraktion zu der Sitzung nicht eingeladen und keine entscheidenden Beschlüsse gefasst wurden. Allein, was nicht ist, kann werden. Möglich, dass die Würfel in der Delegiertenversammlung fallen.«

Möglich, dass sich eine Spaltung, und zwar quer durch alle drei Gruppen der bürgerlichen Linken hindurch, vollzieht; wahrscheinlich ist es jedoch kaum. Selbst in der *Freisinnigen Vereinigung*, von der jeder Neubildungsanstoß zuerst ausgehen würde, dürfte die Richtung Pachtücke schliesslich immer die Oberhand behalten, so dass bei einem *Divorçons!* höchstens die Absprengung eines kleinen, seit jeher blockfeindlichen Flügels in Frage kommen könnte. Die Abneigung gegen die Sozialdemokratie in den Wähler- und Führerkreisen ist noch immer so gross, dass jede Richtung, die sich nur durch ein Zusammenarbeiten mit der Arbeiterpartei grössere Geltung verschaffen könnte, vorläufig über die Grenzen eines interessanten kleinen Zirkels kaum hin-

auswachsen kann. Das mag bedauerlich und sogar von unserer Seite aus nicht ganz unverschuldet sein. Aber man tut gut Illusionen über das Mass der ungewidmeten Sympathien gar nicht erst sich einnisten zu lassen.

×

**Marokko** Die Ausrufung Mulay Hafids, an stelle seines Bruders Abdul Asis, zum Oberhaupte des marokkanischen Staates, und zwar durch die entscheidendste Stelle, die Vereinigung der Notabeln und geistlichen Würdenträger in Fez, stellt Frankreich vor grössere Schwierigkeiten denn je. Der Süden des Landes hing bisher schon an dem neuen Herrscher, und genau so wie Marakesch im Süden bestimmt Fez die gesamte öffentliche Meinung im Norden. Wahrscheinlich wird Abdul Asis seinen Einfluss auf Rabat und die Küstenstädte beschränkt sehen, soweit sie im Bereiche französischer Schiffskanonen und Landungstruppen sich befinden; selbst in Rabat scheint der entthronte Sultan vor den Nachstellungen seiner eigenen Leute nicht mehr sicher. Manche englische Blätter reden Frankreich deshalb bereits zu die neue Gewalt anzuerkennen und dadurch für sich zu gewinnen. Indes ist Mulay Hafid als Vertrauensmann der fremdenfeindlichen Kreise gewählt, und über die Voraussetzungen seiner Berufung dürfte er sich deshalb nicht so leicht hinwegsetzen können. Soll Frankreich sich zu einem wirklichen grossen Volkskrieg bis in das Innere entschliessen? Wenn es davor zurückschreckt, können unter der neuen Konstellation französische Regimenter auf marokkanischem Boden bleiben, ohne dass der heilige Krieg von der anderen Seite eröffnet wird? Wenn aber Frankreich die durch das internationale Abkommen von Algeciras gezogenen Einschränkungen nicht mehr einhalten zu können erklärt, wie stellen sich die mitbeteiligten Mächte zu einer Überschreitung oder Abänderung der Algecirasakte? Die diplomatische Geschäftigkeit in Paris, Madrid und London ist also erklärlich. Vielleicht erfährt man anlässlich der Interpellation Jaurés Genaueres über die Absichten der Nächstinteressierten.

×

**Kurze Chronik** Bei den Kämpfen im *Deutschen Flottenverein* neigt sich, infolge des Eingreifens des Prinzen Heinrich und des Kaisers, die Wagschale mehr und mehr gegen die Geschäftsführung durch den

Draufgänger General Keim. X Das preussische Abgeordnetenhaus stimmte am 16. Januar der Polenvorlage in der Gestalt der Kommissionsbeschlüsse mit 198 gegen 119 Stimmen zu. Der grundlegende Enteignungsparagraph (§ 13) lautet nunmehr: »Dem Staate wird das Recht verliehen in den Bezirken, in denen die Sicherung des gefährdeten Deutschums nicht anders als durch Stärkung und Abrundung deutscher Niederlassungen mittels Ansiedelungen möglich erscheint, die hierzu erforderlichen Grundstücke in einer Gesamtfläche von nicht mehr als 70 000 ha nötigenfalls im Wege der Enteignung zu erwerben.« X Der Verfassungskonflikt in Persien scheint durch eine Verständigung zwischen Schah und Parlament seinem Ende entgegen zu gehen.

### Sozialpolitik / Robert Schmidt

**Arbeiterverhältnisse in Staatsbetrieben** Dem Reichstag ist eine Übersicht über Lohn, Arbeitszeit und Versicherung der Arbeiter und Angestellten in den Staatsbetrieben der Militär- und Marineverwaltung zugegangen. Das Material ist ohne eine sozialstatistische Einteilung aufgestellt. Es fehlt zunächst die Vergleichung gegen die vorausgegangenen Erhebungen. Bei der Lohnstatistik beginnt man mit der Lohnklasse 800, so dass für jugendliche Arbeiter und für die Arbeiterinnen keine Gehaltsübersicht gegeben ist; wir erfahren nur, dass alle Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter unter 800 M. Jahreseinkommen haben; wie hoch das Einkommen ist, kann man nicht ermitteln. Nur von den Werften wird angegeben, dass jugendliche Arbeiter einen Tagelohn von 1,50 M. erhalten. Handlanger verzeichnen einen Lohn von 3,74, Handwerker schwanken in ihren Lohnbezügen von 4,47 bis 6,12 M. Die Monatslöhne der Wärter, Wächter, Maschinisten, technischen Arbeiter, Bureaugehilfen und Werkführer bewegen sich zwischen 99,43 bis 159,70 M. Die normale Arbeitszeit ist in allen Betrieben der Marine- und Militärverwaltung auf 9 Stunden herabgesetzt, gegen 10 Stunden früher. Im Bureaudienst sind meist 8 Stunden üblich. Daneben kommen Überstunden in Anwendung, die sich auf die einzelnen Arbeiterkategorien sehr ungleich verteilen. Die Angestellten in den Depots der Artillerie- und Marineverwaltung erhalten einen Tagelohn von 2,50 bis 4,37 M. Auffallend ist der starke Wechsel der Angestellten; es schieden

15,7 % aus der Stellung aus, darunter 9 % freiwillig.

Die preussische Verwaltung gewährt in Konservenfabriken, Bekleidungs-, Proviantämtern, Lazaretten und Remontedepots einen Jahresverdienst unter 1000 M. an 59,2 % der Arbeiter, 33 % erlangen 1000 bis 1500 M., und 7,8 % über 1500 M. Im Remontedepot haben zum Beispiel von den 2453 Arbeitern 2345 einen Lohn unter 800 M. Welchen Lohn die Arbeiter haben, erfahren wir nicht aus der Statistik; man kann nur annehmen, da 1341 Personen in der niedrigsten Lohnklasse der Invalidenversicherung Beiträge zahlen, dass diese ein Jahreseinkommen unter 350 M. haben. Ausgetreten sind aus diesen Arbeitsverhältnissen 27 % der Beschäftigten, darunter 10 % auf eigenen Wunsch. In den Militärwerkstätten wird der Lohn unter 1000 M. von 12,5 % der Arbeiter, 1000 bis 1500 M. von 28,7 % und über 1500 M. von 59,1 % erreicht. In den Depots stehen 70,9 % der Beschäftigten mit einem Einkommen unter 1000 M., und nur 29,1 % reichen in die Lohnklasse von 1000 bis 1500 M.

Die bayerische Militärverwaltung gewährt in den Werkstätten an 28,6 % der Arbeiter unter 1000 M., 53,6 % steigen auf 1000 bis 1500 M., und darüber 17,8 %. In den Depots haben 80,2 % der Beschäftigten unter 1000 M. und darüber bis zu 1500 M. 19,8 % der Angestellten.

Die sächsische Militärverwaltung bot in den Proviantämtern, Garnisonverwaltungen, Lazaretten usw. 37,8 % der Beschäftigten ein Einkommen unter 1000 M., 59,7 % erhielten 1000 bis 1500 M., ein noch höheres Einkommen hatten 2,5 %. In den Militärwerkstätten hatten 29,4 % der Arbeiter unter 1000 M., 28,5 % von 1000 bis 1500 M. und 42,1 % über 1500 M. Einkommen. Bei den Depots hatten nur 33,9 % ein Einkommen von 1000 bis 1500 M., die übrigen rangierten unter 1000 M.

Die württembergische Verwaltung verzeichnete in Proviantämtern, Garnisonverwaltungen, Lazaretten usw. für 78,6 % der Angestellten ein Einkommen unter 1000 M. und für 21,4 % 1000 bis 1500 M. In den Depots haben rund 6 % der Angestellten über 1000 M.

X  
**Privatangestelltenversicherung** Die Tätigkeit der Organisationen, die sich als Träger der sozialpolitischen Forderungen der Privatangestellten hervor-

tun, ist eine sehr rege, und die Bewegung gewinnt fortgesetzt an Umfang. Bürgerliche Politiker bemühen sich seit langem Einfluss auf diese Bewegung zu bekommen, sie gehen sozialpolitische Engagements ein, die wohl kaum in jedem Fall die Zustimmung ihrer eigenen politischen Freunde erlangen dürften. Die Sozialdemokratie ist dabei nahezu ausgeschaltet, ohne gekränkt bei Seite zu stehen; denn das Aufflackern sozialpolitischer Erkenntnis aus den Schichten, die bisher von diesen Fragen unberührt blieben, ist immer ein Gewinn. Als wichtigste Forderung steht augenblicklich die staatliche Pensionsversicherung zur Diskussion. Die Erörterung dieser Frage war von den Korporationen einem Ausschuss überwiesen, der wiederum einer Kommission von 7 Mitgliedern die Ausarbeitung bestimmter Vorschläge übertragen hatte. In und ausserhalb dieser Körperschaften entwickelte sich nunmehr darüber ein heftiger Streit, ob die Versicherungseinrichtung der bestehenden Invaliden- und Altersversicherung angeschlossen oder eine besondere Kasse errichtet werden sollte. Die Entscheidung darüber wurde nach einer sehr heftigen Debatte vom Hauptausschuss in der Sitzung am 16. November in Frankfurt a. M. unter Führung des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Schack gegen die Richtung Tischendorfer und des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. Potthoff in dem Sinne gefällt, dass eine besondere Kasseneinrichtung gefordert wurde. Die Leitsätze, die zur Annahme gelangten, stellen in 23 Thesen ein eingehendes Programm der Versicherungseinrichtung dar. Die Beiträge sollen, nach 10 Gehaltsstufen geordnet, im Durchschnitt 10 % des Gehalts betragen. Es wird eine Invalidenrente verlangt, die nach 40 Beitragsjahren bis zu 66% % des Einkommens betragen soll; in der selben Höhe soll vom 65. Jahr ab eine Altersrente gewährt werden. Die Witwenrente soll auf 40 % der Invalidenrente und die Waisenrente auf ½, für Doppelwaisen auf ⅓ der Invalidenrente bemessen werden. Einige andere Forderungen lehnen sich an die Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes an. Da den Delegierten berichtet wurde, dass man im Ministerium des Innern dazu neige die Organisation als besondere Kasseneinrichtung aufzubauen, so ist anzunehmen, dass in bezug auf die Organisation die Wünsche der Privatangestellten Aussicht auf Verwirklichung ha-

ben. Das sollte aber für die Privatangestellten die minder wichtige Streitfrage sein, der heftige Streit darüber deutet nur auf sozialpolitische Unklarheit. In einer Zeit, in der fortgesetzt der Zusammenschluss der Versicherungseinrichtungen gefordert wird, noch eine weitere Zersplitterung einzuführen erscheint in hohem Masse unpraktisch.

X

**Ausländische Arbeiter** Der preussische Landwirtschaftsminister von Arnim hat eine Polizeiverordnung erlassen, die in das Arbeitsverhältnis tief eingreift und nichts weniger bedeutet als dass für die aus dem Auslande kommenden Arbeiter jede Freizügigkeit in Deutschland aufgehoben wird. Die Verordnung richtet sich zunächst gegen die russischen und österreichischen Arbeiter. Es soll an der Grenze jeder fremde Arbeiter eine Legitimationskarte erhalten, für deren Ausstellung die Grenzämter der *Deutschen Feldarbeitersentrale* zuständig sind, einer Einrichtung, die von den Landwirtschaftskammern zur Herbeischaffung fremder Arbeiter unterhalten wird. Die Karte soll nun aber nicht nur das Nationale des Inhabers enthalten, sondern auch den Arbeitgeber namhaft machen, für den der Arbeiter angeworben ist. Bei einem Wechsel des Arbeitgebers im Inlande muss eine neue Karte von der Ortspolizeibehörde oder dem Landratsamt ausgestellt werden, wobei zu beachten ist, dass kontraktbrüchige Arbeiter eine neue Karte nicht erhalten und nur dann in Preussen verbleiben dürfen, wenn sie zu ihrem Arbeitgeber zurückkehren. Die Massnahme geschieht zunächst im Interesse des Grossgrundbesitzes. Die fremden Arbeiter müssen zwangsweise durch die Arbeitsvermittlung der *Deutschen Feldarbeitersentrale*, und hier wird der Arbeiter durch Verträge während der ganzen Kampagne an den Arbeitgeber gefesselt. Es gibt kein Entinnen, es sei denn, der Arbeiter kehrt nach der Heimat zurück. Für die Industriearbeiter hat diese Verordnung die Folge, dass bei einem Streik die *Feldarbeitersentrale* an der Grenze die ausländischen Arbeiter bereits ganz bestimmten Arbeitgebern überweisen wird, und streikende ausländische Arbeiter wohl schwerlich eine neue Karte für einen andern Arbeitgeber erhalten werden. Damit wird den ausländischen Arbeitern die Freizügigkeit durch Ministerialverordnung genommen.

X

X

**Invalidenversicherung** Das Reichsversicherungsamt gibt in dem Jahresbericht für 1906 über die finanzielle Gestaltung der Invalidenversicherung die übliche Zusammenstellung. Danach sind an Beiträgen 156 544 529 M. eingegangen, gegen das Vorjahr ein Mehr von 7 580 912 M.; mithin eine Steigerung von rund 5 %. Beachtenswert ist die Zunahme der Beitragsleistung in der höchsten Lohnklasse. Es entfielen von 100 M. Beiträgen, die bei den Landesversicherungsanstalten eingingen, im Jahre 1906 23,01 M., während im Jahre 1900 dieser Anteil nur 11,59 M. betrug. Der Anteil hat sich fortgesetzt gesteigert. An Renten sind 142 972 601,21 M. ausgezahlt, gegen das Vorjahr ein Mehr von 6 068 570,45 M. Die Steigerung beträgt 4,4 % gegen 6,3 % im Jahre 1905. Die Steigerung war bis zum Jahre 1904 erheblich höher. Die langsame Steigerung der Rentenbeträge hängt mit einem engeren Fassen der Invalidität und der strengen Kontrolle der Rentenempfänger zusammen. Der Reichszuschuss beläuft sich auf 48 757 386,72 M. An Altersrenten wurden 1 726 801,80 M. ausgezahlt; für Heilverfahren wurden 13 468 262,72 M. und für Invalidenhauspflege 407 754,10 M. aufgewendet. Im Durchschnitt betrug die Invalidenrente 162,88 M. Die Zurückzahlung der Beiträge erreichte die Summe von 8 346 145,81 M. Der Vermögenszuwachs der Landesversicherungsanstalten und der Kasseneinrichtungen betrug insgesamt 80 985 431,00 M. gegen 77 134 731,97 M. im Vorjahre.

× **Kurze Chronik** Der preussische Handelsminister hat in einem Erlass erklärt, dass die Eisenbahnbetriebswerkstätten nicht der Gewerbeordnung unterstehen, dass mithin auch die Gewerbeinspektion diese Betriebe nicht zu kontrollieren hat. × Der Bureauangestelltenverband hat in einer Petition an den Reichstag eingehend die Forderung auf eine Regelung des Arbeitsvertrages begründet.

× **Literatur** Ein sehr gutes Buch ist *Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung* von Julius Deutsch /Zürich, Rascher/. Der Verfasser, den die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* aus seinen hier veröffentlichten Arbeiten kennen, untersucht gründlich und mit

grosser Sachkenntnis Umfang, Art und Schäden der Kinderarbeit. In dem historischen Rückblick zeigt die Gegenüberstellung der Kinderarbeit in Deutschland, der Schweiz und Österreich so gleichmässige Züge der kapitalistischen Entwicklung und ihrer Gebrechen, dass der Verfasser mit Recht zu dem Ergebnis kommt, es erweise sich auch bei dieser Gelegenheit wieder, dass die mehr oder weniger fortgeschrittene Form der Staatsverfassung nicht immer die Lage eines Volkes ohne weiteres erheblich ändert; sonst wäre es nicht zu erklären, dass im halbabsolutistischen Preussen, im bürokratischen Österreich und in der demokratischen Schweiz die Kinder Ausbeutung so verhältnismässig geringe Unterschiede aufweist. Deutsch führt uns in einem reichen Material die körperlichen, geistigen und sittlichen Schäden vor Augen, die die Kinderarbeit zur Folge hat. Er lehnt auch für die Landwirtschaft die Kinderarbeit ab und macht gegen die Einwendung, die Industrie brauche die billigen Arbeitskräfte, geltend, nichts sei unrichtiger als die Meinung, eine verelendete, herabgekommene Arbeiterschaft, mit niederen Löhnen zufrieden, erhöhe den Nutzen der Industriellen und fördere so die Entwicklung der Industrie; alle Erfahrung spreche dagegen. Als notwendig für die Reform des Kinderschutzes wird eine eingehende Erhebung erachtet, die uns den Umfang der Kinderarbeit und ihre Schäden genau erkennen lasse. In einem Gesetzentwurf wird sodann vom Verfasser seinem Programm Form und Inhalt gegeben. An der Spitze der Forderung steht das Verlangen *Verbot jeder Kinderarbeit*, nur in der Landwirtschaft soll ein Unterschied zwischen den Verrichtungen in der eigenen Häuslichkeit und eigenem Betriebe gemacht werden, die Beschäftigung fremder Kinder soll ausgeschaltet werden. Natürlich wird der Kinderfürsorge eine grosse Aufmerksamkeit gewidmet. Sport, Spiel und Handfertigkeitsunterricht sollen die Jugend zu Menschen heranbilden. Diese treffliche Arbeit ist im Wettbewerb auf ein Preisausschreiben über Kinderschutz von der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich, die als Preisrichterin diente, mit dem ersten Preis bedacht worden. Jedenfalls ein Zeichen dafür, dass die Universität Zürich bei der Beurteilung wissenschaftlicher Leistungen nicht von Klassenvorurteilen befangen ist.

**Kommunalpolitik / Hugo Lindemann****Polizeikosten-** Ende November legte die preussische Regierung dem Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Polizeikostengesetzes vor, der am 12. Dezember zum erstenmal beraten wurde. Der Entwurf ist im wesentlichen finanziellen Gründen entsprungen. Er will eine Abänderung des Gesetzes von 1892 bringen, da sich der Verteilungsmassstab, nach dem dieses die Polizeikosten zwischen Staat und Gemeinde verteilt, im Laufe der Jahre als unrichtig herausgestellt habe. Das Gesetz von 1892 legt den Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung Kopfbeiträge auf, die nach der Einwohnerzahl der Gemeinden abgestuft sind. Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung, die aber einzelne Zweige der Polizei selbst verwalteten, wurde eine der Minderausgabe des Staates entsprechende Ermässigung des Kopfbeitrages zugesichert, und der daraus sich ergebende Anspruch in letzter Instanz unter den Schutz des obersten Verwaltungsgerichtshofes gestellt. Bei der Berechnung der Kopfbeiträge hatte man das Verhältnis 1 : 2 zu grunde gelegt, so dass also der Staat mit  $\frac{2}{3}$ , die Gemeinden mit  $\frac{1}{3}$  an den dem Staate aus der Polizeiverwaltung erwachsenden Kosten beteiligt waren. Im Etat für 1893-1894 erschien die Einnahme aus den Beiträgen der Gemeinden in der Höhe von 6,45 Mill. M. und deckte dieses Drittel des auf etwa 19 bis 20 Mill. M. berechneten Gesamtaufwandes der staatlichen Polizeiverwaltung. Im Laufe der Jahre sind nun die Aufwendungen für die staatliche Polizeiverwaltung sehr bedeutend gewachsen. Über die Gründe dieses Anwachsens, die allerdings sehr mannigfacher Natur sind, sagt der Entwurf nichts. Zum guten Teil trägt die bis ins Kleinlichste gehende, vollständig überflüssige Überwachung der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterbewegung die Schuld daran. Nicht minder stark sind auch die Ausgaben der Gemeinden mit kommunaler Polizeiverwaltung gewachsen, so dass also der Ausgleich in der Belastung der Gemeinden mit staatlicher und derer mit eigener Polizeiverwaltung nicht eingetreten ist, wie man von dem Gesetz von 1892 erwartet hatte. Der Vergleich, der in den statistischen Beigaben zwischen den Polizeikosten der Gemeinden mit eigener und der mit staatlicher Polizeiverwaltung angestellt wird, zeigt allerdings eine bedeutende Bevorzugung der Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung. Hätten diese

kommunale Polizei, so würden sie nachfolgende Mehrbeträge aufzubringen haben: Fulda 14 457 M., Linden 91 473 M., Kiel 340 973 M., Königsberg 389 570 M., Charlottenburg 662 966 M. usw. Diese Beträge schwanken pro Kopf der Einwohner zwischen 0,73 und 2,87 M. Die Städte mit staatlicher Polizeiverwaltung sind also finanziell entschieden günstiger gestellt als die Städte mit kommunaler Verwaltung. Dass allerdings die Städte durch die Überführung der Ortspolizei in die staatliche Verwaltung eine grosse Entrechtung erlitten haben, und dass zwischen der städtischen Verwaltung und der staatlichen Polizeiverwaltung ständige Reibungen und Gegensätze vorhanden sein müssen, die das Leben der städtischen Verwaltung nicht gerade verschönern, davon sagt der Entwurf nichts. Der neue Entwurf schlägt nun vor die festen Kopfbeiträge abzuschaffen. In Zukunft werden die Gemeinden verpflichtet zu den Kosten der staatlichen Polizeiverwaltung  $\frac{1}{2}$  beizutragen; ebenso nehmen sie an ihren Einnahmen zu  $\frac{1}{2}$  teil. Von den Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung werden 4 % abgesetzt, die den Aufwand der nichtörtlichen Polizeiverwaltung decken sollen. Die 4 % sind natürlich ziemlich willkürlich gewählt. Zu den Ausgaben kommen hinzu ein Pauschbeitrag zur Bestreitung der Pensionen und Wartegelder für Beamte der staatlichen Ortspolizeiverwaltung sowie der Witwen- und Waisengelder für die Hinterbliebenen dieser Beamten, ferner der Jahresnutzungswert der der staatlichen Ortspolizeiverwaltung dienenden Gebäude und Inventarstücke. Die Beitragsquote in der Höhe von  $\frac{1}{2}$  der Ausgaben hat nach den Motiven um deswillen in Vorschlag gebracht werden müssen, weil bei jeder geringeren Bemessung ein starkes Missverhältnis zwischen der Belastung der Gemeinden mit eigener Polizeiverwaltung wieder hervorgetreten wäre, was unter allen Umständen vermieden werden sollte. Der Entwurf will also den Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung die finanziellen Vorteile nehmen, mit denen man ihnen bisher ihre Entrechtung auf dem Gebiete der Polizeiverwaltung hat schmackhaft machen wollen. Der Mehrbetrag, der aus dieser neuen Verteilung der Beitragsquoten der Staatskasse zufließen soll, wird auf 4 807 323 M. berechnet, und ist nach den Motiven im wesentlichen dazu bestimmt die zunächst für den rheinisch-westfälischen Industrie-

bezirk geplante Einrichtung von königlichen Polizeidirektionen zu ermöglichen. Hier enthüllt die staatliche Bureaucratie ihre ingenieure Methode. Die Städte mit staatlicher Polizeiverwaltung sollen die Mittel aufbringen, die erforderlich sind, um weitere Städte des wichtigen Rechtes auf die örtliche Polizeiverwaltung zu berauben und die Verwaltung in die Hände der Staatsbureaucratie zu legen. Gegen diese Erweiterung ihrer Macht wird aber aufs entschiedenste Stellung zu nehmen sein. Alle Ereignisse der letzten Jahre haben bewiesen, dass die Polizeiverwaltung nicht in die Hände staatlicher Behörden, sondern der Selbstverwaltungskörper gehört. Vorgänge wie in Breslau dürften in Städten mit kommunaler Polizei kaum vorgekommen sein.

Nach dem Gesetz von 1892 war die Beitragshöhe der Gemeinden eine fest bestimmte. Die Summe liess sich ohne weiteres berechnen und konnte im Etat mit grosser Sicherheit festgesetzt werden. Nach dem Entwurf wird das ganz anders werden. Der Staat kann beliebige Ausgaben machen, kostbare Bauten ausführen, ohne dass die Städte auch nur den geringsten Einfluss haben. Ihre Finanzwirtschaft wird dadurch aufs schwerste geschädigt, dass sie bei der Aufstellung ihres Etats Ausgaben einstellen müssen, die sie gar nicht kontrollieren können, und deren Höhe ihnen in der Regel zu spät bekannt wird. Der Schutz, der in dem Kontrollrecht des Landtages über die Ausgaben der staatlichen Polizeiverwaltung bestehen soll, wird von den Städten mit Recht äusserst gering eingeschätzt, da sie die Städtefeindlichkeit des preussischen Landtages zur Genüge am eigenen Leibe erfahren haben. Es liegt auf der Hand, dass die staatlichen Behörden viel eher zu kostbaren Neueinrichtungen schreiten werden, wenn sie den Gemeinden ohne weiteres  $\frac{1}{2}$  der Kosten zuwälzen können, als wenn sie mit festen Kopfbeiträgen zu rechnen haben.

Für die Abschaffung des verwaltungsgerichtlichen Schutzes, den die Gemeinden nach dem Gesetz von 1892 hatten, führen die Motive die folgenden Gründe auf: Die Ausgabetitel werden im Staatshaushaltsvoranschlag unter Mitwirkung der Landesvertretung festgesetzt. Ferner sind die auf Grund des Etats von der Zentralinstanz festzustellenden Kassenetats der einzelnen Polizeiverwaltungsbehörden für die Berechnung des Kostenanteils der Gemeinden massgebend, auch wenn diese durch die Regierungspräsidenten, für

Berlin durch den Oberpräsidenten erfolgt. Schliesslich unterliegt die Verausgabung auf diese Titel der Oberrechnungskammer, einer von der Verwaltung unabhängigen Behörde, wie die Motive mit besonderem Nachdruck hervorheben. In der Mitwirkung der Landesvertretung sehen die Motive also einen genügenden Schutz für die Gemeinden, und deshalb müssen diese in Zukunft mit dem Rechtsmittel der Beschwerde bei der Zentralinstanz zufrieden sein. Wiederum ein Beispiel echt bureaukratischer Logik: weil die Zentralinstanz die Kassenetats feststellt, deshalb darf die Beschwerde gegen die Festsetzung des Kostenbeitrages von den Gemeinden nur bei dieser Zentralinstanz angebracht werden! »Für die Einführung des Verwaltungsstreitverfahrens dürfte hier kein Raum sein, sagen die Motive in der Fülle ihrer bureaukratischen Weisheit, »da es sich nicht um Rechtsfragen, sondern lediglich um dem Rechnungswesen angehörige Verwaltungsangelegenheiten handelt.« Die Belastung des obersten Verwaltungsgerichtshofes mit den aus § 6 des Gesetzes von 1892 sich ergebenden Streitsachen sei mit den Aufgaben eines Gerichtshofes kaum zu vereinbaren. »Dass in Zukunft das Obergericht einer Entscheidung darüber überhoben sein wird, ob zur Bewältigung der Verwaltung eines Polizeizweiges eine grössere oder geringere Zahl von Beamten erforderlich ist, wird als eine wesentliche Verbesserung angesehen werden müssen, falls der vorliegende Entwurf Gesetz werden sollte.« Mit Recht wurde in der Diskussion im Abgeordnetenhaus darauf hingewiesen, dass der vorliegende Entwurf eine unheilvolle Reaktion gegenüber den Errungenschaften voriger Jahrzehnte bedeute. Während man früher ganz allgemein der Ansicht war, dass den Städten die Polizeiverwaltung nur bei dringendem staatlichen Bedürfnis genommen werden dürfe, bringt die Regierung jetzt einen Entwurf ein, dessen ausgesprochenes Ziel es ist durch die Belastung der Gemeinden mit staatlicher Polizei die Geldmittel aufzubringen für eine weitere Ausdehnung der staatlichen Polizeiverwaltung. Auch bei dem vorliegenden Entwurf handelt es sich um ein weiteres Zurückdrängen der Selbstverwaltung.

X

**Sonntagsruhe** Das Reichsamt des Innern hat den verbündeten Regierungen den Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung betreffend

X

die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vorgelegt, der nach verschiedenen Richtungen zwar Fortschritte bringt, aber doch grosse Bedenken erregt. Der neue Entwurf will im Handelsgewerbe einschliesslich des nach Art des Handelsgewerbes eingerichteten Geschäftsbetriebes von Konsum- und anderen Vereinen und Gesellschaften allgemein an Sonn- und Festtagen die Arbeitsruhe einführen. Nach dem bisherigen Recht durfte die Arbeitszeit 5 Stunden nicht übersteigen. Es soll also primär die vollständige Arbeitsruhe als Regel gelten. Das ist der wesentliche Fortschritt, den die Novelle bringt. Nach dem bisherigen Recht konnte nun die 5 stündige Beschäftigung durch die statutarischen Bestimmungen einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes auf kürzere Zeit eingeschränkt oder ganz untersagt werden. Ausserdem konnte die Polizeibehörde für die letzten 4 Wochen vor Weihnachten sowie für einzelne Sonn- und Festtage, an denen örtliche Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, eine Verlängerung der Arbeitszeit bis auf 10 Stunden zulassen. Von dem Recht der statutarischen Regelung haben die Gemeinden nur in recht beschränktem Umfange Gebrauch gemacht. Es sind vor allem einige grössere Städte, in denen es, allerdings nach jahrelanger Agitation, gelang die vollständige Sonntagsruhe durchzuführen. Im allgemeinen aber hat die ortsstatutarische Regelung sich nicht bewährt. Die Unternehmerinteressen waren in den Gemeindeverwaltungen zu stark, als dass sich in ihnen die Interessen der Angestellten hätten durchsetzen können. Hier hätte also der Entwurf in erster Linie einsetzen und die ortsstatutarische Regelung überhaupt ausschalten müssen. Den örtlichen Verhältnissen, mit deren Verschiedenheit man die Berechtigung des Ortsstatuts zu begründen sucht, kommt gar nicht die zugeschriebene Bedeutung zu. Statt dessen hält auch der Entwurf an der ortsstatutarischen Regelung fest, bringt aber an dieser Stelle noch eine neue Verschlechterung. Nach dem geltenden Recht ist die Gemeinde in erster Linie zu dem Erlass eines Ortsstatuts berufen, dann erst kommt der weitere Kommunalverband. Nach dem Entwurf ist die Reihenfolge umgekehrt: erst wenn der weitere Kommunalverband keinen Beschluss fasst, kann die Gemeinde eintreten. Nach dem

alten Recht konnte durch die ortsstatutarische Regelung eine Verkürzung der Arbeitszeit festgesetzt werden. Ein solcher Beschluss war oft schwer zu erreichen; aber er bestätigte die Regel, wonach durch Ortsstatute keine Abschwächung sondern Verschärfungen von Reichs- und Landesgesetzen stattfinden sollen. Nach dem Entwurf kann durch das Ortsstatut eine Abschwächung der allgemeinen Sonntagsruhe eingeführt werden. Es kann nämlich dadurch mit Ausnahme des ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttages eine beschränkte Beschäftigung in folgender Weise zugelassen werden: 1. für die letzten beiden Sonntage vor Weihnachten bis zur Dauer von 10 Stunden, jedoch nicht über 7 Uhr abends hinaus, 2. für 3 weitere Sonn- und Festtage, an denen örtliche Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, bis zur Dauer von 6 Stunden, jedoch nicht über 4 Uhr nachmittags hinaus, und 3. für die übrigen Sonn- und Festtage bis zur Dauer von 3 Stunden, jedoch nicht über 2 Uhr nachmittags hinaus. Bei der Stärke des Unternehmertums in den Gemeindevertretungen werden Beschlüsse, durch die eine beschränkte Arbeitszeit eingeführt wird, ziemlich leicht durchgedrückt werden können. Dagegen gewährt auch die Vorschrift, dass die Genehmigung der Aufsichtsbehörden notwendig ist, nur geringen Schutz. Geradezu verschlechtert wird aber die Lage durch die neue Vorschrift, die in erster Linie den höheren Kommunalverbänden den Erlass solcher statutarischen Bestimmungen überträgt. Denn bei ihrer Zusammensetzung ist es noch viel schwieriger Arbeiterinteressen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Das sozialpolitische Verständnis ist hier in der Regel äusserst mangelhaft entwickelt. Die neue Bestimmung birgt also geradezu die Gefahr in sich, dass die vollständige Arbeitsruhe, die nach langen Kämpfen in einer Reihe von grösseren Gemeinden endlich erreicht worden ist, bei der Regelung durch einen grösseren Verband, bei der auf die rückständigsten Verhältnisse besondere Rücksicht genommen wird, wiederum verloren geht. Allen diesen schweren Bedenken kann nur durch die Ausschaltung der statutarischen Regelung begegnet werden.

× **Kurze Chronik** Eine b a y r i s c h e Ministerialentschliessung empfiehlt in ihren Vorschlägen zur Verminderung der grossen Säuglingssterblich-

keit in Bayern den grösseren Gemeinwesen Beratungsstellen für stillende Mütter einzuführen, Stillprämien zu gewähren und Kindermilchküchen zu errichten, um durch diese die Herstellung einer sorgfältig bereiteten, dem Säuglinge angepassten Nahrung zu sichern. X Die Stadt Pforzheim hat die Errichtung einer städtischen Rechtsauskunftsstelle beschlossen. X Nach dem Bericht der Bürgermeisterei hat Mainz für die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel an Volksschüler 19 338 M. ausgegeben; nicht weniger als 85 % der Volksschüler erhalten die Lehrmittel auf städtische Kosten. X Der Stadtmagistrat Kaufbeuren hat beschlossen vorläufig 65 000 M. für den Bau billiger Arbeiterwohnungen auszuwerfen. X Der Vorstand des preussischen Städtetages hat eine Petition um Beseitigung der Gemeindesteuervorrechte der Beamten, Geistlichen und Lehrer an die Staatsregierung gerichtet. X Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat auf Antrag ihres Ausschusses den Magistrat ersucht noch für diesen Winter Einrichtungen zu schaffen, durch die bedürftigen Schulkindern warmes Mittagessen in der Schule kostenlos, anderen Kindern gegen Bezahlung geliefert wird.

### **Rechtspraxis / Wolfgang Heine**

**Prozess Hau** Die letzten Monate haben eine fast ununterbrochene Kette aufregender Strafprozesse gebracht. Die Leidenschaft, mit der das Publikum ihnen folgte, galt freilich wohl mehr anderen Dingen als dem eigentlich kriminalistischen und prozessualen Interesse, das sie boten. Der Reiz des Abenteuerlichen oder des geschlechtlich Kitzelnden mag die Hauptsache dabei getan haben. Hier und da aber brach, wenn auch vielleicht ziemlich unbewusst, auch das allgemein verbreitete Gefühl durch, dass unser Strafrecht und Strafprozess an Schwächen kranken, die ein tiefes Misstrauen gegen die Rechtspflege erzeugen.

Was konnte die Massen auf dem Vorplatz des Karlsruher Gerichts, konnte selbst einen Teil der Presse in den Tümmel versetzen, dass sie lärmend für Hau Partei nahm, diesen wahrlich möglichst unsympathischen Menschen? Es war zum guten Teile die Reaktion gegen das Auftreten des Vorsitzenden, der von Anfang an ohne Rückhaltung seine persönliche Meinung zur Schau trug und lange vor dem Spruch der Geschworenen

den Angeklagten fühlen liess, dass er in seinen Augen schon gerichtet war. Die Volksmassen stehen darin den Kindern gleich, dass sie ein sehr empfindliches Gefühl dafür haben, ob die äussere Haltung objektiver Unparteilichkeit gewahrt wird oder fehlt. Einen harten oder selbst einen als falsch empfundenen Spruch ertragen sie viel leichter als die Verletzung der, man möchte sagen: *zeremoniellen*, Formen leidenschaftsloser Gerechtigkeit, die sie erwarten. Das ist ein ganz natürliches und wahres Gerechtigkeitsgefühl, denn der Schluss liegt nicht so fern, dass da, wo nicht einmal die so leichte äussere Form gewahrt werde, die viel schwerere innere Unvoreingenommenheit erst recht nicht zu erwarten ist. Es mag ja schwer sein in einem dem Wesen nach unfeierlichen Leben und Treiben und unter dem Druck einer unwürdigen Arbeitsbelastung immer den Sinn für äussere Würde zu behalten. Sicherlich aber trägt ihr Fehlen sehr viel dazu bei der Rechtspflege das Zutrauen des Publikums zu rauben, und zwar auch ausserhalb der politischen und sozialen Zeitkämpfe, bei denen es unabänderlich ist, dass sie sowohl das richterliche Urteil wie seine Aufnahme in der Öffentlichkeit beeinflussen müssen.

Die Revision des Angeklagten Hau ist verworfen worden; der Grossherzog hat die Todesstrafe in Zuchthaus umgewandelt und damit eine sehr berechtigte Korrektur an dem Verdikt vollzogen. Denn wer darf bei einer so verworrenen Seelenverfassung, wie die des Täters gewesen sein muss, sich unterfangen zu entscheiden, die Tat sei *mit Überlegung* ausgeführt? Freilich ist diese Korrektur des Spruchs zugleich eine schneidende Kritik des Gesetzes, das von einem so subtilen Unterschied, von einer kaum je zweifelsfrei festzustellenden inneren Tatsache abhängig macht, ob eines Menschen Haupt fallen soll.

Auf die Hausche Tragödie folgte das Lindenäische Satyrspiel. Das Pathos, das in dem Verfahren gegen den nicht ganz sauberen, aber auch höchst bedeutungslosen alten Mann entwickelt wurde, die Anklage und Verurteilung einer eiteln phantastischen Wichtigtuerei als *Erpressung* und die erschreckende Höhe der Strafe von 3 Jahren Gefängnis müssten einem unparteiischen Beobachter völlig unverständlich bleiben, wenn man sie nicht als Nachklänge der Aufregungen und Erschütterungen betrachten könnte,

die der Prozess gegen Hau der Justiz eingetragen hätte. Die Entrüstung des Staatsanwalts, dass Lindenau in den Gang dieses Gerichtsverfahrens hätte eingreifen wollen, wozu doch wahrlich die ganze Sache viel zu töricht angelegt war, und was für die Frage, ob Erpressung vorlag, auch höchst gleichgültig gewesen wäre, gab einen Fingerzeig für den inneren Grund der überraschenden Empfindlichkeit gegen die Narrenposse Lindenaus.

× Prozess Moltke-Harden ×  
 Es ist unmöglich bei dieser Gelegenheit nicht über die Prozesse gegen M. Harden zu schreiben. Die Aufgabe dieser, der gerichtlichen Praxis gewidmeten Rundschau nötigt den unterzeichneten Verfasser dabei, von jeder Würdigung der politischen oder gar der persönlichen Seite der Sache abzusehen und sich rein auf das Juristische zu beschränken.

Die Organe der Strafjustiz werden behaupten, dass alles formell korrekt zugegangen sei und weder Gesetze noch die Grundsätze der Rechtsprechung verletzt worden seien. Das wird im ganzen stimmen, abgesehen von der Ungeschicklichkeit des Plaidoyers des Oberstaatsanwalts in Abwesenheit des Angeklagten, die nach dem Gesetz zur Aufhebung des Urteils führen müsste. Trotzdem wird der Prozess eine neue schwere Erschütterung des Zutrauens zur Rechtspflege bedeuten. Hier wäre unter anderem folgendes zu erörtern.

1. die Berechnung der Antragsfrist. Nach dem Gesetz beträgt sie 3 Monate. Der Angeklagte hatte mehrere Artikel veröffentlicht. Die ersten weit mehr als 3 Monate vor dem Strafantrag, die späteren unzweifelhaft aus Tatsachen und Umständen heraus, die er bei den ersten nicht kennen konnte. In andern Fällen folgert man daraus, dass die verschiedenen Artikel verschiedene Handlungen seien und beurteilt jeden für sich; am Tage nach dem Urteil gegen Harden wurde in Königsberg ein sozialdemokratischer Redakteur wegen zweifacher Majestätsbeleidigung verurteilt, der sogar den selben Artikel in der *Königsberger Volkszeitung* und einige Tage darauf, etwas abgeschwächt, in einem Kopfblatt der selben Zeitung veröffentlicht hatte. So gelangte man dort zu der enormen Verurteilung zu 15 Monaten Gefängnis. Im Hardenschen Falle, wo gerade die ersten Artikel für die Verurteilung wichtig waren, wurde angenommen, dass das

Ganze nur eine fortgesetzte Straftat wäre, deren letzter Akt innerhalb der Dreimonatsfrist läge, und dass deshalb die Antragsfrist auch bei den älteren Artikeln gewahrt wäre. Der Begriff der *fortgesetzten Einheitstat* ist juristisch ganz undefiniert und seine Anwendung völlig in das Belieben des Richters gestellt. Solche Begriffe fordern direkt zu einer ungleichmässigen Anwendung je nach Bedarf heraus. Hier wird die Reform des Strafgesetzbuchs und der Prozessordnung durchgreifende Änderungen bringen müssen.

2. das Verhalten der Staatsanwaltschaft. Hätte man es für denkbar gehalten, dass einem hohen Offizier aus der nächsten Umgebung des Kaisers die amtliche Anklage wegen Mangels eines öffentlichen Interesses abgeschlagen werden würde, wenn ihm solche Dinge nachgesagt worden wären, wie die Staatsanwaltschaft aus den Artikeln herausgelesen hat? Dies von einer Behörde, die jede Anzeige eines Streikbrechers, der Streikbrecher genannt worden ist, jede noch so gleichgültige Beamtenbeleidigung für wichtig genug hält, um von Amts wegen einzuschreiten? Und warum war das öffentliche Interesse nach Hardens Freisprechung durch das Schöffengericht plötzlich vorhanden? Wir beneiden den Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel nicht, der gezwungen war sich in seiner Anklagerede so in Widerspruch mit seinen Handlungen zu setzen; aber, offen gesagt, wir bemitleiden ihn auch nicht. Der Mangel steckt in dem Institut einer abhängigen Anklagebehörde als solchem und darin, dass man dieser eine Freiheit der Entschliessung übertragen musste, die nur eine völlig unabhängige, aus Personen ganz ungewöhnlichen Verantwortlichkeitsgefühls bestehende Behörde ohne Schaden ausüben könnte. Die verfehlte Einrichtung der Staatsanwaltschaft schädigt die deutsche Strafjustiz weit über die Grenzen des staatsanwaltlichen Ressorts hinaus. Wir kommen nicht eher zu einer besseren Strafrechtspflege als die Staatsanwaltschaft in der heutigen Form beseitigt ist.

3. die völlige prozessuale Nichtachtung des schöffengerichtlichen Urteils. Die Staatsanwaltschaft kann nach § 417 Str. P. O. in jeder Lage der Sache bis zum Eintritt der Rechtskraft des Urteils die Verfolgung übernehmen. In der Einlegung eines Rechtsmittels ist die Übernahme der Verfolgung enthalten. Daraus sollten Rechtswissenschaft, Logik

und schlichter Menschenverstand nur folgern können, dass die Staatsanwaltschaft das Verfahren in der prozessualen Lage zu übernehmen hat, in der es sich befindet. Danach hätte sie gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts Berufung einlegen können und diese vor dem Landgericht verfolgen müssen. Das ist die Meinung der bedeutendsten Theoretiker, und dies allein entspräche der Achtung, die das Schöffengericht und sein Urteil beanspruchen können. Das Reichsgericht aber hat mit dem Geschick, das es besitzt, in wichtigen Fragen die kriminalpolitisch verkehrte Lösung zu finden, umgekehrt judiziert: mit dem Eingreifen der Staatsanwaltschaft ist das schöffengerichtliche Verfahren null und nichtig, und es beginnt ein neues, von der Staatsanwaltschaft abhängiges. Diese neue Anklage hätte der Staatsanwalt ebenso gut wieder vor dem Schöffengericht erheben können, so dass zwei widersprechende schöffengerichtliche Urteile herausgekommen wären. Das Ergebnis dieser Theorie ist, dass der abhängige Staatsanwalt Urteile der unabhängigen Justiz einseitig kassieren darf.

4. der Ausschluss der Öffentlichkeit vor dem Landgericht. Leider haben sich auch ganz freidenkende Leute dadurch kopfscheu machen lassen, dass der Prozess die Frage der widernatürlichen Anlagen und Laster in den Mittelpunkt der öffentlichen Besprechung rückte. Aber daran wäre auch nichts geändert worden, wenn das Schöffengericht die Öffentlichkeit völlig ausgeschlossen hätte. Und weshalb nicht ruhig über etwas sprechen, das sich in Berlin in aller Öffentlichkeit breit macht? Viel besser ist es, dass unsere Frauen, unsere Jugend — soweit man ihr die Zeitung anvertraut — wissen, was um sie vorgeht, als eine Geheimniskrämerei, die immer nur äusserlicher, unwahrer Schein sein kann. Auch dem Grafen Moltke wurde gewiss der beste Dienst durch die Öffentlichkeit geleistet. Würde die öffentliche Meinung dem geheimen Verfahren vor dem Landgericht irgend einen Wert zu seinen Gunsten beilegen, wenn nicht die öffentlichen Teile der Verhandlung namentlich die Erklärungen des Angeklagten und seines Anwalts, für ihn sprächen? Der Ausschluss der Öffentlichkeit vor dem Landgericht war ein schwerer Missgriff, um so schwerer, als das Gehetz der reaktionären Presse, die ihn dreist forderte, vorausgegangen war.

Das Urteil (4 Monate Gefängnis) er-

scheint hoch, wenn man es an der Tatsache misst, dass gerade der Oberstaatsanwalt dem Angeklagten eine gute Absicht zuerkennen wollte, und dass der Angeklagte sich auf Gewährsmänner nicht gewöhnlichen Schlages verlassen hatte. Und doch erscheint es milde, verglichen mit der Verurteilung des von niemand ernst zu nehmenden Brandt, den sein Gewährsmann irre geführt hatte, zu 18 Monaten Gefängnis, und mit so vielen Verurteilungen von Sozialdemokraten. 4 Monate: das ist etwa das selbe, was der Genosse Arno Reichard kürzlich wegen ein paar ganz bedeutungsloser Gendarmenbeleidigungen erhalten hat, und ungefähr der vierte Teil dessen, was dem Redakteur Marckwald in Königsberg anlässlich einer Kritik historischer Vorgänge, die 100 Jahre zurückliegen, zuerkannt worden ist. Auch hier steckt der Fehler im Strafgesetz und dort überlieferten Gepflogenheiten der politischen Strafjustiz im Deutschen Reiche. X X

**Kurze Chronik** Das Reichsgericht hat am 20. Dezember das gegen Herrn Pöplau ergangene Urteil bestätigt, das diesen wegen Veröffentlichung von amtlichen Akten, die sein Verhältnis zum Kolonialamt betrafen, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt hatte. Der Prozess gegen Pöplau war bemerkenswert als Akt der Einleitung der *liberalen* Blockära. X Der preussische Justizminister hat einen Erlass an die Staatsanwaltschaften über den Zeugnisszwang ausgegeben. Es soll in jedem Falle nicht nur geprüft werden, ob die Massregel gesetzlich zulässig ist, sondern auch ob sie im richtigen Verhältnis zur Bedeutung der Sache steht. X In Berlin sind am 24. Dezember die Schutzleute Korruhn zu 5 Monaten Gefängnis, Keppler zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Sie hatten ein Paar junge Leute unberechtigt zur Wache sistiert und brutal misshandelt. Dabei hatten sie das Pech, dass sie gerade an Referendare gekommen waren, und so ereilte sie ihr verdientes Geschick. Ganz ohne weiteres freilich auch nicht. Zunächst wollte die Staatsanwaltschaft nur den einen Referendar anklagen, so dass die Schutzleute Gelegenheit gehabt hätten zu beschwören, sie wären unschuldig wie die Lämmer. Dem energischen Eingreifen des Rechtsanwalts des Referendars war es zuzuschreiben, dass die Sache anders verlief. X Der Minister des Innern und der des

Kultus, der ebenfalls an der Regelung der Prostitution ressortmässig interessiert ist, haben neue Vorschriften über die sittenpolizeiliche Überwachung erlassen. Darin ist die vernünftige Bestimmung enthalten, dass von allen die Rückkehr zu geordnetem Leben erschwerenden Massregeln abzusehen ist, und Bestrafungen wegen unerheblicher Verstösse gegen die polizeilichen Bestimmungen vermieden werden sollen. Hierbei erinnert man sich, dass wegen einer solchen vernünftigen Praxis ein rechtskundiger Bürgermeister im Grossherzogtum Sachsen-Weimar auf Grund des § 346 Str. G. B. zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt und seines Amtes entsetzt worden ist. Das Reichsgericht hat das Strafurteil aufgehoben, die Stelle aber hat er nicht wieder erhalten. X Das Landgericht Hamburg hat am 27. Dezember durch einstweilige Verfügung dem Hafenarbeiterverband bei Haftstrafe von 4 Wochen verboten, den Zuzug von Hafenarbeitern nach Hamburg irgendwie, sei es unmittelbar oder mittelbar zu stören, insbesondere öffentliche Warnungen vor solchem Zuzuge zu erlassen oder zu veranlassen, z. die vom Hafenbetriebsverein angenommenen Kontraktarbeiter als *Streikbrecher* zu bezeichnen, sonst verächtlich zu machen oder zur Aufgabe ihres Kontraktes [!] zu beeinflussen. Der Hauptprozess folgt noch. Dringt diese Praxis durch, so kann jede Lohnbewegung der Arbeiter lahmgelegt werden, während sich das System schwarzer Listen der Arbeitgeberverbände und rücksichtsloser Drohungen gegen die Arbeitgeber, die sich nicht dran kehren, immer üppiger entwickelt.

### Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Mülberger † Am 6. November starb in Stuttgart Dr. Arthur Mülberger, der *letzte Proudhonist*, wie er manchmal genannt wurde. Dr. Mülberger war bis zu seinem Tode Oberamtsarzt in Crailsheim. Sein eigentliches Lebenswerk war aber die Popularisierung der Proudhonschen Ideen, die für ihn ihre logische und praktische Konsequenz im Genossenschaftswesen fanden. Von seinen, die Genossenschaftssache berührenden Schriften sind zu nennen: *Studien über Proudhon, P. J. Proudhon, Leben und Werke, Kapital und Zins, Zur Kenntnis des Marxismus*. Ausserdem war Mülberger Mitarbeiter der genossenschaftlichen

Fachblätter des In- und Auslandes; auch veröffentlichte er mehrfach in Zeitschriften grosszügige, von einem scharfen Blick für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Tendenzen Zeugnis ablegende Artikel meist genossenschaftsfreundlicher Art. Mülberger war infolge seiner ökonomischen Denkweise, die ihn das ganze Wirtschaftsleben vom Standpunkte des Konsums aus betrachten liess, obwohl Sozialist, doch Antimarxist. Doch kann ihm ein wirkliches tieferes Verständnis des Marxismus kaum zugesprochen werden. In der letzten, kurz vor seinem Tode von ihm in der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* veröffentlichten Auslassung nimmt er noch Stellung zu dem augenblicklich im Brennpunkt des genossenschaftlichen Interesses stehenden Thema *Genossenschaft und Politik*. Er tut dies in dem Sinne, dass er den Genossenschaften zwar keine Anlehnung an eine bestimmte politische Partei, wohl aber die Beschäftigung mit den Parteien und ihre Beeinflussung im genossenschaftsfreundlichen Sinne empfiehlt. Auch praktisch war Mülberger für die Genossenschaftssache, an der er mit Leib und Seele hing, als Gründer und Verwaltungsmitglied des Crailsheimer Konsumvereins tätig. Die Genossenschaftsbewegung hat in ihm einen ihrer begeistertsten Freunde und aufopferndsten Führer verloren.

X **Klassenkampf und Genossenschaft** In der genossenschaftlichen und der sozialdemokratischen Presse hat Dr. Hans Müllers neues Büchlein *Die Klassenkampftheorie und das Neutralitätsprinzip der Konsumvereine* / Basel, Verlag des Verbandes schweizerischer Konsumvereine/ viel Staub aufgewirbelt. Müller hat sich zu seiner Schrift, die eigentlich nur eine Zusammenfassung und geringfügige Umarbeitung einer vorher im schweizerischen Fachorgan erschienenen Artikelserie darstellt, nach seiner Angabe veranlasst gesehen durch die neuerdings wiederholt, speziell in der Schweiz gemachten Versuche die Konsumvereine künstlich in die Arena des politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampfes herabzuziehen, in welchem Beginnen er — mit Recht — eine Gefahr für die ungestörte, nur ihren eigenen Gesetzen folgende Entwicklung der Konsumvereinsbewegung sieht. Er hat aber bei dieser Abwehr weit übers Ziel geschossen, indem er sie verquickt mit einer Kritik des Klassenkampfes überhaupt, die selbst nur das Produkt

einer bestimmten politisch-religiösen Überzeugung ist, also gerade die geforderte parteipolitische Neutralität verletzt. Indem Dr. Hans Müller im Laufe seiner Untersuchungen zu dem Schluss kommt, dass »in der Marx'schen Klassenkampftheorie für die Konsumgenossenschaftsbewegung kein Raum ist«, und dass umgekehrt der konsequente Genossenschaftler den Klassenkampf verwerfen müsse, hat er, fürchte ich, bei allerbesten Absicht der Genossenschaftsbewegung keinen guten Dienst geleistet. Denn entweder erkennen die gegenwärtigen Marxisten und Anhänger der Klassenkampftheorie die Richtigkeit seiner Beweisführung an; dann wäre die Folge ihre noch grössere Abwendung von der Genossenschaftsbewegung und damit Schwächung und Entwicklungshemmung der letzteren. Oder diese Parteikreise würden zwar ihre Anschauungen mit der Konsumvereinsidee vereinbar finden, aber nicht mit den Konsumvereinen, wie Dr. Müller und in Übereinstimmung mit ihm fast alle namhaften deutschen Genossenschaftler sie wollen, den politisch neutralen. Die Folgen wären in diesem Falle vielleicht noch schlimmere: Hineintragung schwerer innerer Konflikte in die Vereine, vielleicht Zersplitterung, wenn nicht Ablenkung der ganzen Bewegung in neue gefährliche Bahnen.

Was zu beweisen war, ist gerade dies, dass die politische Neutralität der Konsumvereine sehr wohl vereinbar ist mit einem richtig verstandenen Marxismus und auch der Lehre von der Existenz und der Notwendigkeit des Klassenkampfes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Die Elemente dieses Beweises finden wir in vortrefflicher Weise in der Müllerschen Schrift selbst. Im 6. Kapitel untersucht Müller die wirtschaftlichen Prinzipien der Konsumvereine und kommt dabei zu dem für Genossenschaftler freilich nicht neuen Schluss, dass es die selben wie die der sozialistischen Gesellschaft sind. Da nun in der sozialistischen Gesellschaft die Klassen und damit der Klassenkampf aufgehoben sind, so muss dies auch innerhalb der Genossenschaftsbewegung, die gewissermassen eine Insel in dem kapitalistischen Meere darstellt, der Fall sein. Die Wogen des Klassenkampfes können wohl an sie anprallen, aber sie können nicht in sie hineindringen. Das ist durchaus richtig. Innerhalb der Konsumvereinsbewegung kann es zwar Interessenssätze und Zwistigkeiten zwischen

einzelnen Personen und Personengruppen geben, aber keinen Klassenkampf. Während das Wesen der Gewerkschaftsbewegung und, wenn auch nicht in gleichem Masse, der politischen Arbeiterbewegung der Kampf, und zwar der Kampf einer Klasse der Gesellschaft mit einer anderen ist, ist das Wesen der Genossenschaft nicht der Kampf sondern der friedliche Aufbau. Sie dient den selben Zwecken wie jene, nur mit anderen Mitteln, und sie wird deshalb das ihr innewohnende Ziel um so rascher und ausgiebiger erreichen, je mehr sie sich von jenen Kämpfen fernhält. Denn um so grösser wird die Zahl derjenigen sein, die ihr beim Bauen helfen, weil sie sich nicht durch irgendwelche politischen oder religiösen Ansichten abgestossen fühlen. Desto grösser werden ausserdem die Mittel sein, die sie zum Bauen verwenden kann statt sie für andere nicht so direkt dem Sozialisierungswerk dienenden Bestrebungen zu zersplittern. Diese theoretischen Erwägungen finden ihre volle Bestätigung in den praktischen Erfahrungen, die in Ländern mit neutralen und mit politisch gefärbten Genossenschaftsbewegungen gemacht sind. Eine andere Frage ist freilich die, ob die Konsumvereine nicht schliesslich doch auch gegen ihren Willen in den Kampf hineingezogen werden müssen. Ihre blosser Existenz ist ja heute schon vielen ein Dorn im Auge und hat zu den heftigsten Angriffen auf sie Anlass gegeben. (Kampf der Kleinhändler, der Markenartikelfabrikanten). Diese Gegnerschaft wird natürlich um so schlimmer werden, je mehr die Konsumvereine an wirtschaftlicher Macht gewinnen und anderen Betriebsformen Boden, Luft und Licht wegnehmen. In dem Masse wie dies geschieht und der immanente antikapitalistische, sozialisierende Charakter der Konsumvereine allgemein erkannt wird, wird dann aber auch voraussichtlich die heute so oft betonte *Gleichartigkeit der Konsumenteninteressen*, die alle dem Konsumverein zuführen müsste, zerfliessen vor der Verschiedenartigkeit anderer vitaler Lebensinteressen und wird die Klassenscheidung eintreten. Dann werden sich um das Banner der Konsumvereine diejenigen Klassen scharen, die ein Interesse an der Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft haben, während auf der Gegenseite die Nütznieser und Kostgänger des Kapitalismus stehen werden. Muss auch mit dieser Entwicklung als voraussichtlich gerecht-

net werden, so liegt doch absolut kein Grund vor sie zu beschleunigen und damit diejenigen von den Konsumvereinen fortzustossen und sie womöglich zur Gründung eigener Vereine anderer Richtung zu veranlassen, die eben heute im Konsumverein nur den Vertreter ihres so vielseitig gefährdeten Konsumenteninteresses sehen.

Müller freilich glaubt an eine solche Entwicklung nicht. Er macht den zwielfachen Fehler die Genossenschaften als alleinige Triebkräfte zur Umwandlung der heutigen in eine sozialistische Gesellschaft für ausreichend zu halten, wodurch er zur Negierung des gewerkschaftlichen und politischen Klassenkampfes wenigstens in Hinblick auf dieses Ziel kommt. Und er glaubt weiter an die siegreiche Kraft der sozialistischen Idee, die allmählich alle Herzen ergreifen und sie der Genossenschaft als dem Verwirklicher dieser Ideale zuführen wird. Nach ihm soll der Kapitalismus in den Herzen und nicht auf dem Tummelplatz der wirtschaftlichen und politischen Klassenkämpfe überwunden werden. Das sind sehr schöne und ideale Ansichten, denen man aber doch, ohne in den entgegengesetzten Fehler des Leugnens der Macht des Ideals und der Idee zu verfallen, die Realität absprechen muss.

× **Umsatzsteuer** In Bremerhaven besteht ein junger, vortrefflich geleiteter Konsumverein, der es im Laufe einer nur 5jährigen fast beispiellosen Entwicklung auf eine Mitgliederzahl von rund 9000 und einen Jahresumsatz von 2.339.000 M. gebracht hat. Dieser Verein, der zum grossen Teil auf eine ländliche Kundschaft angewiesen ist, führt neben Kolonialwaren und anderen Lebensmitteln, dem Ortsgebrauch entsprechend, noch eine Reihe Kleinigkeiten aus der Haushaltungs- und Bekleidungsbranche, deren Umsatz indessen nicht mehr als 1 % des Gesamtumsatzes ausmacht. 5 Jahre lang entdeckte die Steuerverwaltung nichts Bemerkenswerthes an dieser allgemein bekannten Tatsache. Nun ist ihr aber ein Licht darüber aufgesteckt worden, dass der Konsumverein durch Führen der genannten *Kleinigkeiten* zu einem — warenhausähnlichen Betrieb geworden sei und deshalb auch der Warenhaussteuer unterliegen müsse. So hat sie denn die Erhebung dieser Steuer in Höhe von 2 % in Aussicht gestellt, und zwar nicht nur für das laufende Jahr, sondern rück-

wirkend für alle Jahre, in denen der Umsatz der Genossenschaft die Steuergrenze von 400 000 M. überschritten hat. Der Verein hätte demnach eine Nachsteuer von mindestens 30 000 M., eventuell sogar noch mehr, zu zahlen. Selbstverständlich wird gegen die definitiv erfolgte Veranlagung im Verwaltungsstreitverfahren Einspruch erhoben werden, der auch wenn Recht und Billigkeit noch irgendwie Geltung haben, von Erfolg begleitet sein muss. Die Mitglieder, unter denen die geplante Massnahme selbstverständlich einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hat, haben schon jetzt in höchst anerkennenswerter genossenschaftlicher Gesinnung auf der letzten Generalversammlung auf 1 % der ihnen vorgeschlagenen Rückvergütung verzichtet, um, falls die Steuer wider Erwarten Tatsache werden sollte, den Verein vor jeder finanziellen Schwächung zu bewahren.

× **Kurze Chronik** Die in dem neuen Genossenschaftshaus am Besenbinderhof untergebrachte Druckerei des *Zentralverbandes* hat Anfang November ihren Betrieb aufgenommen. Der Inventarwert der Druckerei, in der jetzt 3 Rotationsmaschinen, 3 Schnellpressen, 4 Rollenmarkenkopfdruckpressen, 3 Tiegeldruckpressen usw. zur Aufstellung gelangt sind, beträgt 170 000 M. Zurzeit sind 40 männliche und 25 weibliche Personen beschäftigt. × Die *Tabakarbeitergenossenschaft* in Hamburg hat ihren Umsatz von 577 543 M. in 1905 auf 729 805 M. in 1906 gesteigert, und zwar waren die Konsumvereine an diesem Absatz mit 60,6 % beteiligt gegen 58,4 % in 1905, 56,4 % in 1904 und 43 % in 1901. Der Geschäftsgewinn ist infolge der enormen Preissteigerung der Rohmaterialien von 55 191 M. im Vorjahre auf 30 981 gesunken, was eine Reduktion der an die Abnehmer der Zigarren zur Verteilung kommenden Rückvergütung und des Lohnzuschlages an die Arbeiter von 4 auf 2 % notwendig macht. × Der sächsische Konsumverein Pieschen feierte am 28. Oktober das 25jährige Jubiläum seines Bestehens. Von 28 Arbeitern im Jahre 1882 als Fortsetzung eines Warenverteilungsgeschäftes gegründet, zählt der Verein, der zu den blühendsten und bestfundierten Deutschlands gehört, gegenwärtig 6000 Mitglieder und hatte im letzten Jahre einen Umsatz von 1 718 370 M., der im Verkauf von Kolonial-, Schnitt-, Manufakturwaren und der Produkte einer eige-

nen Bäckerei erzielt wurde. × Der *Schweizerische Konsumverein* bringt ohne weitere Angabe von Gründen die höchst bedauerliche Mitteilung, dass Dr. Hans Müller, der seitherige Leiter des Verbandssekretariats, sein Amt niedergelegt hat. Hans Müller ist einer der hervorragendsten lebenden Genossenschaftler, dem die schweizerische Bewegung im speziellen unendlich viel, vor allem ihre wundervolle Geschlossenheit und Einheitlichkeit verdankt, und der auch als einer der ersten die *moderne* Auffassung der Genossenschaft, wie sie jetzt auch in der deutschen Bewegung zum Ausdruck kommt, propagiert hat. Erfreulicherweise will Müller auch künftig seine reichhaltigen Kenntnisse als Mitarbeiter an den Verbandsorganen in den Dienst der Bewegung stellen. × Die englische *C. W. S.* hat im abgelaufenen Jahr einen Umsatz von rund 500 Mill. M. erzielt. × Die *Cooperative News*, das englische Genossenschaftsblatt, veröffentlicht neuerdings in jeder Nummer einen kurzen Aufsatz in Esperanto, nebst der englischen Übersetzung, um den zahlreichen Esperantojüngern unter ihren Anhängern Gelegenheit zur Übung zu bieten.

×  
Literatur

Ein wertvoller Beitrag zur Genossenschaftsliteratur ist jedesmal das im Spätherbst

erscheinende *Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine*. Das wiederum in 2 starken Bänden von 736 und 631 Seiten vorliegende Jahrbuch 1907 enthält im 1. Band die bereits an dieser Stelle besprochenen (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1907, 2. Band, pag. 576 ff.) Berichte des Sekretariats und Vorstandes, Verbandsstatistik und allgemeine Genossenschaftsstatistik des In- und Auslandes. Ferner haben hier Aufnahme gefunden der Jahresbericht der Unterstützungskasse des Zentralverbandes und der Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts, die Entwicklung der Revisionsverbände und ihre Statistiken und endlich der Geschäftsbericht der *G. E. G.* Im 2. Band werden wie gewöhnlich die stenographischen Protokolle der Genossenschaftstage des *Zentralverbandes* und der Revisionsverbände sowie der Generalversammlung der *G. E. G.* veröffentlicht; ausserdem alle Dokumente zu den mit den Lagerhaltern und Handlungsgehilfen gepflogenen, leider gescheiterten Tarifverhandlungen. Wir können jedem genossenschaftlich Interessierten und vor

allem den Arbeiterorganisationen die Anschaffung des interessanten und wertvollen Werkes empfehlen. × Mit Ende des alten Jahres hat das *Frauen-genossenschaftsblatt*, das nahezu 6 Jahre lang als populäres Organ des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* wertvolle Aufklärungsdienste geleistet hat, sein Erscheinen eingestellt, um dem *Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt* Platz zu machen. Die Aufgaben des *Volksblattes* sind viel weitere als die seines Vorgängers. Wollte das *Frauen-genossenschaftsblatt* vor allem die Frauen an den Konsumverein fesseln und sie für die Genossenschaftsidee gewinnen, in welchem Bestreben es sich manchmal vielleicht zu sehr verleiten liess auf das geistige Niveau seiner Leserinnen herabzusteigen statt dieses zu heben, so soll das *Konsumgenossenschaftliche Volksblatt* ein Agitationsorgan grossen Stiles werden, in dem alle die Genossenschaftswelt interessierenden Fragen behandelt werden, und das zugleich auch den einzelnen Revisionsverbänden, denen in jeder Nummer ein bestimmter Raum eingeräumt wird, als Mitteilungsorgan dienen soll.

## WISSENSCHAFT

### Sozialgeschichte / Paul Kampffmeyer

**Allgemeines** Das deutsche sozialistische Proletariat hat der Geschichtswissenschaft stets die liebevollste, aufmerksamste Pflege angedeihen lassen. Zu den Grosstaten der jungen sozialistischen Wissenschaft zählt es die Begründung der materialistischen Geschichtsauffassung. Nachdem Marx in seiner *Kritik der politischen Ökonomie* diese Geschichtsauffassung formuliert hatte, machte Lassalle materialistisch-historische Grundgedanken für seine politische Propaganda fruchtbar. Die Spinnmaschine Arkwrights verkörperte ihm die lebendig gewordene wirtschaftliche Revolution der Neuzeit, sie trug in sich den ganzen, auf der freien Konkurrenz aufgebauten Zustand. Gerade Lassalle verknüpfte die politischen Tagesforderungen auf das engste mit der Geschichte der Vergangenheit. In seinen Schriften hörte man immer aus dem Feldgeschrei des Tages die lauten Kampfesrufe vergangener Zeiten heraus. Lassalle rief stets die *Vergangenheit* als die wirksamste Eideshelferin für seine politischen Gegenwartsforderungen herauf. Die *Geschichte* erzählte ihm nicht

nur von toten, längst verblichenen Geschehnissen, sie war ihm eine Macht des Lebens, sie trat in den Dienst der Gegenwart und arbeitete mit starker, schöpferischer Hand am Werke der Zukunft. Er erfasste die geschichtsbildenden Mächte der Vergangenheit zur Gestaltung der Geschichte der Zukunft. Und diesen in den historisch-politischen Arbeiten Lassalles lebenden Grundgedanken hat das sozialistische Proletariat Deutschlands zu seinem historischen Programm erhoben: es treibt Geschichte zur Umformung des Lebens selbst.

Im Interesse einer Umwälzung der wirtschaftlichen und politischen Lebensbedingungen der Gesellschaft im sozialistischen Sinne forscht das Proletariat nach den Elementarmächten des historischen Fortschritts. In den technisch-ökonomischen Umwälzungen sieht es die grossen geschichtsbildenden Kräfte. Diese Kräfte lassen auf einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe die sozialen Klassen und den Klassenkampf erst entstehen. Der Klassenkampf ist etwas Sekundäres, Bedingtes, er wird in allen seinen Phasen von der Entwicklung der Technik gemodelt.

× **Klassenkämpfe** Die Bedeutung der Klassenkämpfe in der Geschichte hat Marx in seinen historischen Schriften vielfach fest zu begrenzen gesucht. Die Geschichte ist bei Marx nicht nur eine Geschichte von Klassenkämpfen. Seit der Zersetzung der Gentilverfassung haben sich die Unterdrückten oft äusserlich in Klassen von den Unterdrückern abgehoben; aber sie ballten sich nicht immer bewusst zu Kampforganisationen zusammen und führten keinen planmässigen Feldzug gegen ihre sich als Herren aufspielenden Ausbeuter. Eine ausgebeutete Klasse kann gänzlich abseits des Klassenkampfes stehen. Ihre Geschichte nimmt nicht die Form einer Geschichte des Klassenkampfes an. In den Zeiten des römischen Cäsarismus bildete nach Marx die grosse produktive Masse der Bevölkerung, das riesige Sklavenheer, das blosse *passive Piedestal* der Klassenkämpfe. Nur freie Reiche und freie Arme rangen damals in erbitterten Klassenkämpfen mit einander. Und doch kann man nicht sagen, wenn man die fesselnde, mit dramatischer Kraft geschriebene Geschichte Guglielmo Ferreros *Grösse und Niedergang Roms.* /Stuttgart, J. Hoffmann/ liest, dass die Sklavenmasse eine

vollständige *quantité négligeable* in der Geschichte des römischen Cäsarismus bildete. In der Tat beherrschte die stolze und selbstbewusste Weltmacht Roms die ewig lauernernde, schreckliche Unruhe vor der Überzahl der Sklaven. Ferrero zeigt das tiefste Verständnis für die Klassenentwicklung Roms. Lebensvoll stellt er den Zusammenbruch der römischen aristokratisch-bäuerlichen Republik, die schnelle Bildung öffentlicher und privater Vermögen, die Entwicklung der handeltreibenden Klassen dar. Den gallischen Krieg Caesars lässt er aus den sozialen Klassenkämpfen herauswachsen. »Die Eroberung Galliens ist nichts anderes als ein *Kolonialkrieg*, den der Führer einer Partei eingeleitet und ausgeführt hat, um die Politik Italiens damit zu beeinflussen.«

× **Monumentale Geschichtsschreibung** Das Grosse, die Zeiten überragende greift die monumentale Geschichtsschreibung aus dem bunten Metamorphosenspiel der Geschichte heraus. Sie schafft Menschen in Halbgötter um, sie macht sie zu den Bahnbrechern und Trägern neuer Geschichtsepochen überhaupt. Sie hebt Ereignisse kunstvoll aus dem Zusammenhange der historischen Tatsachen heraus, putzt sie blendend auf und verleiht ihnen gleichsam den unvergänglichen Glanz der Ewigkeit. Eine historische Kolossalgestalt, ein *entscheidender Deutscher* ist für Moeller van den Bruck der Preussenkönig Friedrich II. (*Die Deutschen*, 4. Band /Minden i. W., Bruns/). Das Denken der Zeit tat in Friedrich II. nach Moeller van den Bruck einen Schritt vorwärts. Der *entscheidende Deutsche* Friedrich II. dachte aber in französischer Sprache die sehr breitgetretenen Ideen des aufgeklärten Despotismus nach und überliess den »haltlosen«, »schwankenden« Franzosen den entscheidenden Schritt zu staatlichen Neuschöpfungen. Die reifste Frucht der friderizianischen Zeit, das preussische Landrecht, ist aus dem Geist des strengsten Staatsabsolutismus heraus geboren. In adlige Standesvorurteile festgerannt, lockerte Friedrich II. keinen Stein im Fundament des Feudalismus. Erst die weltgeschichtliche Niederlage des friderizianischen Staates bei Jena erlöste den Bauer aus den Banden der Leibeigenschaft und Hörigkeit und zeitigte die Anfänge der kommunalen Selbstverwaltung.

×

**Kurze Chronik** Die Erinnerungen Katharinas enthüllen die russischen Hofzustände zur Zeit der Kaiserin Elisabeth mit schonungsloser Offenheit. Diese Erinnerungen sind jetzt von G. Kuntze neu herausgegeben worden /Stuttgart, Lutz/. × In seinem *Pater Ambrosius* schuf Wilhelm Bloss ein lebensvolles Charakterbild aus dem fränkischen Bauernkrieg /München, Birk/.

× **Literatur** Ein umfassendes kulturhistorisches Werk verspricht die im Ullsteinischen Verlag erscheinende *Weltgeschichte* zu werden. Der Archivrat Professor Dr. J. von Pflugk-Hartung gibt sie heraus; als Mitarbeiter sind unter anderen die Professoren Beloch, Haeckel, Lamprecht, von Zwiedineck-Südenhorst genannt. Nicht eine Aufzeichnung der äusseren Geschehnisse will das Werk geben, sondern die Entwicklung der Menschheit in Staat und Gesellschaft, in Kultur und Geistesleben darstellen. Der zuerst erschienene Band greift die Zeit von 1500 bis 1650 heraus. J. von Pflugk-Hartung behandelt darin die Entdeckungs- und Kolonialgeschichte jener Epoche, K. Brandt die Renaissance, Th. Brieger die Reformation und H. von Zwiedineck-Südenhorst und M. Philippson die Gegenreformation. Über die Art der Behandlung wird man ein Urteil erst nach eingehendem Studium des Gesamtwerkes, wenn es vorliegt, abgeben können. Das illustrative Beiwerk, die Karten, Porträts, Faksimilien, Reproduktionen von alten Stichen und Gemälden usw. sind kunstvollendet. Man hat in der Presse sogar gemeint, dass hier des Guten zu viel getan sei. Indessen wird man zugeben müssen, dass diese Ausstattung das Interesse an der frischen Darstellung ungemein belebt, und dass Langweiligkeit in der äusseren Form nicht unbedingt zum Wesen der Wissenschaftlichkeit gehört. Man darf dem Werk — dessen kritische Würdigung im einzelnen wir uns vorbehalten. — in seinem weiteren Fortgang guten Erfolg und entsprechende Verbreitung wünschen.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

**Dramen** Friedrich Halm, der einst vergötterte und heut gelästerte Wiener Scheinpoet, in dem Grillparzer einen Schuster sah,

hat eine *Imelda Lambertazzi* gedichtet. Er hat aus diesem Stoffe der Bologneser Adelschronik eine schlechte Nachahmung der Romeotragödie gemacht. Und diese betrübende Wahrnehmung hat den jungen U. C. Woerner angespornt einer modern gedachten Imelda das Leben einzulösen /Berlin, S. Fischer/. Da ist nun deutlich wahrzunehmen, wie er im Schweisse seines Angesichts ein konzentriertes Drama schaffen wollte. Er gibt die Spannung einer Kriegsbereitschaft. Er gibt das Düstere von astronomischen Weissagungen. Er gibt die wutentbrannte Gestalt eines verstümmelten Dieners. Er gibt gepanzerte und verkleidete Liebhaber, unglücklich anbetende Wildlinge, schwächlich verhimmelnde Weichlinge. Ein Turmzimmer endlich, in dem Imeldas jungfräuliche Innigkeit und Reinheit seufzt, gemartert wird, auf Momente jubelt und am Schlusse elend gemordet wird. Aber dieses Rüstzeug lyrischer Elemente hat jemand errechnet, den man noch nicht Dichter nennen mag, einer von den jugendlichen Artisten, die am Leben vorbeigehen, und deren Kunst darum ein schwaches Gebräu ist. Es wäre billig und eines witzelnden Kritikers würdig die vier Einakter Kurt Münzers, die nach dem leitenden *Das verlorene Lied* /Berlin, Harmonie/ getauft sind, wirklich als verloren zu bezeichnen. Aber man darf über diese unbegabte Überschwenglichkeit nicht witzeln. Der Verfasser ist nämlich ein Schriftsteller, der auf gefährlicher Fährte geht. Nachdem wir so viel heimgesucht worden sind mit Bedichtungen der menschlichen Blutschnusucht, nachdem der *Salome* des Oscar Wilde und der *Gräfin von Armagnac* Vollmoellers und der schon winzigeren *Elektra* Hofmannsthal's eine Unzahl wertloser Nachahmungen gefolgt sind, will dieser Münzer all die Vorgänger noch übertreffen. Da versteigt er sich zu einer Brunst im Ekligen, die wegen ihrer kindlichen Unreife Mitleid und zugleich ernste Zurückweisung fordert.

Münzer borgt sich überall seine Art des Kunstauffassens, und so ist es nicht verwunderlich, dass er mit den Einaktern *Das Fräulein Tochter* und *Der Spuk* auch bei Frank Wedekind Anleihe macht. Dessen jüngstes Sittengemälde in vier Akten heisst *Musik* /München, Langen/. Die Musikschülerin Klara Hühnerwadel wird durch Liebe und Leichtsinn schwanger vom Gesangsprofessor Josef Reissner. Sie treibt die Frucht ab. Ihr Verbrechen kommt an

den Tag. Sie muss *bei Nacht und Nebel* (erstes Bild) entfliehen. Sie wird trotz ihrer Flucht gefasst und muss *hinter schwedischen Gardinen* (zweites Bild) schmachten. Ein Fürstenspruch gibt ihr die Begnadigung. Sie kehrt in Reissners Haus zurück. Sie wird von neuem dessen Opfer, und nachdem sie wiederum ein Kind von Reissner empfangen hat, ist sie *vom Regen in die Traufe* (drittes Bild) gelangt. Aus Furcht vor dem Gefängnis wagt sie es nicht mehr sich von ihrer Last zu befreien. *Der Fluch der Lächerlichkeit* (viertes Bild) vernichtet sie. Sie sieht ihr im höchsten Elend geborenes Kind sterben. Sie kommt dadurch und durch alle ihre übrige Verzweiflung um den Verstand. Ausgänge einer Ballade sind jedesmal die vier Bilder Wedekinds. Er hat den vier Balladen die oben auszeichneten Überschriften gegeben. Er wollte keine tragischen Balladen, sondern Sänge im Bänkelton. Er hat eine ganze Menge von Symbolik in dem Titel *Musik* verborgen, der aus Harmonischem und Missklingendem das Leben zusammenfügen soll. Er hat sich als Räsonneur und literarischen Ironiker unter der Maske des Schreibers Lindekuh eingeführt. Sein Werk soll offenbar kein Drama sein, es ist eine erschütternde Anklageschrift. Der Moralist enthüllt das Verbrechen Mütter ins Verderben zu jagen, die ihrer Mutterschaft nicht gewachsen sind, die sich gegen ihre Mutterschaft wehren. Leider ist die philosophierende Vorrede in der Buchausgabe unterdrückt worden.

Drei unterhaltsame Theaterakte gibt Felix Salten in seinem Zyklus *Vom andern Ufer* /Berlin, S. Fischer/. Er hat in den beiden ersten Stücklein mit Masken, mit Entlarvungen von Hochstaplern, mit geladenen Revolvern ein deutliches Spiel getrieben. Er hat ein fideles und sehr witziges Ereignis in dem dritten Stück konstruiert. Der Sterbende, der durch seines Körpers Tücke *Auferstehung* vom Tode feiert, ist hierdurch erstens dem Freunde unbequem, der sich schon der Geliebten des Toten versichert hat. Er ist durch sein Wiedererwachen zweitens der Gattin unbequem und deren langjährigen Liebhaber und Beschützer. So beschliesst der arme Erstandene in die Vergessenheit zu entweichen, sich irgendwo ins Verborgene zu flüchten, damit die Spuren seiner störenden Lebendigkeit möglichst bald und möglichst dauernd ausgelöscht werden.

**Erzählungen** Als Jakob Schaffner mit seinem Roman *Irrfahrten* zum erstenmal vor deutschen Lesern erschien, konnte ich es freudig sagen, wieviel eigener Sprachkraft und Anschauung aus ihm redet, musste ich die merkwürdige Ungeschicklichkeit feststellen, mit der er gegen das schlichteste Gesetz des Erzählens sündigt. Nun kehrt er mit Novellen wieder. Sie heissen *Die Laterne* /Berlin, S. Fischer/. Wahrhaftig, er ist ein feiner Mensch und zugleich ein klobiger. Er ist volkstümlich und zart und hat doch nichts an Technischem zugelernt. Seine Umschweifigkeit, seine Breite sind ihm lieb geworden; sie werden uns oft leid. Aber in jeder Zeile hat er wieder so ein Kernwort für die Menschenseele, dass man sich alles Gute über ihn denkt. Er ist schrullig, aber er kann noch grad werden. Solch Schöntun mit der sogenannten *volkstümlichen Rede* ist verderblich. Man sehe zu, was aus Peter Rosegger und anderen schliesslich wurde.

Da ist viel geringere Gefahr zum Platt- und Gewöhnlichen werden bei einem neuauftauchenden bayerischen Erzähler, Karl Borromaeus Heinrich genannt. In seinem Roman *Karl Asenkofer* /München, Langen/ erzählt der Asenkofer, wie er als Sohn einer hungernden Schreinersfamilie in München aufwuchs. wie er mit Darben und Demütigung das Gymnasium durchmachte, wie er gegen die Heiligkeit der Familie sündigte, wie er als Student eine Zeitlang verluderte und verlotterte, wie er vom Strick des Selbstmordes abgeschnitten wurde, wie er nach einer riesigen Liebesenttäuschung und Herzensverwirrung daran denkt sein junges Leben von frischem aufzubauen. Der erzählt auch derb und oft mit eindringlicher Urwüchsigkeit. Aber er redet ganz aus dem Gemüt. Er hat ein Pfarrer werden sollen, und er hat, obwohl dem Göttlichen völlig entfremdet, doch eine harte, der Bibel verwandte Sprache behalten. Dabei fühlt jeder, wie seine Rede echt ist, wie ihre Stimmung nicht erlogen und erborgt ist.

×  
**Neuausgaben** Alexander von Gleichen-Russwurm gibt für Eugen Diederichs in Jena Lichtenbergs Schriften neu heraus. Sie seien allen Freunden guter Gedanken und geistvollen Ausdrucks aufs angelegentlichste empfohlen. × Unter dem Titel *Das Lustwäldchen* hat Franz Blei galante Gedichte aus der Barockzeit

×

×

bei Hans von Weber in München gesammelt. × Im Verlag von Robert Lutz in Stuttgart erscheinen gegenwärtig Bret Hartes ausgewählte Erzählungen. Der Kalifornier hat viele Freunde, die ihn vom Anfang bis zum Ende mögen.

× **Kurze Chronik** Den *Nobelpreis* für Literatur hat diesmal Rudyard Kipling erhalten. ×

In die französische Akademie ist Maurice Donnay aufgenommen worden. × Der Schriftsteller und Theaterkritiker Karl Frenzel, dem unser Geschmack nicht mehr folgen kann, dessen Ehrlichkeit aber unsere Achtung gehört, hat seinen 80. Geburtstag gefeiert. × Das schöne Fragment Oscar Wildes *Eine florentinische Tragödie*, das Max Meyerfeld entdeckt und verhältnismässig sprachgewandt verdeutschte hat, ist bei S. Fischer erschienen. × Der Verlag von R. Piper in München hat das *Tagebuch einer Dame* verlegt. Dies ist der stellenweis erträglich geschriebene Lebensbericht einer Adligen, die über Familiennöte klagt, die bis ins geheimste von der Schwierigkeit ihrer Körperbrunst beichtet, die es zum Schlusse eingesteht, dass sie zur Dirnenliebe geeigneter ist als zur Geliebten eines einzigen. Das mag man der Dame glauben, wenn man ihre Offenheit auch durch nichts gerechtfertigt findet.

× **Literatur** Der französische Historiker und Poet Pierre de Bruchand hat ein Büchlein *Goethe et le Tasse* bei Lemerre erscheinen lassen. Wir Deutschen müssen uns dagegen wehren, dass er hier den Versuch macht in Goethe eine Art Wurmfortsatz zur Tragödie des Corneille zu sehen. × Die Übersetzung der Flaubertschen Briefe, die F. P. Greve für Bruns in Minden besorgt, die E. W. Fischer unterrichtend einleitet, sollte für Deutsche zu den gelesensten Büchern gehören. × Albert Dresdner hat an *Ibsen als Norweger und Europäer* /Jena, Diederichs/ in einer Bekenntnisschrift vieles auszusetzen. Er sieht in Ibsen den Schriftsteller, der zu viel zerstörte, der zu wenig neu erschuf, der kein europäisches Genie gewesen ist sondern nur ein norwegisches. Solche Wägungen haben keine Überzeugungskraft, mag auch der mit ihnen Beschäftigte von Kenntnissen und Fleiss sein.

## DIVERSA

### Bücher

**Wigand: Un- Vier Kapitel Deutschthum**  
**Kultur** gibt Curt Wigand in seinem

Büchlein *Unkultur* /Berlin-Leipzig, *Modernes Verlagshaus*/. Das hagelt und prasselt auf die, ach, so selbstzufriedenen Deutschen herab, und leider verdienen sie die Ladung. Ein Deutscher sieht sich seine Landsleute mit den Augen des Ausländers an und hat den Mut zu reden, wo der Fremde schweigt. Und da sieht man wieder, wie es nicht die grossen Tugenden sind, die Freunde erwerben, sondern die hundert Lebenswürdigkeiten des Alltags, ja sogar die kleinen Schwächen, wenn sie nur dazu angetan sind das Leben zu verschönen. Das Wigandsche Buch wäre auch die denkbar beste Erklärung dafür, warum die Bewegung zur Hebung des Fremdenverkehrs in Berlin immer wieder in Sand verlaufen muss. Der *Britenkoller* ist nur eine Form der typischen Stellungnahme des Deutschen zu ausländischen Dingen, heut ist's der Engländer, morgen der Franzose, und immer triumphiert das Bewusstsein *Mein Gott, ich danke dir . . .* Dazu kommt die *nationale Eigenart*, die sich in Normalwäsche, unmöglichem Schuhzeug, *Röllchen* und Imitationen überhaupt, Mangel an Schönheitssinn, zuweilen selbst an Reinlichkeit manifestiert. Fast schlimmer noch als der Mann ist die Frau, der der eigene Körper nie zu einem wertvollen Besitztum wird. Sogar die Frauenbewegung in ihren Reformbestrebungen hat erst ein ganz kleines Häuflein zu der Selbstachtung gebracht, die sich bis auf die intimste Reinlichkeit bezieht. Und auf Mann und Weib fällt der Vorwurf des unmanierlichen Essens, des überlauten Sprechens in öffentlichen Lokalen, des Mangels an Lebensart in jeglicher Form. Lauter Äusserlichkeiten, wenn man will. Und doch hat die äussere Kultur einen gar innigen Zusammenhang mit der innern, den man erst erkennt, wenn man sie vermisst.

Eine vorzügliche Gabe ist das Büchlein, so interessant geschrieben wie lehrreich zu lesen; und jedem Deutschen zu wünschen. Aber trotz all des Trefflichen, das das Buch enthält, wird es zunächst ein Kampf gegen Windmühlen sein. Es fehlt eben, wie Wigand ausgezeichnet sagt, die *Solidarität der Anständigen*, die in manchem andern Lande die Norm des äusseren Verhaltens regelt. DR. HANN-LUX



# Die Neue Zeit

Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie

Herausgegeben von  
**Karl Kautsky.**

„Die Neue Zeit“ eröffnete am 1. Januar 1908 ein neues Abonnement. Mit Beginn des Jahres ist eine Verstärkung der „Neuen Zeit“ eingetreten, die den alten Lesern willkommen sein und ihr neue Leser werben wird. Ihr Inhalt wird um jährlich 24 Druckbogen erweitert werden, und zwar so, daß in jedem Vierteljahr ein **Ergänzungsheft** und in jedem Monat eine **Feuilletonbeilage** erscheint.

Von diesen Ergänzungsheften gelangen in nächster Zeit zum Abdruck:

G. Eckstein, Entwicklung des japanischen Familienrechts.

K. Kautsky, Nationalität und Internationalität.

R. Luxemburg, Rückblick auf den bisherigen Gang der russischen Revolution.

F. Mehring, Geschichte der Kriegskunst.

G. Plechanoff, Über das französische Drama des achtzehnten Jahrhunderts u. a. m.

Die **Feuilletonbeilage** unter der Redaktion von **Franz Mehring** wird sich bemühen ein Organ der Bildungsbestrebungen zu werden, die sich im Schoße der Partei mit erfreulicher Frische und Kraft regen. Sie wird die künstlerischen, literarischen und naturwissenschaftlichen Fragen behandeln, die auf diesem Gebiete zu lösen sind, und zugleich den Wünschen derjenigen Leser entgegenzukommen suchen, die nach einer abwechslungsreicheren und leichteren Darstellung verlangen, als sich mit der eindringenden Untersuchung sozialistischer Probleme immer vereinigen läßt.

Für die neu eintretenden Leser bemerken wir, daß das **erste Quartal im neuen Jahre am 4. Januar 1908 mit Nr. 14 der „Neuen Zeit“ begann.** (Es wird die Nummern 14 bis 26 umfassen.) Mit Nr. 13 liegt der erste Teil des Semesterbandes 1907/1908 abgeschlossen vor.

Die **Neue Zeit** erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis M. 3.25 (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns vierteljährlich M. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich M. 4.55.

**Probehefte auf Verlangen gratis und franko.**

Hochachtungsvoll

**Paul Singer**

Verlagsanstalt und Buchdruckerei.

Stuttgart, 15. Januar 1908.